

109. Sitzung

Mittwoch, den 21.02.2018

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blehschmidt, DIE LINKE 9350

**b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Mobilität als Element der Daseinsfürsorge – die Notwendigkeit eines flächendeckenden ÖPNV für Thüringen“** 9351

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/5324 -

Dr. Lukin, DIE LINKE  
Rudy, AfD  
Malsch, CDU  
Warnecke, SPD  
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft

9351, 9352  
9352  
9353  
9354  
9355  
9355

**c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Entkriminalisierung von Cannabis und Auswirkung auf Thüringen“** 9357

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/5329 -

Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9357
Engel, DIE LINKE	9358, 9359
Herold, AfD	9359
Helmerich, SPD	9361, 9361,
	9361, 9361, 9362
Zippel, CDU	9362
Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	9363
<b>d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Vereinbarung des Koalitionsvertrags endlich umsetzen – Azubi-Ticket einführen statt kostenlosem ÖPNV für alle“</b>	9365
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
- Drucksache 6/5330 -	
Muhsal, AfD	9365
Dr. Lukin, DIE LINKE	9367
Bühl, CDU	9368
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9369
Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft	9370
<b>e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Stärkung Thüringens und Ostdeutschlands als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort durch die künftige Bundesregierung“</b>	9371
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
- Drucksache 6/5332 -	
Prof. Dr. Voigt, CDU	9371
Mühlbauer, SPD	9372
Rudy, AfD	9373, 9374
Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9374
Hausold, DIE LINKE	9375
Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft	9376
<b>a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen begegnen – Abwandern junger Lehrer in andere Bundesländer stoppen“</b>	9378
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
- Drucksache 6/5321 -	
<i>Aussprache</i>	
Tischner, CDU	9379
Wolf, DIE LINKE	9380
Muhsal, AfD	9381

---

Dr. Hartung, SPD	9382
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9383
Holter, Minister für Bildung, Jugend und Sport	9384

<b>Thüringer Gesetz zur Aufhebung von Maßnahmen der geschlechterpolitischen Sprachmanipulation im Bereich der öffentlichen Verwaltung</b>	9386
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD	
- Drucksache 6/4916 -	
ERSTE BERATUNG	

*Die beantragte Überweisung des Gesetzentwurfs an den Gleichstellungsausschuss wird abgelehnt.*

Herold, AfD	9386, 9389
Stange, DIE LINKE	9387
Worm, CDU	9389
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9392
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	9393

**Anwesenheit der Abgeordneten:****Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Rosin, Scherer, Schulze, Thamm, Tischner, Prof. Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpennig, Zippel

**Fraktion DIE LINKE:**

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Huster, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

**Fraktion der SPD:**

Becker, Dr. Hartung, Helmerich, Hey, Lehmann, Marx, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Warnecke

**Fraktion der AfD:**

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rietschel, Rudy

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Adams, Henfling, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

**fraktionslos:**

Krumpe, Reinholz

**Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:**

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Holter, Keller, Lauinger, Maier, Siegesmund, Tiefensee, Werner

Beginn: 14.01 Uhr

**Präsident Carius:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Bevor wir heute in die Tagesordnung einsteigen, ist es mir ein besonderes Anliegen, dem ersten Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen nachträglich zu seinem 80. Geburtstag am vergangenen Montag zu gratulieren. Begrüßen Sie daher mit mir auf der Tribüne Herrn Josef Duchac und seine Frau. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Herr Duchac, wir wünschen Ihnen vor allem Glück und Gesundheit für die kommenden Jahre. Sie leisteten im Landtag und in der Regierung mutige Pionierarbeit für unsere Heimat. Dies verdient unseren Respekt. Dafür danken wir Ihnen ganz herzlich. Infolge der friedlichen Revolution waren Sie von der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière zum Regierungsbevollmächtigten für den Bezirk Erfurt ernannt worden und bereits im August 1990 wurden Sie Landessprecher für das neu zu bildende Thüringen. Am 8. November 1990 schließlich wurden Sie vom ersten frei gewählten Landtag zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Freistaats Thüringen gewählt und vor allen Dingen sind wir Ihnen sehr dankbar dafür, dass aus Thüringen Thüringen und nicht Hessingen wurde, was damals ja auch viel diskutiert wurde. Herzlichen Dank!

(Beifall im Hause)

In dieser Phase sagten Sie, Herr Duchac, einmal – ich darf Sie zitieren –: „Für Thüringen beginnt jetzt die Zeit, in der die Menschen endlich wieder selbst über ihr Land bestimmen können.“ Und Sie sollten recht behalten, wohl wissend, dass der Neuanfang auch kompliziert würde. In dieser Zeit des umfassenden Neuanfangs für unser Land war vieles zu entscheiden, überall in unserem Land wurde Altes abgerissen und Neues aufgebaut. Fast über Nacht stürzten die Menschen den SED-Staat und brachen auf in Freiheit und in den Rechtsstaat. Herr Duchac, während dieser Umbrüche waren Sie ein Mann des Ausgleichs. Mit Ihrer Vereidigung hier im Landtag waren Sie auch der Erste im Freistaat, der einen Eid auf das Wohl des Volkes schwor. Ihnen waren der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und die Förderung von Mittelstand und Industrie ein zentrales Anliegen. In Ihre Amtszeit fallen unter anderem die Wiederansiedlung von Opel in Eisenach und der geordnete Übergang von Carl Zeiss zu Jenoptik. Was wir Ihnen, Herr Duchac, heute zu verdanken haben, sind wichtige ökonomische und politische Weichenstellungen sowie der Einsatz für die Interessen der Menschen in unserem Land. Sie übernahmen Verantwortung für das junge wiedergegründete Land Thüringen, als hier Demokratie, Parlamentarismus und Verwaltung

noch ganz in den Kinderschuhen steckten und deswegen auch die Regierung noch im Hochhaus saß. Wir freuen uns, dass Sie heute hier sind. Sie haben sich um den Freistaat verdient gemacht. Herzlichen Dank und alles Gute!

(Beifall im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich heiße Sie damit ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße auch die Gäste auf der Zuschauertribüne, also die übrigen Gäste, und darf ganz besonders herzlich die neue Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Frau Valentina Kerst, begrüßen. Alles Gute für Ihre Amtsführung!

(Beifall im Hause)

(Zwischenruf Kerst, Staatssekretärin: Danke!)

Es wurde mit gestrigem Schreiben mitgeteilt, dass Sie gestern berufen wurden. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute noch mal.

Für die Plenarsitzung hat als Schriftführer Herr Abgeordneter Bühl neben mir Platz genommen, die Redeliste wird von der Frau Abgeordneten Mühlbauer geführt.

Es haben sich eine ganze Reihe von Kollegen entschuldigt. Das sind Herr Abgeordneter Emde, Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Gentele, Frau Abgeordnete Hennig-Wellsow, Frau Abgeordnete Dr. Martin-Gehl, Frau Abgeordnete Tasch und Frau Ministerin Taubert. Ich denke, ich spreche im Namen aller, wenn ich all den erkrankten Kollegen gute Genesung wünsche.

(Beifall im Hause)

Frau Ministerin Taubert ist nur zeitweise entschuldigt.

Ich darf noch allgemeine Hinweise vortragen. Heute Abend wird der Thüringer Handwerkstag zum 26. parlamentarischen Abend des Thüringer Handwerks einladen. Mich hat heute Morgen noch mal die dringende Bitte erreicht, dass es schön wäre, wenn wir auch die Plenarsitzung schon so rechtzeitig enden ließen, dass wir um 19.00 Uhr mit dem Handwerkstag beginnen könnten. Ich habe mitgeteilt, wir würden uns bemühen, und hoffe, ich habe in Ihrer aller Namen gesprochen.

Heute Mittag haben wir im Foyer des Landtags das Themenjahr Kulinarik gestartet. Ziel der geplanten Ausstellung, die wir mit dem Umweltministerium, Frau Ministerin Siegesmund, vorgenommen haben, sind neben der Darstellung von Arten und Lebensräumen vor allen Dingen auch die Werbung für nachhaltige regionale Produkte, die sie auch in unserer Kantine in den nächsten Wochen dann erleben können.

**(Präsident Carius)**

Ich darf noch darauf hinweisen, dass ich aufgrund der Eilbedürftigkeit Frau Ulrike Törpe von Radio ENNO für diese Plenarsitzung eine Genehmigung für Bild- und Tonaufnahmen gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Geschäftsordnung erteilt habe.

Die Fraktionen waren im Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 1 am Donnerstag als ersten Punkt, Tagesordnungspunkt 6 am Donnerstag als zweiten und den Tagesordnungspunkt 8 am Freitag als ersten Punkt aufzurufen.

Die Tagesordnungspunkte 12, 19 und 20 werden am Freitag nach der Mittagspause aufgerufen.

Allerdings ist zu Tagesordnungspunkt 1 zu sagen, dass der zuständige Ausschuss noch nicht abschließend beraten hat, mit der Folge, dass der erste Tagesordnungspunkt der Tagesordnungspunkt 6 sein wird.

Auch die Tagesordnungspunkte 19 und 20 werden in dieser Plenarsitzung nicht zum Aufruf kommen, da bis zum Ende der Frist heute um 9.00 Uhr keine Wahlvorschläge eingereicht wurden.

Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 7 hat die Drucksachennummer 6/5328.

Zu Tagesordnungspunkt 8 wurde ein Alternativantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 6/5319 verteilt.

Zu Tagesordnungspunkt 16 wird noch ein Alternativantrag der AfD-Fraktion in Drucksache 6/5337 verteilt.

Zu Tagesordnungspunkt 21 kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu: 6/5315, 6/5320, 6/5322, 6/5323, 6/5325, 6/5326 und 6/5327.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu den Tagesordnungspunkten 9, 15, 16 und 17 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Wünsche zur Tagesordnung? Herr Abgeordneter Blechschmidt.

**Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:**

Danke, Herr Präsident. Namens der Koalition beantrage ich mit Blick auf die Aktuelle Stunde, die Reihenfolge bitte zu verändern. Die erste Aktuelle Stunde zur Frage der Bildung, die Landesregierung ist leider nicht anwesend, der Minister ist beim Bundespräsidenten von 11.00 Uhr bis 12.00 Uhr gewesen und braucht entsprechend für den Rückweg noch und die Staatssekretärin ist krank. Demzufolge bitten wir darum, von a) auf e) zu rücken mit der Aktuellen Stunde.

Zum Zweiten beantragen wir für den Tagesordnungspunkt 5, Thüringer Gesetz zu dem Einund-

zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, erste und zweite Beratung.

Gleichfalls würden wir noch als Drittes beantragen, den Tagesordnungspunkt 8 und den Tagesordnungspunkt 16, da sie inhaltlich sehr nahe beieinander liegen, gemeinsam zu beraten.

Ich gehe auch davon aus – das jetzt nur noch mal als Rückfrage an Sie, Herr Präsident, da Sie Tagesordnungspunkt 19 und 20 nicht benannt haben –, da keine entsprechenden Meldungen stattgefunden haben, dass die beiden Tagesordnungspunkte abgesetzt werden.

**Präsident Carius:**

Das war so von mir vorgetragen worden, ja.

Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung darüber, ob die Aktuelle Stunde unter 22 a) als Letztes, also nach Tagesordnungspunkt 22 e) aufgerufen wird. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen, CDU-Fraktion und AfD-Fraktion und der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Vielen Dank. Gegenstimmen? Enthaltungen? Das ist nicht Fall. Damit also einstimmig so beschlossen, sodass wir dann Tagesordnungspunkt 22 b) als Erstes aufrufen.

Zu Tagesordnungspunkt 5, dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag, haben Sie gewünscht, dass erste und zweite Beratung im Laufe dieser Plenarsitzungen stattfindet. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen, der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Reinholz und des Abgeordneten Krumpe. Danke schön. Gegenstimmen? Aus der AfD-Fraktion. Enthaltungen? Keine. Mit Mehrheit so beschlossen. Gibt es da noch einen Platzierungswunsch oder sollen wir das einfach nach Abarbeitung machen?

(Zuruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Nach Abarbeitung!)

Okay.

Und dann war es der Wunsch, die Tagesordnungspunkte 8 und 16 zusammenzulegen. Gibt es dagegen Widerspruch? Herr Abgeordneter Mohring, Sie widersprechen. Okay. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion. Danke. Gegenstimmen? Aus der CDU-Fraktion. Danke schön. Enthaltungen? Keine. Damit mit großer Mehrheit so beschlossen, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 16 zusammen aufgerufen werden, also bei Aufruf von Tagesordnungspunkt 8 der Tagesordnungspunkt 16 mit aufgerufen wird.

Weitere Wünsche zur Tagesordnung sehe ich nicht. Dann treten wir in die Tagesordnung ein und ich ru-

**(Präsident Carius)**

fe auf den **Tagesordnungspunkt 22**, und zwar den **zweiten Teil**

**b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Mobilität als Element der Daseinsfürsorge – die Notwendigkeit eines flächendeckenden ÖPNV für Thüringen“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 6/5324 -

Alle Fraktionen haben eine Aktuelle Stunde eingereicht. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten.

Als Erste hat Frau Abgeordnete Dr. Lukin von der Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Aktualität des Themas „Mobilität als Element der Daseinsfürsorge – die Notwendigkeit eines flächendeckenden ÖPNV für Thüringen“ zeigt sich an vielen Stellen. Ich möchte hervorheben, dass morgen das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zur Rechtmäßigkeit von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge – zwar jetzt bezogen auf die zwei Städte Düsseldorf und Stuttgart – und dazu, ob diese Fahrverbote möglich sind, ob sie ein Mittel sind, Luftverschmutzung und Stau bzw. Umweltbelastungen in Städten zu vermeiden, befinden wird.

Ein zweiter Punkt: Die Bundesregierung hat in einem viel beachteten Brief – es gab ja auch in Thüringen schon die Diskussion – die Möglichkeit von Pilotprojekten zum kostenlosen ÖPNV zumindest in Erwägung gezogen – ich will es mal ganz vorsichtig sagen. Das war das Schreiben vom 11.02. dieses Jahres nach Brüssel. Auch die Debatte zum Azubi-Ticket – um nur drei Beispiele zu nennen – zeigt, dass wir hier dringenden Handlungsbedarf haben.

Es ist eine Binsenweisheit: Zunehmende Mobilität, wachsendes Umweltbewusstsein, Stau, Luftverschmutzung gerade in Städten, aber auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, besonders für diejenigen, die nicht auf das Auto ausweichen können, machen den Ausbau eines öffentlichen Verkehrsangebots und seine immer bessere Vernetzung, Erreichbarkeit und Nutzung notwendig. Das kostet Geld, setzt aber auch eine immer bessere Zusammenarbeit von Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern voraus. In dem Zusammenhang möchte ich noch mal sagen, dass gerade die Deckelung der Regionalisierungsmittel für Thüringen hier kontraproduktiv ist. Das Land Thüringen selbst hat mehr Mittel als in den vergangenen Jahren für den Schienenpersonennahverkehr und für

den ÖPNV in den Haushalt 2018/2019 eingestellt und ein immer dichteres Netz von Fahrmöglichkeiten auf der Schiene im Nahverkehr geschaffen. Mit landesbedeutsamen Buslinien wurden attraktive, gut vertaktete Anbindungen wichtiger Orte an die Bahn bezuschusst. Hier wurden ebenfalls die Mittel aufgestockt.

Es ist wirklich nicht vermittelbar, wenn die Möglichkeit, im gesamten Land Thüringen mit einem Ticket zu reisen, nicht umgesetzt werden kann, wenn eventuell an Landkreisgrenzen ein neues Ticket erworben werden muss oder man – auch das ist vorgekommen – in einen anderen Bus umsteigen muss, seine Fahrtroute mit Bahn und Bus durch Thüringen nicht in Echtzeit planen kann.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Kommt darauf an, was man bisher gemacht hat!)

Einige Voraussetzungen haben aber doch inzwischen Platz gegriffen. Ich will nur die wachsenden Fahrgastzahlen der Verkehrsverbünde hier ins Rennen führen: Sowohl beim VMT als auch beim MDV als auch in den anderen landesweiten Verkehrsverbänden anderer Bundesländer steigen die Fahrgastzahlen an.

Thüringen hat eine neue Tourismuskonzeption entwickelt, das „Fahrtziel Natur“ wird durch die Deutsche Bahn bundesweit beworben, Thüringer Naturschönheiten sind mit dabei. Aber wie steht es mit der Anbindung vor Ort? Komme ich dort auch aus Erfurt hin? Das Rennsteig-Ticket wird als eine sehr große Errungenschaft bezeichnet. Zu fragen ist aber: Wie viele Gemeinden sind daran beteiligt? Wie kann man seine Wirksamkeit und seinen Ausbau noch erweitern? Wie bekomme ich Echtzeitinformationen über Anschlüsse zwischen Bahn und Bus? Kann ich ein verkehrsträgerübergreifendes Ticket überall erwerben? Das Handy-Ticket wird gerade im VMT eingeführt. Neue Nutzergruppen haben neue Bedürfnisse. Wir müssen uns also in die Diskussion hineinbewegen und hier kommen wir an Grenzen, die nicht beim Land begründet liegen. Dass der ÖPNV erfolgreich sein kann, zeigen die Verkehrsverbünde und auch die Kommunen, die verkehrsträgerübergreifend zusammenarbeiten. Das Land Thüringen unterstützt aktiv jede gemeinsame verkehrsträgerübergreifende Zusammenarbeit, die Kooperation bzw. auch den Wunsch, sich einem Verkehrsverbund anzugliedern. In den Haushalten sind dafür Mittel in großer Höhe für Zehn-Jahres-Verträge und die Erweiterung des VMT eingestellt. Das Thüringer Verkehrsmodell bietet die Möglichkeit, Verkehrsbeziehungen mit dem Umland zu optimieren, Verbindungen zwischen Stadt und Landkreis – ich nehme jetzt nur das Beispiel Saale-Holzland-Kreis und Jena – günstiger zu gestalten, und zwar zum gegenseitigen Vorteil. Echte Fahrgastinformationssysteme, bessere Abo-Strukturen, Tarifvereinheitlichung, ein gemeinsames Vertriebs-

**(Abg. Dr. Lukin)**

angebot, aber auch ein verbundweites Schüler- und Azubi-Ticket wären in einem Verkehrsverbund möglich. Wie in Hessen könnte Thüringen hier auch den Verlust für den Verbund übernehmen.

**Präsident Carius:**

Frau Lukin, jetzt ist auch der größte Rabatt erschöpft.

**Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:**

Ich bedanke mich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Vielen Dank. Als Nächster erhält Abgeordneter Rudy für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte.

**Abgeordneter Rudy, AfD:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Abgeordnete, verehrte Gäste auf der Zuschauertribüne, zur Sicherstellung der Mobilität der Thüringer Bürger ist der öffentliche Personennahverkehr nach wie vor von großer Bedeutung. Wie die vorliegende Drucksache richtig feststellt, wird diese Mobilität zukünftig immer wichtiger. Das Regionalisierungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 27. Dezember 1993 definiert die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsdienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr als eine Aufgabe der grundgesetzlich verankerten Daseinsvorsorge und ist damit eine Kernaufgabe einer jeden Landesregierung. Dieser Kernaufgabe ist die Landesregierung aus Sicht der AfD-Fraktion bisher jedoch eher schleppend nachgekommen. Die Lebensqualität in unseren Städten, aber auch besonders auf dem Land, ist unmittelbar mit der Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs verbunden. Daher gibt es insbesondere in der ländlichen Bevölkerung in Thüringen ein klares Bedürfnis nach einem hochwertigen, preisgünstigen, sicheren, zuverlässigen, barrierefreien und effizienten Nahverkehr. Die Landesregierung hat bisher jedoch sträflich vernachlässigt, dies sicherzustellen. Erst die im nächsten Jahr bevorstehende Landtagswahl lässt sie diesbezüglich eine gewisse Aktivität entwickeln. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die bisherige Bilanz der rot-rot-grünen Landesregierung im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs alles andere als erfreulich ist.

Zunächst ging durch schlechtes Planen und müdes Verhandeln der ICE-Haltepunkt Jena fast vollständig verloren. Der dafür als Ersatz angedachte ICE-Knoten wird nicht vor dem Jahr 2028 – ungefähr – funktionieren. Das gefährdet den Wirtschaftsstandort Thüringen. Das Schicksal der Pfefferminzbahn

ist immer noch ungewiss und nach Aussagen der Landesregierung gegenüber dem MDR könnte es bei einer Einstellung der Strecke erst etwa ab dem Jahr 2025 zu einer Neueröffnung kommen. Ein kostenloses Azubi-Ticket ist trotz vollmundiger Ankündigungen der Landesregierung immer noch in weiter Ferne. Auch bei der Förderung der dringend benötigten Straßenbahnen in Erfurt, Gera, Jena und anderen Städten zeigt sich die Landesregierung obgleich üppiger Steuereinnahmen recht geizig. Auch Übergriffe – wie kürzlich an einer Erfurter Straßenbahnhaltestelle – zeigen, dass die Landesregierung im Bereich der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr deutlichen Nachholbedarf hat und über kein schlüssiges Sicherheitskonzept in diesem Bereich verfügt. Von wem kann man verlangen, auf Bus und Bahn umzusteigen, wenn man als Fahrgast Angst vor gewalttätigen Übergriffen haben muss, meine Damen und Herren?

(Beifall AfD)

Diese Missstände dürfen so nicht länger hingenommen werden, insbesondere dann nicht, wenn die Bewohner des ländlichen Raums in Thüringen Angst haben müssen, dass sie ohne Auto nicht mehr zur Arbeit kommen und ihre Kinder nicht mehr zur Schule gehen können. Auch der jüngste Vorschlag der Bundesregierung, in einigen deutschen Städten einen kostenlosen Nahverkehr einzurichten, stößt bei uns auf gewisse Skepsis. Die Idee hört sich gut an, jedoch fehlt ihr bisher ein seriöses und schlüssiges Finanzierungskonzept.

(Beifall AfD)

Dieses ist jedoch für Vorhaben dieser Größenordnung absolut notwendig und Grundvoraussetzung für das Gelingen eines solchen Projekts. Mit „Finanzierungskonzept“ meinen wir als AfD allerdings nicht eine Art Kopfpauschale, wie sie die GEZ derzeit darstellt, sondern ein bodenständiges und zukunftsfähiges Konzept, das gerecht ist und den Bürger nicht über Gebühr belastet. Eine GEZ für den öffentlichen Personennahverkehr lehnen wir als AfD daher vollständig ab.

(Beifall AfD)

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung auf, endlich ein seriöses und dauerhaftes Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr in Thüringen auf die Beine zu stellen, das sich an den Bedürfnissen der Bürger dieses Landes orientiert. Dieses Konzept muss bezahlbar, sicher und zuverlässig sein, muss insbesondere die Lebensqualität im ländlichen Raum und der älteren Mitbürger wieder deutlich erhöhen, damit die schon länger hier Lebenden wirklich gut und gerne in Thüringen leben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Präsident Carius:**

Danke schön, Herr Abgeordneter Rudy. Als Nächster hat Abgeordneter Malsch für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Malsch, CDU:**

Werter Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, gerade der ländliche Raum steht doch vor großen Herausforderungen, vom demografischen Wandel bis zur Abwanderung junger Menschen in die Ballungsgebiete. Damit insbesondere Familien auch in Zukunft gerne auf dem Land leben, sind nachhaltige Lösungen gefragt. Wir dürfen nicht zulassen, dass der ländliche Raum ins Hintertreffen gerät. Dazu müssen wir überall in Thüringen gleichwertigen Zugang zu Bildung, Arbeit, öffentlicher Infrastruktur und zu den Leistungen der Daseinsvorsorge gewährleisten. Da sind wir schon direkt beim ÖPNV.

Die CDU-Fraktion will auch in Zukunft einen starken, leistungsfähigen und umweltfreundlichen ÖPNV in allen Regionen Thüringens sichern. Wir sprechen uns für eine stärkere Zusammenarbeit der Aufgabenträger aus und werden die Ausweitung des „Verkehrsverbundes Mittelthüringen“ unterstützen. Darauf können Sie sich verlassen, Frau Dr. Lukin. Wir haben nur möglicherweise unterschiedliche Herangehensweisen an die Sache.

Ich wiederhole deshalb: Wir werden die Ausweitung des „Verkehrsverbundes Mittelthüringen“ unterstützen und sprechen uns dabei für eine stärkere Zusammenarbeit der Aufgabenträger aus. Das heißt für uns konkret, dass sich die Aufgabenträger des ÖPNV, also die Landkreise und kreisfreien Städte, in interkommunaler Zusammenarbeit auf den Weg machen sollen, einen landesweiten Verkehrsverbund zu etablieren.

(Zwischenruf Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft: Brauchen wir nicht!)

Dem Land, und hier insbesondere dem Infrastrukturministerium, kommt dabei die Rolle des Moderators und Vordenkers zu. Leider bemerke ich davon noch nicht viel.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bevor man über Form und Struktur eines einheitlichen landesweiten Verkehrsverbundes nachdenkt, muss man sich über die Ziele und Inhalte im Klaren sein. Auch davon bemerke ich noch nicht genug, obwohl doch klar ist: Alle Fahrplanangebote müssen aufeinander abgestimmt sein. Die Einführung eines echten Azubi-Tickets setzt einen einheitlichen Verkehrsverbund voraus. Es kann nicht sein, dass mehrere Fahrkarten nötig sind, um durch Thüringen zu fahren. Digitalisierungsprojekte, elektronisches Ticketing, Fahrgastinformationen in Echtzeit bleiben auf der Strecke, um nur einige Defizite zu benennen.

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Wir alle sind uns einig, dass es möglich sein muss, mit einem einzigen Fahrschein in Thüringen von A nach B zu gelangen, unabhängig von der Art und Anzahl der genutzten Verkehrsmittel.

(Beifall DIE LINKE)

Der Fahrschein dazu sollte online buchbar oder elektronisch bezahlbar sein. Die Tarife sollen angemessen, das Vertriebssystem einheitlich, die Fahrpläne aufeinander abgestimmt und sinnvoll getaktet sein, Anschlussverbindungen – etwa von Bus auf Zug oder kreisübergreifend von Bus auf Bus – möglich sein. All dies sind unstrittig Herausforderungen, aber nicht wirklich zu viel verlangt, wenn man einen kundenfreundlichen ÖPNV organisieren will. Das sind übrigens alles Aufgaben, die sich Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag selbst gestellt hat. Gelöst sind sie nach dreieinhalb Jahren nicht.

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Falsch!)

Ich habe den Eindruck, werde Kolleginnen und Kollegen, dass Ihre Aktuelle Stunde vor allem der Selbstmotivation dient.

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Auch falsch!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, aber bei so vielen Gemeinsamkeiten in den Zielen für einen guten ÖPNV möchte ich zurück zur Herangehensweise kommen. Wir setzen auf die Kooperation von möglichst allen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen auf freiwilliger Basis. Wir wollen keinen zentralisierten VEB Kraftverkehr Thüringen, der von Erfurt aus vorschreibt, wann und wo ein Bus zu fahren hat. Wir setzen auf die kommunale Selbstverwaltung und halten an einer dezentralen Aufgabenträgerschaft der einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte fest. Jeder Aufgabenträger soll auch in Zukunft für Finanzierung, Umfang und Vergabe der ÖPNV-Leistungen zuständig sein. Eine verordnete Zentralisierung der Aufgabenträgerschaft darf es nicht geben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, all dies bedarf aber einer intensiven Kooperation und da sehe ich das Verkehrsministerium in der Pflicht, alle Beteiligten zusammenzubringen und den bislang auf Mittelthüringen beschränkten Verkehrsverbund zu einer thüringenweiten Kooperationsplattform weiterzuentwickeln. Weil ich vorhin das Thema „Umweltfreundlichkeit“ angesprochen habe, kann ich nur dahin appellieren, dass es in eine Hand gehört, denn ansonsten entstehen Situationen, dass die Ministerien nebeneinander Mobilität der umweltfreundlichen Art organisieren wollen, aber nicht miteinander reden. Darin liegt auch ein wichtiger Punkt, den wir beachten sollten. Vielen Dank.

**(Abg. Malsch)**

(Beifall CDU)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Abgeordneter Warnecke hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Warnecke, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Zuhörer auf der Tribüne und am Livestream! Die Thematik der Aktuellen Stunde, dass Mobilität ein Element der Daseinsvorsorge ist, dürfte fraktionsübergreifend unstrittig sein und daher die Notwendigkeit eines flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehrs für Thüringen ebenso. Eine Problematik für uns ist dabei, dass der ÖPNV in die Zuständigkeit der Kreise fällt und dass daher die Landkreise selbstständig in kommunaler Selbstverwaltung über die Organisation ihres ÖPNV entscheiden. Ungeachtet dessen helfen wir bereits, und zwar mit dem Aufbau eines Landesbusliniennetzes, welches als Lückenschluss zwischen den zentralen Orten dienen soll. Daher bedarf es nicht nur hier im Plenum einer Diskussion, sondern es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Debatte in Thüringen. Wir sollten uns zum Thema „öffentlicher Personennahverkehr“ miteinander in einen ergebnisoffenen Diskurs begeben: Was will die Gesellschaft, wie können wir das umsetzen und wie können wir das bezahlen? Denn einen kostenlosen ÖPNV wird es nicht geben. Eine Straßenbahn kostet circa 4 Millionen Euro. Busse, Benzin oder Strom kosten ebenfalls. Die Fahrer haben einen Anspruch auf einen fairen Lohn – gute Arbeit für guten Lohn. Das heißt, ein guter ÖPNV kostet viel Geld und das muss gegenfinanziert werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht nur heute in der Aktuellen Stunde, da diese nur ein Schlaglicht auf diese Thematik wirft, darüber diskutieren, sondern dies weiter verfolgen, denn es ist höchst aktuell: Mobilität als ein zentrales Element der Daseinsvorsorge und die Debatten auf Bundesebene zu Modellregionen, zu ticketlosem Verkehr in Städten, die Diskussion um die baldige Einführung eines Azubi-Tickets in Thüringen und die neue Nahverkehrsplanung nach Eröffnung des ICE-Knotens Erfurt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir diese Themen diskutieren, fallen mir noch einige wichtige Aspekte wie beispielsweise das ganze Thema der Elektromobilität ein. An dieser Stelle muss man auch mal miteinander darüber reden dürfen, ob wir mehr Geld in Technologien umleiten, die seit Jahrzehnten auf Elektromobilität setzen, wie etwa die Straßenbahnen. Oder ein anderes Thema: Wie wir als Land Thüringen genug PlanungsKapazitäten vorhalten, um den Bundesverkehrswegeplan 2030 abarbeiten zu können. Oder

das Thema, wie wir die Bedürfnisse von Touristen an unsere ÖPNV-Angebote besser aufeinander abstimmen können.

Auf der einen Seite haben wir großartige Schätze – Städte mit Kunst, Kultur und Geschichte, aber auch zum Beispiel unsere Nationalen Naturlandschaften –, auf der anderen Seite gelingt es uns nicht, diese Touristen mit ÖPNV-Angeboten zu befördern. Hier gilt scheinbar das Motto: Je ländlicher der Raum, desto wichtiger der Individualverkehr. Das ist nicht nur schade, es ist auch ein Widerspruch,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Naturlandschaften zu zeigen und dabei auf wenig umweltfreundlichen Verkehr zu setzen. Apropos Nationale Naturlandschaften: Von dieser Stelle aus grüße ich Vertreter aus dem Naturpark Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale,

(Beifall SPD)

die heute im Rahmen des Themenjahrs der TTG, Kulinarik – Thüringer Tischkultur, hier im Landtag zu Gast sind und uns regionale Gerichte aus ihrer Nationalen Naturlandschaft präsentieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, diese Aktuelle Stunde wirft viele Fragen auf. Damit das Thema den Stellenwert bekommt, den es verdient, müssen wir gemeinsam daran weiterarbeiten.

Abschließend möchte ich für die Teilnahme an der Fahrgastbefragung der Thüringer Nahverkehrsgesellschaft zum neuen Fahrplan werben. Die Befragung ist am 14. Februar gestartet und läuft noch bis zum 3. März. Daher von dieser Stelle meine Bitte: Gestalten Sie Thüringen mit, nutzen Sie die Gestaltungsmöglichkeit, bis zum 3. März an der Befragung der Nahverkehrsgesellschaft teilzunehmen. Ein Hauptpunkt aus meiner Sicht wäre eine noch besser abgestimmte Vertaktung der Verkehre. Hier kann ich zum Anfang meiner Ausführungen zurückkommen. Eine Problematik für uns dabei ist, dass der ÖPNV in die Zuständigkeit der Kreise fällt und daher die Landkreise selbstständig über die Organisation ihres ÖPNV entscheiden. Insoweit freue ich mich bereits auf eine beginnende gesamtgesellschaftliche Debatte, um diesen vermeintlichen Widerspruch aufzulösen. Mein Lösungsansatz wäre ein Verkehrsverbund für ganz Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Frau Pfefferlein für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Ich danke ausdrücklich der Fraktion Die Linke für diese Aktuelle Stunde, denn öffentlicher Nahverkehr ist für uns Grüne eine Herzensangelegenheit. Es ist ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge. Ohne Mobilität geht es nicht. Und Mobilität ohne eigenes Fahrzeug geht nur mit ÖPNV. Damit dieser auch für möglichst viele nutzbar ist, brauchen wir eine durchgängige Verfügbarkeit, Barrierefreiheit und verständlich gestaltete soziale Preise. Dafür haben wir bereits viel getan. Mit der Einführung der Förderung von landesbedeutsamen Buslinien haben wir erreicht, dass kreisüberschreitende Buslinien in hoher Qualität gesichert und neu geschaffen wurden.

Nun gilt es, dieses Netz enger zu knüpfen. Die Zugangsbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Mit der schrittweisen Einführung des Zwei-Sinne-Prinzips, also der akustischen und visuellen Ausgabe von Informationen, haben alle die Möglichkeit, sich besser zu orientieren. Mit der Gründung des Verkehrsverbundes Mittelthüringen und dessen Erweiterung konnten wir einen ersten Schritt aus der Kleinstaaterei machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute kann man mit einem Ticket in Gera mit der Straßenbahn zum Bahnhof fahren, mit dem Zug nach Gotha und dann mit dem Bus weiter.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Nach Gotha fahren ist gut!)

Doch das reicht nicht. Denn gleichzeitig braucht man immer noch drei Tickets, wenn man mit dem Bus von Ilmenau zum Skifahren nach Gehlberg fahren will – nur mit dem Bus. Ohne eine verlässliche flächendeckende Zusammenarbeit aller Verkehrsunternehmen in Thüringen werden wir die Erwartungen der Menschen an ein modernes öffentliches Mobilitätsangebot nicht erfüllen können. Wir werden deshalb weiter daran arbeiten, dass die knappen Mittel im öffentlichen Nahverkehr für die Menschen effizient ausgegeben werden. Die Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen bei allen Verantwortlichen, insbesondere in den Landkreisen, fordere ich hiermit ausdrücklich ein. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Vielen Dank. Für die Kollegen Abgeordneten liegt keine weitere Wortmeldung vor, sodass ich Frau Ministerin Keller das Wort für die Landesregierung gebe.

**Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:**

Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr selbst motiviert darf ich hier in der Aktuellen Stunde zu diesem Thema

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als die zuständige Ministerin das Wort ergreifen. Ich bedanke mich sehr dafür, denn der Ausbau des öffentlichen Personen- und des Schienenverkehrs ist die Basis einer sozial verantwortlichen und umweltverträglichen Verkehrswende. Unsere Aufgabe als Landesregierung ist es, den ÖPNV – den öffentlichen Personennahverkehr – als echte Alternative zum Auto stärker zu positionieren. Darin besteht weitgehende Einigkeit. Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag klar dazu bekannt, dem ÖPNV Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr zu geben und ihn entsprechend zu fördern. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf den Ausbau und die weitere Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs gerade im ländlichen Raum. Denn der ÖPNV trägt dazu bei, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu sichern. Damit wir unser Ziel erreichen können, ist es notwendig, den ÖPNV finanziell ausreichend auszustatten, durch gute Angebote das Image von Bus und Bahn weiter zu verbessern sowie die berechtigten Bedürfnisse aller Akteure abzuwägen.

Sehr geehrte Damen und Herren, hier kann ich berechtigterweise sagen, dass die Landesregierung in der aktuellen Legislaturperiode viel erreicht hat. Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen. Einen wichtigen Impuls für die Entwicklung im öffentlichen Personenverkehr hat das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit VDE Nr. 8“ gegeben. Die Landesregierung hat ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme dafür gesorgt, dass alle Thüringer Regionen besser erreichbar werden, indem das Nahverkehrsangebot ab Dezember 2017 weiter verbessert wurde. Damit wir den Schienenpersonennahverkehr attraktiver gestalten konnten, haben wir das bestehende Fahrplangefüge optimiert. Eine besonders wichtige Rolle hat auch die weitere Abstimmung und Verknüpfung der Verkehre gespielt. Die öffentliche Verkehrsinfrastruktur ist in Thüringen gut ausgebaut. In allen Regionen profitieren die Bewohner davon. Vorhandenes gilt es zu erhalten, aber auch zu verbessern und zu ergänzen.

Von besonderer strategischer Bedeutung für Thüringen ist der Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung, insbesondere natürlich ihre Elektrifizierung. Die Landesregierung hat auch Dank des persönlichen Einsatzes des Ministerpräsidenten erreicht, dass das Bundesverkehrsministerium im Frühjahr 2017 die Elektrifizierung der MDV von Weimar bis Gößnitz in den vordringlichen Bedarf

**(Ministerin Keller)**

eingestuft hat. Mit dieser Entscheidung ist die Finanzierung der Elektrifizierung bis zum Jahr 2030 gesichert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit können nunmehr die Planungen, wie mir das gestern Abend noch einmal bestätigt wurde, ohne weiteren Verzug aufgenommen werden. Unsere Bemühungen um diese wichtige Schienenverbindung haben Früchte getragen. Damit stärken wir nicht nur den Schienenpersonenverkehr, sondern eben auch eine ganze Region.

Für die Lebensqualität im ländlichen Raum – davon war hier die Rede – ist es enorm wichtig, dass die Gemeinden mit dem ÖPNV möglichst gut miteinander vernetzt sind und eine gute Anbindung an den Schienenverkehr haben. Deshalb ist einer unserer Schwerpunkte für den regionalen Straßenpersonennahverkehr die Förderung des landesbedeutsamen Busnetzes. Seit 2017 stellen wir für die Finanzierung des landesbedeutsamen Busnetzes zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung. Damit hat die Landesregierung erreicht, dass Buslinien mit einem angebotsorientierten Taktfahrplan ausgestattet wurden und eine Verknüpfung mit der Bahn hergestellt wurde. Auch 2018 werden wir diese Entwicklung weiter vorantreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung möchte den bestehenden Verkehrsverbund Mittelthüringen zu einem thüringenweit einheitlichen Tarifverbund erweitern.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das wird den ÖPNV attraktiver und bürgerfreundlicher machen. Sehr geehrte Frau Kollegin Abgeordnete Pfefferlein, genau das ist die Krux. Genau das ist der Grund, warum wir das durchführen müssen. Sie haben dafür plakative Beispiele angeführt. Derartige Beispiele finden wir im gesamten Land Thüringen vor.

Seit geraumer Zeit führen wir Gespräche mit den Beitrittskandidaten sowie den Landräten und Oberbürgermeistern in ganz Thüringen. Die Finanzierungsvoraussetzungen liegen mit dem Beschluss zum Doppelhaushalt vor. Die Chancen stehen gut, dass spätestens ab Ende 2019 der Aufgabenträger Zweckverband ÖPNV Saale-Orla und das Verkehrsunternehmen „KomBus“ dem VMT beitreten und wir dem Ziel eines landesweiten Tarifverbunds ein Stück näher kommen. Sehr geehrter Abgeordneter Malsch, das ist der Weg, den wir sehen, der für uns auch gangbar ist. Kein Diktat, keine Zentralisierung in Erfurt werden uns ermöglichen, den Verkehrsverbund oder den einheitlichen Tarifverbund durchzuführen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich viele Anträge in den Stadträten und Kreistagen sehen würde, die dazu führen, diesen einheitlichen Tarifverbund herzustellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Erfolg des ÖPNV misst sich natürlich nicht nur an seiner Reichweite, sondern auch an seiner Erreichbarkeit für möglichst viele Menschen. Ein barrierefreier ÖPNV ist deshalb ein sehr wichtiges verkehrspolitisches Ziel der Landesregierung. Barrierefreiheit erhöht die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und bewegt mehr Menschen dazu, die Bahn oder den Bus zu nutzen. Wir unterstützen daher die kommunalen Aufgabenträger und die Kommunen bei Investitionen in den barrierefreien Ausbau.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch auf das Azubi-Ticket eingehen – ein Thema, das uns sehr wichtig ist und in das wir – auch wenn es in der Öffentlichkeit anders wahrgenommen wird – von Anfang an viel Arbeit und Engagement gesteckt haben. Aufgrund der vielfältigen Thüringer Tariflandschaft im ÖPNV ist ein Azubi-Ticket in Form eines verkehrsträgerübergreifenden Fahrscheins kurzfristig nicht umsetzbar. Ich habe das an der Stelle schon mehrfach erklärt. Die Kritik, die wir dafür geerntet haben, ist meines Erachtens nicht berechtigt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Denn wir haben alle möglichen Optionen geprüft und prüfen derzeit alternative Übergangsmodelle mit dem Ziel, den Auszubildenden ein kostengünstigeres Angebot für den Weg vom Wohnort zur Berufsschule und zum Arbeitsort anzubieten. Das Solidarmodell, wie es beim sogenannten Semester ticket für Studierende bekannt ist und vielerorts für Azubis gefordert wird, kann aus rechtlichen Gründen leider nicht realisiert werden. Dazu fehlen die Voraussetzungen. Derzeit verhandeln wir mit den Unternehmen des Eisenbahnverkehrs über neue Angebote für Azubis mit möglichst thüringenweiter Nutzung des Schienenpersonennahverkehrs. Bis Ende März werden uns konkrete Angebote dazu vorgelegt. Mit Nachdruck prüfen wir auch andere Modelle, die es ermöglichen, zusätzlich zu den bereits bestehenden Fördermöglichkeiten aus dem Bildungs- und Arbeitsmarktbereich Berufsschüler bei den Fahrkosten zu unterstützen, die auf ihrem Weg zur Berufsschule mit Bus und Bahn entstehen. Hier werden wir weiter mit Kammern und Wirtschaftsverbänden im Gespräch bleiben, denn wir sehen auch die Wirtschaft in der Pflicht, für gute Ausbildungsbedingungen zu sorgen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, wir haben sehr klug im Koalitionsvertrag überlegt, wie wir das Azubi-Ticket positionieren. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie wir das formulieren. Es ging im Koalitionsvertrag darum, ein kos-

**(Ministerin Keller)**

tengünstiges Azubi-Ticket anzustreben, wohl wissend, dass es nicht so leicht über eventuelle GEZ-Gebühren – was immer das bedeutet – einzuführen sein wird.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Das wissen die selbst nicht!)

Sehr geehrte Damen und Herren, für die Landesregierung haben Bus und Bahn Vorfahrt vor dem motorisierten Individualverkehr. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr aus sozialen, aus umweltpolitischen und wirtschaftlichen Gründen noch attraktiver gestalten und stetig verbessern. Der Doppelhaushalt 2018/2019 spiegelt unsere politischen Ziele wider. Wir haben dafür gesorgt, dass unser Weg mit den erforderlichen Finanzierungsmitteln abgesichert ist. Mein Ziel, wieder originäre Landesmittel für den ÖPNV bereitzustellen, ist erreicht. Im Haushaltsplan ist diese zusätzliche Finanzierung in Höhe von 16,1 Millionen Euro vorgesehen.

(Beifall DIE LINKE)

Zudem hat die Landesregierung dafür gesorgt, dass die Finanzhilfe an die kommunalen Aufgabenträger erhöht und bei 23 Millionen Euro pro Jahr verstetigt wird. Gestatten Sie mir das: Das war in der vergangenen Legislaturperiode nicht der Fall. Ich bin dennoch dankbar, dass wir hier inzwischen einstimmig im Parlament der Auffassung sind, dass die Einführung des Azubi-Tickets und einheitlicher Tarife wahrscheinlich nur über die Erweiterung des mitteldeutschen Verkehrsverbundes möglich sind und wir hier breite Unterstützung erhalten. Im Haushaltsplan 2018/2019 stehen für 2018 erheblich mehr Mittel für die Finanzierung des Thüringer ÖPNV bereit als im Jahr 2017. Für 2019 ist eine weitere Steigerung geplant. Sie sehen also, die Landesregierung arbeitet nicht nur kontinuierlich, sondern auch erfolgreich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die nötigen Grundlagen geschaffen, um den öffentlichen Nahverkehr in Thüringen auch langfristig gut aufzustellen. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam hier bis zum Ende der Legislaturperiode weitere gute Ergebnisse bei der Gestaltung eines guten öffentlichen Verkehrs erzielen, der dann weit über das Jahr 2019 für die Menschen in Thüringen gut sein wird. Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Damit schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **nächsten Teil**

**c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Entkriminalisierung von Cannabis und Auswirkung auf Thüringen“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/5329 -

Frau Abgeordnete Pfefferlein hat als Erste das Wort.

**Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Das Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde „Entkriminalisierung von Cannabis und Auswirkung auf Thüringen“ beschäftigt uns Grüne und viele Menschen in diesem Land schon sehr lange. Im Februar dieses Jahres hat sich aktiv der Bund der Kriminalbeamten dazu geäußert und wiederholt Aspekte in die Debatte eingebracht, die wir als Grüne sehr überzeugend finden. Außerdem gibt es zu diesem Thema derzeit auch eine Debatte im Bundestag. Gleich drei Bundestagsfraktionen, wir Grüne, die FDP und Die Linke, wollen den Cannabis-Konsum entkriminalisieren. Natürlich gibt es da noch inhaltliche Unterschiede in der Ausrichtung. Dabei ist das weitgehendste Konzept von Bündnis 90/Die Grünen. Wir haben einen umfassenden Gesetzentwurf zur kontrollierten Cannabisfreigabe vorgelegt. Auf die Entscheidung des Bundestags sind wir gespannt.

Der Bund der Kriminalbeamten fordert eine Legalisierung von Cannabis in Deutschland. Einer der Gründe sind aus seiner Sicht die Ressourcen, die im Bereich Polizei und Justiz entstehen, welche gezielt für wichtige gesellschaftliche Dinge eingesetzt werden können/sollen. Ein weiterer Grund ist außerdem, dass das Verbot von Cannabis keine Wirkung zeigt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Statistiken sagen, jeder vierte Deutsche hat schon mal gekifft,

(Beifall SPD)

jeder Jugendliche auch in Thüringen kann ziemlich einfach einen Joint erwerben. Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, durch die Entkriminalisierung steigt die Zahl der Konsumentinnen von Cannabis so gut wie gar nicht. Es steigen auch nicht mehr Menschen auf harte Drogen um. Vom Verbot profitiert nur eine Gruppe: die illegalen Dealer.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Abg. Pfefferlein)**

Die Menschen, gerade junge Menschen, nutzen Cannabis trotzdem als Genussmittel. Die Strafverfolgung zeigt also in dem Fall keine Wirkung. Sie verhindert vielmehr eine aktive und offene Debatte über eine Droge, die, wenn sie verstärkt eingenommen wird, durchaus schädliche Wirkungen hervorrufen kann. Aber das tun auch andere, auch legale Drogen wie Alkohol und Nikotin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen auch, dass Cannabis eine Einstiegsdroge sein und gerade bei jungen Menschen das Gedächtnis schädigen oder Psychosen auslösen kann. Aber das wird durch ein Verbot nicht besser. Gerade die Legalisierung wird helfen, mit Jugendlichen offen über Drogenkonsum zu sprechen und Suchtgefährdete besser zu erreichen. Außerdem sollen gerade junge Menschen vor Kriminalisierung geschützt werden.

Wie ist die aktuelle Lage? Der Konsum von Cannabis ist in Deutschland nicht verboten. Er gilt als straffreie Selbstschädigung. Allerdings sind der Erwerb, Verkauf, Anbau und Besitz, jedenfalls wenn kein ärztliches Attest vorliegt, das besagt, dass Cannabis medizinisch notwendig ist, verboten. Strafverfahren wegen des Erwerbs geringer Mengen, also solche, die offensichtlich für den Eigenbedarf sind, werden normalerweise auch in Thüringen eingestellt. Aber auch das gilt nur für Gelegenheitskonsumentinnen. Eine Legalisierung von Cannabis und damit eine Entkriminalisierung von Konsumentinnen würden, wenn man dem Gesetzesvorschlag der Grünen-Bundestagsfraktion folgen würde, etliche Ressourcen freimachen. Durch staatlichen Anbau, Zugang und Abgabe könnte man eine tatsächliche Qualitätskontrolle einführen. Der Staat könnte Steuereinnahmen nutzen, um unter anderem die Suchtberatungsangebote und Aufklärungsprogramme zu finanzieren. Diese brauchen wir in Thüringen, und das nicht nur, weil andere gefährliche Drogen wie zum Beispiel Crystal Meth auf dem Vormarsch sind. Das Suchthilfesystem in Thüringen könnte sich durch eine Entkriminalisierung von Cannabiskonsumentinnen und mehr staatlichen Mitteln besser aufstellen und auf aktuelle Entwicklungen besser eingehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wären aus grüner Sicht die Auswirkungen, die es in Thüringen gäbe. Es wäre im Bereich der Cannabis-Entkriminalisierung ein Perspektivwechsel weg von Verbotskultur hin zur Realität.

Wir brauchen eine fachlich untersetzte und umfassende Präventionsstrategie, sehr gute Beratungsstrukturen und eine Entkriminalisierung von Konsumenten. Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Als Nächste hat Abgeordnete Engel für die Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordnete Engel, DIE LINKE:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Besucherinnen, liebe Zuhörerinnen am Livestream, liebe Kolleginnen! Warum drehen wir die Sachlage nicht einfach mal um und fragen uns, welche Argumente heute eigentlich überhaupt noch für ein Cannabis-Verbot sprechen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geschichtlich gesehen ist die Kriminalisierung von Cannabis nur eine recht kurze Episode unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Wir haben gelernt!)

Wir sollten also aufhören, die Forderung nach der Entkriminalisierung auf den Prüfstand zu stellen, und beginnen, dieses kurze Experiment der Kriminalisierung zu beleuchten. Welche positiven Aspekte hat uns denn das Cannabisverbot bisher gebracht? Das hehre Ziel einer abstinenten Gesellschaft ganz ohne Cannabiskonsum konnte ja augenscheinlich nicht erreicht werden. Weder konnte das Angebot merklich eingeschränkt werden, noch ist die Nachfrage merklich zurückgegangen. Inzwischen ist bekannt, dass für die Ablehnung von Drogen andere Gründe als die Strafverfolgung ausschlaggebend sind. Es gibt eben keine belastbaren Untersuchungen, die belegen, dass Drogenverbote den Konsum einschränken oder eine Legalisierung den Drogenkonsum steigern würde. Dies kann man leicht belegen, indem man zum Beispiel die Konsumraten von Deutschland und den Niederlanden vergleicht. Trotz des Verbots konsumieren etwa drei Millionen Menschen in Deutschland regelmäßig Cannabis. Die positiven Ergebnisse des Cannabisverbots sind also nur eine leichte Hemmschwelle im Gebrauch und in der Beschaffung. Diesen geringen positiven Erfolgen stehen jedoch etliche negative Folgen gegenüber. Durch das Verbot stigmatisieren wir Konsumentinnen. Ansonsten unbescholtene Bürger und Bürgerinnen werden kriminalisiert, was oftmals eine Zäsur im Lebenslauf und beruflichen Werdegang nach sich zieht. Dadurch entstehen doch erst kriminelle Karrieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit einem Verbot fördern wir illegale Strukturen sowie die organisierte Kriminalität. Diese haben wiederum durch fehlende legale Konkurrenz das Monopol inne und können die Preise hochtreiben, wie

**(Abg. Engel)**

sie wollen. Künstlich hohe Preise führen aber zur Beschaffungskriminalität und belasten damit wiederum die Gesellschaft. Ebenso fördern hohe Preise in Verbindung mit einer kurzfristigen Angebotsverknappung oftmals einen gesundheitsschädlichen Mischkonsum mit Tabak, Alkohol oder anderen Drogen. Hinzu kommt, dass durch fehlende staatliche Kontrollen die Qualität der Droge starken Schwankungen unterliegt. Für die Konsumentinnen bedeutet das nicht nur einen ungewissen Wirkstoffgehalt, sondern auch oftmals die Gefahr gesundheitlicher Schäden durch Streckstoffe. Außerdem ist es dem Dealer an der Ecke nicht nur egal, was er verkauft, sondern auch, wem er es verkauft. Durch eine staatlich regulierte Abgabe wäre hier ein verlässlicher Verbraucher- und Jugendschutz möglich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Ja, alles raus! Viel Erfolg!)

Ein Verbot geht immer auch einher mit einer Tabuisierung. Ein ehrlicher und offener Diskurs über Konsum wird erschwert. Schülerinnen zum Beispiel können kaum ihre Erfahrungen mit Eltern oder Lehrerinnen angstfrei reflektieren. Die Kriminalisierung belastet die Polizei, die Justiz, die Gefängnisse. Es werden Kapazitäten gebunden, welche in anderen Bereichen fehlen. Selbst der Vorsitzende des Bundes der Kriminalbeamten, André Schulz, fordert ebenfalls eine Entkriminalisierung. Er meinte, ich zitiere: Aus polizeilicher Sicht stellt sich die Drogenbekämpfung als extrem personalaufwendig dar und leider als wenig zielführend. – Zwar gibt es mittlerweile eine Eigenbedarfsgrenze – in Thüringen liegt diese bei zehn Gramm –, dennoch werden in der Regel erstmal eine Strafanzeige erstattet, ein Verfahren angelegt, Asservate eingetütet usw. Mehrere Beamte beschäftigen sich also mit dem Vorgang, welcher am Ende häufig eingestellt wird. Das kostet Zeit und Geld. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, hat 2015 ausgerechnet, dass die Strafverfolgung von Cannabiskonsumentinnen die Steuerzahlerinnen jährlich bis zu 2 Milliarden Euro kostet. Aber weder die kriminellen Machenschaften noch lebensbedrohliche Beimischungen würden dadurch verhindert.

Demgegenüber stehen massive Steuerausfälle, die wir hätten haben können: Genussmittelsteuer, Umsatzsteuer, Gewinnsteuer, Lohnsteuer sowie der Einnahmeausfall bei den Sozialkassen durch die Illegalisierung der Arbeitsplätze. Würde man Cannabis legalisieren, könnte man also nicht nur 2 Milliarden Euro in der Strafverfolgung sparen, es kämen sogar zusätzlich bis zu 2 Milliarden Euro an Steuereinnahmen hinzu, wenn man eine ähnliche

Besteuerung wie in den US-Bundesstaaten vornehmen würde.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Es gibt auch andere illegale Stoffe, die Sie als Staat verticken können!)

**Präsident Carius:**

Frau Abgeordnete Engel, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abgeordnete Engel, DIE LINKE:**

Das Cannabisverbot hat also nicht nur sein eigentliches Ziel verfehlt, sondern hat auch eine Vielzahl neuer Problemlagen geschaffen. Das Experiment ist gescheitert. Die Politik hat nicht die Aufgabe, Menschen zu erziehen, sondern eine informierte und risikobewusste Konsumentenscheidung zu ermöglichen. Ich hoffe, dass morgen viele Abgeordnete parteiübergreifend im Bundestag dies im Kopf haben und dem Antrag von FDP, Linke und den Grünen zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Frau Abgeordnete Herold für die AfD-Fraktion, bitte.

**Abgeordnete Herold, AfD:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrte Anwesende, liebe Kollegen, liebe Besucher auf der Tribüne, aus verschiedenen Gründen habe ich schon längere Zeit das Gefühl, in einer Realität gewordenen parasozialistischen Dystopie zu leben, und zwar in „Schöne neue Welt“ von Aldous Huxley.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Das Thema dieser Aktuellen Stunde ließe sich danach auch beschreiben mit „Soma für alle“. Schon in der Begründung dieses waghalsigen Konzepts gibt es erste Fehler bei der Erwähnung des Bundes der Kriminalbeamten, den gibt es nämlich nicht. Diese Vereinigung heißt „Bund Deutscher Kriminalbeamter“.

(Beifall AfD)

Da sind den lieben Grünen wohl wieder ihre antinationalen Ressentiments durchgegangen.

Wir von der AfD können nicht erkennen, welche Vorteile diese sogenannte Entkriminalisierung des Cannabiskonsums für die Thüringer Gesamtbevölkerung haben soll. Dass Polizei und Justiz entlastet werden möchten, ist natürlich nachvollziehbar, sind

**(Abg. Herold)**

sie doch in den letzten zwei Jahren durch den Anstieg der verschiedensten Arten von Kriminalität und die seit vielen Jahren aufgelaufenen strukturellen und organisatorischen Defizite hoffnungslos überlastet.

(Beifall AfD)

Wem es ernst damit wäre, Polizei und Justiz im Kampf gegen illegale Drogen zu entlasten, der könnte andere Wege gehen, als mit der Legalisierung des Kiffens das Kind mit dem Bade auszuschütten.

(Beifall AfD)

Der Gebrauch von Marihuana ist alles andere als harmlos.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Die Rechtsextremisten auch!)

Schon der Einstieg in die Drogennutzung ist mit vielfältigen Erscheinungen vegetativer Dysregulation verbunden. Herzrasen, Übelkeit, Erbrechen, Angst- und Panikzustände werden von jungen Erstkonsumenten in diversen Foren im Internet beschrieben. Langzeitgebrauch verursacht Antriebsarmut, Verminderung der geistigen Leistungsfähigkeit, Stoffwechselstörungen durch den Verlust der Kontrolle über die Nahrungsaufnahme. Eine beträchtliche Anzahl regelmäßiger Konsumenten erleidet ein Abgleiten in Psychosen und Störungen

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das haben Sie ja nicht!)

aus dem schizophrenen Formenkreis. Das heißt, sie sehen dann weiße Mäuse. Dass der Marihuana-Gebrauch dafür auslösend oder förderlich war, ist wissenschaftlich unumstritten.

(Beifall AfD)

Eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen belegt mittlerweile auch, dass regelmäßiger Marihuana-Gebrauch im Jugendalter, in der Pubertät die Gehirnentwicklung beeinträchtigt.

(Beifall AfD)

Daher ist es meiner Ansicht nach das völlig falsche Signal, den Gebrauch von Marihuana zu legalisieren.

(Beifall AfD)

Da helfen auch keine hehren Vorhaben wie das Erlernen des Umgangs mit Suchtmitteln. Wie dürfen wir uns das dann in Thüringen in Zukunft wohl vorstellen? Gibt es dann in der Schule in der Mittelstufe im Bildungsplan unter der Rubrik „Vielfalt und Toleranz“ im Sozialkundeunterricht oder als Querschnittsaufgabe für alle Unterrichtsfächer zunächst die Unterrichtseinheit „Wir planen einen Puff für alle Lebenslagen“ und in der nächsten Stunde dann zur

Beruhigung der erhitzten Gemüter eine Lehrplaneinheit „Betreutes Kiffen“?

Wir hatten uns hier im Zusammenhang mit der Problematik des Drogengebrauchs junger Schwangerer und Mütter bereits intensiv mit dem Thema „Jugend und Drogen“ beschäftigt. THC ist plazentagängig und wirkt somit auf das fetale Gehirn mit bis jetzt nicht umfassend erforschten Folgen ein.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Helmerich, SPD: Alkohol auch!)

(Zwischenruf Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: Alkohol auch!)

Wie bei allen Medikamenten in der Schwangerschaft muss also auch hier gelten: im Zweifel für das Ungeborene. Eine Entkriminalisierung respektive Legalisierung des Cannabisgebrauchs sendet hier an werdende Mütter eine völlig kontraproduktive Botschaft.

(Beifall AfD)

In der grünen Wunderwelt voller verantwortungsvoller, nur am Wochenende und außerhalb jeglicher Dienstzeiten glücklicher Kiffer ist auch gar nicht die Kontrolle der Drogennutzer in allen sicherheitsrelevanten Bereichen geklärt. Bis jetzt und im Zusammenhang mit Alkohol ist es gesellschaftlicher Konsens, den Alltag und das Berufsleben weitestgehend nüchtern zu bestreiten. Die aber da vorkommenden Übertretungen und Entgleisungen zu kontrollieren, ist schon jetzt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der die Ordnungsbehörden leider allzu oft scheitern. Wie soll das erst werden, wenn zur Droge Alkohol, die bei unsachgemäßem Gebrauch schon genügend gesellschaftliche Probleme verursacht, auch noch der unsanktionierte, legalisierte Gebrauch von Cannabis hinzutritt?

(Beifall AfD)

Wir von der AfD setzen bei der Drogenproblematik lieber auf Primärprävention und eine tabulose Debatte über Ursachen und Voraussetzungen jeglicher Drogensucht. Flankierend dazu halten wir eine strikte Verfolgung von Herstellern und Großverteilern für das Mittel der Wahl. Einem medizinischen Gebrauch der psychoaktiven Substanz THC unter kontrollierten klinischen Bedingungen stehen wir jederzeit aufgeschlossen gegenüber. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Als Nächster hat Abgeordneter Helmerich für die SPD-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Helmerich, SPD:**

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen, sehr verehrte Abgeordnete der rechtsextremistischen Fraktion!

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Herr Helmerich, jetzt aber mal!)

**Präsident Carius:**

Herr Abgeordneter Helmerich, dafür bekommen Sie einen Ordnungsruf.

**Abgeordneter Helmerich, SPD:**

Ich habe hier eine Rede, die lege ich jetzt weg. Vor eineinhalb Jahren habe ich einen Auftrag von einem Kollegen aus Freiburg bekommen: Die Jugendlichen waren hier in Erfurt bei einem Rockkonzert und wurden dann von der Polizei angehalten. Man hat ihre Rucksäcke durchsucht. Was hat man gefunden? Man hat mehrere Joints gefunden. Was ist passiert? Man hat gegen die Jugendlichen ein Strafverfahren eingeleitet, sie wurden angeklagt.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Das ist Gesetz!)

Ja, da freuen Sie sich. Ich freue mich nicht darüber. Ich kann nur sagen: armselig, furchtbar. Die Jugendlichen wurden kriminalisiert, sie wurden einem Strafverfahren unterzogen.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: So ist das Gesetz!)

Ich bin sehr froh, dass ich einen Freispruch erreicht habe. Ich möchte, dass das auch so bleibt. Wir wollen nicht zurück in einen Staat, der repressiv und verlogen ist.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Das ist jetzt aber die AfD. Das haben Sie scheinbar nicht ganz abgelegt!)

Wir haben Alkohol, wir haben Nikotin und Zucker. Von der Pharmaindustrie werden wir mit Antibiotika gefüttert, die uns schädigen. Das akzeptieren Sie, das finden Sie toll. Dagegen sagen Sie nichts. Das ist verlogen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin gegen die Verlogenheit der Politik. Die Menschen wollen diese Verlogenheit nicht mehr. Sie wollen nicht mehr an den Weihnachtsmann glauben. Sie wollen eine ehrliche Politik.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Und der ist rot, Herr Helmerich!)

Ich gebe es zu, ich habe vor 40 Jahren schon Cannabis geraucht. Und?

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenrufe aus der CDU- und der AfD-Fraktion: Pfui!)

Ich rauche heute Pfeife, ich rauche heute Zigarre. Es ist überhaupt kein Problem. Ich sage Ihnen, wie es ist. Es ist eine absolute Verlogenheit, wenn wir hier anfangen, die Menschen zu kriminalisieren, die ein Rauschmittel, was nichts anderes ist ...

**Präsident Carius:**

Liebe Kollegen bei der CDU-Fraktion, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Abgeordneter Helmerich, SPD:**

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine absolute Verlogenheit.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Von Ihnen!)

Die Menschen wollen endlich mal Ehrlichkeit. Bitte hören Sie doch zu. Seien Sie doch auch mal einsichtig.

(Heiterkeit CDU)

Schon vor 40 Jahren ist das ganz normal gewesen, dass man das geraucht hat, und es hat niemandem geschadet.

(Unruhe CDU)

Ich rede hier von weichen Drogen. Ich rede hier von Cannabis. Cannabis ist letztlich nichts anderes als Nikotin, als Alkohol. Damit müssen wir uns mal abfinden. Das ist die Lebenswirklichkeit. Denken Sie an die Lebenswirklichkeit! Wir wollen keine Heimlichkeiten. Die Jugend will von der Politik, dass wir die Dinge endlich mal benennen, wie sie sind. Sie sind verlogen, Sie kriminalisieren hier die Leute.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Jetzt ist Schluss! Sie sind vielleicht verlogen!)

**Präsident Carius:**

Herr Kollege Helmerich, ich bitte Sie, in der Wortwahl ein wenig darauf zu achten, dass wir hier im Parlament sind. Die Verlogenheit gehört nicht dazu.

**Abgeordneter Helmerich, SPD:**

Das ist eine Verlogenheit von Ihnen, die ich – zumindest solange ich hier stehen darf – anprangere. Ich möchte, dass wir hier endlich mal ehrlich sind

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Cannabis nicht als Endprodukt, als Weltuntergangsprodukt bezeichnen, sondern als Tatsache, die es schon seit Jahrzehnten gibt und die seit

**(Abg. Helmerich)**

Jahrzehnten konsumiert wird. Sie schadet niemandem, im Gegenteil. Sie ist medizinisch indiziert

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Wie kommen Sie zu solchen Aussagen? Das ist doch lächerlich!)

und die Menschen, die sie rauchen, sind nicht verrückt geworden oder sonst irgendwas. Im Gegenteil, wir haben sogar die große Chance, dass wir die Drogenkriminalität ...

**Präsident Carius:**

Sehr verehrte Kollegen, die Rede des Abgeordneten Helmerich spricht für sich und ich bitte Sie, sich ein bisschen zu beruhigen.

(Heiterkeit und Beifall CDU, AfD)

**Abgeordneter Helmerich, SPD:**

... hier einschränken, indem wir die Menschen, die sich daran bereichern, die Kriminellen, die wirklich daran Geld verdienen, hier endlich in die Schranken weisen. Dass wir das in geringen Mengen abgeben und das kontrollieren wie Alkohol und Nikotin, das ist der richtige Weg. Ich finde, das ist eine Ehrlichkeit und nicht eine Verlogenheit, die wir hier bisher praktizieren. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Wir sind nach wie vor in der Debatte und die wird von hier vorn geführt. Als Nächster hat Abgeordneter Zippel für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Zippel, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss ganz ehrlich sagen: Es hat eine gewisse Tradition bei den Grünen – im Januar haben die Grünen Entkriminalisierung des Schwarzfahrens gefordert, jetzt im Februar fordern Sie Entkriminalisierung des Drogenkonsums. Ich bin auf März gespannt.

(Beifall CDU, AfD)

Die Aktuelle Stunde der Grünen ist leider doch nicht so zum Lachen. Ich möchte zu Beginn einen Satz aus Ihrer Begründung zitieren, der lautet: „Gerade bei jungen Menschen muss der Umgang mit Suchtmitteln erst erlernt werden [...]“. Diesen Satz muss man mal sich auf der Zunge zergehen lassen. Nach deutschem Recht gilt als Jugendlicher, wer mindestens 14, aber noch nicht 18 ist. Sie möchten 14-Jährigen den Umgang mit Suchtmitteln beibringen. In welcher Welt leben Sie denn eigentlich?

(Beifall CDU)

Es ist der Albtraum aller Eltern, wenn Sie hier fordern, dass ihr Kind den Drogen verfällt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dass Sie damit verlogen umgehen, ist doch etwas ganz anderes!)

Ich sage, wir sollten gemeinsam alles unternehmen, um junge Menschen von Drogen fern zu halten, anstatt sie zum Drogenkonsum zu animieren – nichts anderes fordern Sie.

(Beifall CDU)

Wenn Sie dann auch noch vorschlagen, die frei gewordenen Ressourcen für die Suchthilfeberatung zu verwenden, ist das letztlich einfach nur zynisch.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Vorstellung, dass sich ein Kind am Ofen erst mal richtig verbrannt haben muss, um zu verstehen, dass es heiß ist.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das mag Ihre Vorstellung sein!)

Das ist eine Erziehungsmethode, Frau Rothe-Beinlich, die mir fremd ist; wenn es Ihre ist, dann ist es Ihre Entscheidung.

(Beifall CDU)

Aber wir können an der Stelle gern mal ein Gedankenexperiment wagen. Stellen Sie sich doch mal vor, ich würde heute hier die Legalisierung von Schusswaffen fordern. Jeder kann sich legal mit Waffen eindecken, so viel er möchte. Der Vorteil wäre, bereits junge Menschen könnten dann auch den verantwortlichen Umgang mit Waffen erlernen. Man würde den Schwarzmarkt austrocknen.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Waffenverkauf könnte besteuert werden. Die Einnahmen wären für die Versorgung von Opfern von Schussverletzungen zu verwenden. Sie würden wohl alle an meinem Verstand zweifeln, wenn ich genau so argumentieren würde. Aber genau so argumentieren Sie konsequent beim Thema „Cannabis“.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unterschied zwischen Bier und Bombe!)

Ärzte warnen seit Jahren vor den Risiken des Cannabiskonsums vor allem für Kinder und Jugendliche. Es wurde gerade schon ausgeführt. Es wundert mich, dass sich heute hier viele medizinisch aus dem Fenster lehnen, die davon letztlich offensichtlich keine Ahnung haben.

**(Abg. Zippel)**

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Sie oder was?)

Die Bundesärztekammer sagt ganz klar: Kiffen ist kein harmloses Freizeitvergnügen

(Beifall CDU)

– so sehr Sie das verharmlosen wollen. Cannabis bremst nachweislich die geistige Entwicklung Heranwachsender,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

es hat verhängnisvolle Konsequenzen für die schulische und berufliche Laufbahn. Jugendliche verkiffen im wahrsten Sinne des Wortes ihre Zukunftsperspektiven.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Und versaufen sie!)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und versaufen sie!)

Zudem ist Cannabis nach wie vor Einstiegsdroge Nummer 1, steht am Anfang vieler Drogenkarrieren, mit denen Menschen ihr Leben ruinieren.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Studie will ich lesen!)

Dann kommt immer das Argument: Was ist mit Alkohol, was ist mit Tabak? Keinem Alkoholkranken ist jedoch geholfen, wenn eine weitere Droge legalisiert wird. Es ist auch keinem Drogenabhängigen geholfen, wenn wir Cannabis legalisieren, aber wir gefährden viele Menschen, die noch gar nicht damit angefangen haben, Drogen zu nehmen. Im Übrigen gibt es sehr wohl die Tendenz zu einem restriktiven Umgang mit legalen Rauschmitteln. Beispiele sind hier Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen oder auch das Rauchverbot in Gaststätten. Und, meine lieben Grünen, bei solchen Themen seid ihr übrigens ganz vorn mit dabei.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil das auch verlogen ist!)

Wir sehen hier durchaus positive Resultate. Jugendliche rauchen immer weniger, greifen immer weniger zu alkoholischen Getränken. Rauchen und exzessives Trinken sind zunehmend out. Und das ist auch gut so. Aber wo ist denn der Sinn, eine neue Droge zu pushen? Das erschließt sich an der Stelle wohl nur den Grünen und vielleicht noch einigen Linken-Vertretern.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Sie outen sich da vorn!)

Im Übrigen ist es ein Märchen, dass das Verbot von Cannabis Menschen in die Illegalität treibt. Es ist nicht das Strafrecht, welches kriminelle Karrieren fördert, es ist die Sucht, die zur Beschaffungskriminalität führt.

(Beifall CDU)

Man darf die Ursachen nicht miteinander vertauschen. Das Strafprozessrecht bietet der Justiz alle Möglichkeiten, Strafverfahren bei geringen Mengen von Cannabis einzustellen. Selbst beim Besitz von harten Drogen wie Crystal werden Verfahren gegen Geldstrafen eingestellt, und das nicht nur bei prominenten Grünen-Politikern.

Nun wird bei allen Cannabisfans der Bund der Kriminalbeamten als Kronzeuge herangezogen. Ich mag ja diese Ironie – ganz ehrlich. Ich verstehe aber auch, dass überlastete Kriminalbeamte das Thema gern vom Tisch hätten, weil die Verfahren ohnehin meist eingestellt werden. Logische Konsequenz wäre aber, mehr Polizeibeamte einzustellen und nicht Straftaten zu entkriminalisieren. Wo soll denn diese Entwicklung letztlich hinführen? Zum Glück denkt die Mehrheit der Polizei anders darüber. Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagt, Cannabis zu erlauben, wäre ein fatales Signal. Oliver Malchow, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei sagt, dass es eine heilsame Wirkung auf jugendliche Konsumenten hat, wenn sie mit ihren Eltern auf die Polizeiwache kommen müssten. Ein gewisses Maß an Abschreckung gehört eben auch zur Prävention. Wir können gern darüber diskutieren, wie wir jungen Menschen effektiver helfen können, wenn sie erstmals mit Drogenkonsum auffällig geworden sind. Das ist eine Diskussion, die sich lohnen würde. Aber wir sollten gemeinsam vor allen Dingen versuchen, die Jugend von Drogen fernzuhalten und nicht den Zugang zu Drogen zu erleichtern.

(Beifall CDU)

Die Debatte, den Zugang zu Drogen zu erleichtern, möchte ich gern mal in der Koalition sehen. Ich kann mir schwerlich vorstellen, dass unter Gesundheitspräventionsaspekten oder auch aus Sicht des Innenministeriums diese Meinung geteilt wird. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Als Nächster hat der Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Herr Minister Lauinger, das Wort.

**Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich bin dankbar

**(Minister Lauinger)**

dafür, dass im Rahmen der Aktuellen Stunde dieses wichtige Anliegen diskutiert und mir die Möglichkeit gegeben wird, die Maßnahmen darzustellen, die seit dem Beginn der Legislaturperiode in Thüringen unternommen werden, um eine moderne Drogenpolitik im Freistaat umzusetzen.

Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einer modernen und effektiven Sucht- und Drogenpolitik bekannt, die sich an der Lebenswirklichkeit ihrer Adressatinnen und Adressaten orientiert. Ein wichtiger Gesichtspunkt dabei ist, dass sich Thüringen mit der Frage beschäftigt, ob eine Entkriminalisierung des Cannabisbesitzes und die Schaffung einer bundeseinheitlichen Regelung sinnvoll sein könnten. Ich habe der Debatte sehr interessiert gelauscht. Herr Zippel, wenn ich höre, dass Sie Schusswaffen und Cannabis in einen Zusammenhang bringen, dann kommt bei mir das Gefühl hoch, man hat nicht so richtig verstanden, um was es geht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Beides tötet Menschen!)

Wenn Sie tatsächlich die Legalisierung von Schusswaffen in einen Zusammenhang stellen – gerade wenn wir sehen, was in den letzten Monaten teilweise in diesem Land, aber auch in den USA durch Schusswaffenbesitz passiert ist –, wenn Sie dann diese zwei Sachen auf eine Stufe stellen, dann fehlt mir da tatsächlich ein bisschen das Verständnis dafür, dass wir das sinnvoll und in Ruhe diskutieren sollten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der aktuell auf Bundesebene ausgehandelte Koalitionsvertrag enthält in der Drogenpolitik den Hinweis, dass man den Drogenmissbrauch weiterhin bekämpfen will. Nicht näher geht die Bundesregierung darauf ein, wie das passieren soll. Es gibt eine kleine Anfrage, die zwei Monate alt ist, die sich auf den Gesundheitsschutz stützt und fragt, wie die Bevölkerung einer Legalisierung der Verwendung von Cannabis zu Genusszwecken gegenübersteht. Und das wird auch von Thüringer Seite weiterhin mit entsprechenden Initiativen auf Bundesebene geprüft. Dabei muss man zunächst ganz nüchtern konstatieren, dass das Strafrecht, seit es in Kraft ist, den Drogenbesitz insgesamt nicht verringert hat.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Wissen Sie das?)

Schätzungsweise konsumieren im Bundesgebiet – was aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage hervorgeht – rund 1,2 Millionen Personen zwischen 18 und 24 Jahren

mindestens ein Mal im Monat Cannabis und 630.000 Personen konsumieren Cannabis im Durchschnitt häufiger als wöchentlich. Der Antrag weist deshalb darauf hin, dass aus zahlreichen Verbänden die Forderung erhoben wird, in der Drogenpolitik umzudenken. Diese Forderungen aus Verbänden sollte man sich tatsächlich in Ruhe anschauen und nicht einfach nur wegwischen mit dem Argument: Da bringen Polizeibeamte das Argument ein – das machen sie nur, um Arbeit vom Tisch zu kriegen. Ich glaube, das ist eine Sicht auf die Argumentation der Polizei, die so nicht zutrifft.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Ein Polizist macht das vielleicht! Reden Sie mal mit den Ärzten!)

Vielleicht sollten Sie sich das in Ruhe anschauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Betäubungsmittelvorschriften, die im Wesentlichen aus den 1970er-Jahren stammen, wissenschaftlich zu evaluieren und auf einen möglichen Reformbedarf zu prüfen, wurde zuletzt zum Beispiel auch in einer Resolution deutscher Strafrechtsprofessorinnen und -professoren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags gefordert. 123 deutsche Strafrechtsprofessorinnen und -professoren – das ist jetzt nicht gerade eine kleine Zahl und niemand, wo man einfach sagen soll: Was interessiert es uns, was die denken?

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Weil die auch alle Ahnung von Medizin haben, nicht wahr?)

Sie weisen zudem darauf hin, dass die schädlichen Nebenwirkungen und Folgen, die aus ihrer Sicht mit der Kriminalisierung bestimmter Drogen einhergehen, nicht zu verantworten sind. Die strafrechtliche Drogenprohibition sei gescheitert, sozialschädlich und unökonomisch, sagen 123 deutsche Strafrechtsprofessoren. Der Staat gebe seine Kontrolle über Verfügbarkeit und Reinheit von Drogen auf.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Ja, wie gesagt: Die haben keine Ahnung von Medizin!)

Im Ergebnis gelangt die Resolution zu der Einschätzung, dass es notwendig sei, Schaden und Nutzen der Drogenpolitik unvoreingenommen wissenschaftlich zu überprüfen. Als Kriminalwissenschaftlerinnen und Kriminalwissenschaftler würden sie sich in besonderem Maße für die Einhaltung strafrechtstheoretischer Prinzipien und für die Zurückhaltung des Staates in der Anwendung der Ultima Ratio gesellschaftlicher Steuerung einsetzen. Ferner werden der unverhältnismäßig hohe Ermittlungsaufwand und die Ungleichheit der Verfolgungspraxis in den Bundesländern kritisiert. Diese Initiative von 123 Professoren wird von bedeutsamen Vereinigungen und Verbänden, die alle mit dem Thema befasst sind – zum Beispiel Strafvertei-

**(Minister Lauinger)**

digervereinigungen, der Neuen Richter Vereinigung e.V., der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin e. V., der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, dem Bund Deutscher Kriminalbeamter und sogar der Deutschen Polizeigewerkschaft – unterstützt. Gerade die Deutsche Polizeigewerkschaft ist nun wirklich nicht dafür bekannt, dass sie leichtfertig für Entkriminalisierung eintritt.

Wenn sich so viele Institutionen diesem Thema zuwenden, sollte man sich vielleicht tatsächlich sehr intensiv mit den Argumenten befassen. Von daher begrüße ich es ausdrücklich, dass auf der morgigen Tagesordnung des Deutschen Bundestages die erste Beratung des von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entwurfs eines Cannabiskontrollgesetzes – vielleicht vergegenwärtigen Sie sich den Begriff eines Cannabiskontrollgesetzes – steht.

Bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode im Bund habe ich diesen Gesetzentwurf, der Cannabis aus den strafrechtlichen Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes herausnehmen soll, unterstützt. Es bleiben hier zunächst die weiteren Beratungen, insbesondere in den Fachausschüssen, abzuwarten. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass Thüringen gemeinsam mit der Freien Hansestadt Bremen im Sommer des vergangenen Jahres einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht hat, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vorzunehmen. Es sollte eine Rechtsgrundlage für die Abgabe ärztlich nicht verschriebener Gebrauchsmengen von Cannabis an Erwachsene im Rahmen wissenschaftlich begleiteter und kontrollierter Versuchsprojekte geschaffen werden.

In seiner Begründung betont der Antrag, dass auch Erfahrungen und Erkenntnisse, die sich durch Modellprojekte im Bundesgebiet ergeben könnten, eine wesentliche empirische Säule einer erstmals wissenschaftlich fundierten Überarbeitung des Betäubungsmittelgesetzes darstellen könnten und insoweit die Arbeit einer zukünftig einzurichtenden Enquetekommission des Deutschen Bundestages sinnvoll ergänzen würden. Es bestehe daher Anlass, die Cannabisgesetzgebung zu überdenken und den vielfältigen Initiativen – ich habe es eben genannt – auf Landes- und kommunaler Ebene auch tatsächlich Rechnung zu tragen. Diese Initiative hat in der letzten Legislaturperiode im Bundesrat keine Mehrheit gefunden. Dass das Thema aber weiterhin aktuell ist, sehen Sie auch daran, dass es nicht nur einen Antrag von den Grünen und Linken am Donnerstag gibt, sondern auch einen Antrag der FDP-Fraktion mit dem Titel „Cannabis-Modellprojekte ermöglichen“. Gleichzeitig ziehen wir in Erwägung, diese Thematik auf der Justizministerkonferenz, die dieses Jahr in Thüringen stattfindet, im Juni auf die Tagesordnung zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben diesen Aktivitäten auf Bundesebene möchte ich – auch das ist schon in der Debatte passiert – darauf hinweisen, dass in Thüringen in enger Abstimmung mit der Thüringer Generalstaatsanwaltschaft die Rundverfügung des Thüringer Generalstaatsanwalts zu den Hinweisen für die Anwendung von § 31 a BtMG bei dem Eigenverbrauch von Cannabisprodukten unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. März 1994 aktualisiert und der Grenzwert für den Eigenverbrauch in geringer Menge ab dem 1. Januar 2017 auf 10 Gramm angehoben wurde. Dadurch wurden die Handlungsspielräume der staatsanwaltschaftlichen Praxis, was ihre Möglichkeiten anbelangt, von weiteren Strafverfolgungen abzusehen, beträchtlich erweitert. Es bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten, ob und in welchem Umfang künftig Ressourcen durch den Wegfall der Strafverfolgung entstehen. Dass freie Kapazitäten, wie es der Antrag auch formuliert, für den Ausbau der Suchtberatungshilfelandtschaft genutzt werden sollten, wäre auch aus meiner Sicht grundsätzlich wünschenswert. Allerdings sind wir uns entsprechend der Vereinbarung der Regierungsparteien im Koalitionsvertrag auch einig darin – und das will ich zum Schluss mit aller Deutlichkeit betonen –, dass die Debatte um Cannabis nicht bedeutet, dass wir nicht mit aller Konsequenz den Handel mit harten Drogen konsequent unterbinden müssen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit diesen Teil der aktuellen Stunde und rufe auf den **vierten Teil**

**d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Vereinbarung des Koalitionsvertrags endlich umsetzen – Azubi-Ticket einführen statt kostenlosem ÖPNV für alle“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags  
- Drucksache 6/5330 -

Als Erste hat Abgeordnete Muhsal für die AfD-Fraktion das Wort.

**Abgeordnete Muhsal, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin ja jetzt doch ganz froh, dass wir uns nicht mehr über das Kiffen der Grünen unterhalten müssen, sondern zu einem Thema

**(Abg. Muhsal)**

kommen können, was alle Thüringer betrifft, nämlich dem Azubi-Ticket.

(Beifall AfD)

Allerdings gibt es da auch eine traurige Wahrheit direkt zu verkünden: Das Azubi-Ticket wird in dieser Legislatur nicht kommen. Wieder zeigt sich: Was die Vertreter aller drei Koalitionsfraktionen immer wieder vollmundig und öffentlichkeitswirksam behaupten, das ist die eine Sache, was sie tatsächlich durchsetzen, ist eine ganz andere.

(Beifall AfD)

Zu behaupten, Ihnen sei die Einführung eines Azubi-Tickets wichtig, ist einfach, aber die tatsächliche Umsetzung übersteigt ganz offenbar Ihr Wollen und Können. Dass Ihnen das vollmundige Schwatzen und Ankündigen wichtig ist, aber nicht das Umsetzen, das zeigt schon Ihr im Januar 2016 gefasster Beschluss im Landtag. Dort findet man überwiegend Floskeln. Zu lesen ist nicht etwa, dass die Landesregierung zügig eine Schüler- und Auszubildenden-Fahrkarte einführen wird. Zu lesen ist, dass die Landesregierung – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis – „zeitnah ein Konzept zur schrittweisen Einführung eines vergünstigten, langfristig thüringenweit einheitlichen Schüler- und Auszubildenden-Tickets“ entwickeln und dem Landtag vorlegen wird. Und selbst nur dieses Konzept vorzulegen, ist der Landesregierung bis heute nicht gelungen. Ich erinnere daran, das war 2016, vor zwei Jahren. Das Wort „zeitnah“ bekommt unter Rot-Rot-Grün eine ganz neue Bedeutung.

(Beifall AfD)

Hieß es noch im Koalitionsvertrag, die Koalition strebt die Einführung eines kostengünstigen Azubi-Tickets für den öffentlichen Nahverkehr an, so können wir heute sagen: Dieses Streben fand ein schnelles Ende.

Zusammenfassend: Sie sind Ankündigungsweltmeister, aber Umsetzungsnieten.

Nachdem seit Juni 2016 dann auch nichts passiert war, hat meine Fraktion im Januar 2017 gefordert, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und die Schüler- und Auszubildenden-Fahrkarte möglichst schnell einzuführen. Aber dass es damit allen anderen Fraktionen – außer jener der AfD – nicht so ernst ist, hat sich dann schon dadurch gezeigt, dass alle Abgeordneten des Landtags in namentlicher Abstimmung gegen unseren Antrag, also gegen die schnelle Einführung eines Auszubildenden-Tickets gestimmt haben. Dann ist es auch nur konsequent und folgerichtig, dass dank der Mehrheit in diesem Haus gegen die AfD bis heute nichts in dieser Angelegenheit geschehen ist. Dass Sie in einem solchen Maß untätig bleiben, ist den Thüringer Auszubildenden, aber auch den Unternehmen durch nichts mehr zu vermitteln.

(Beifall AfD)

Uns als AfD-Fraktion ist es ein Anliegen, die Rahmenbedingungen für Ausbildungsberufe zu verbessern, das haben wir hier in unseren Anträgen immer wieder deutlich gemacht. Dazu gehört zweifellos eine vernünftige und kostengünstige Fahrkarte, die eben deutlich mehr umfassen muss als den Weg vom Wohnort zur Berufsschule, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung bemüht ist, das Berufsschulnetz zu straffen, wie sie das so schön beschönigend nennt, de facto also die Berufsschulen zu schließen. Dadurch verlängern sich die Fahrtwege und das macht die Aufnahme einer Berufsausbildung weiterhin unattraktiver.

Die Aufnahme eines Studiums hingegen auf der anderen Seite ist nicht nur fälschlicherweise mit einem höheren sozialen Status und einer höheren sozialen Anerkennung verbunden, sondern auch damit, ein kostengünstiges Semesterticket zur Verfügung gestellt zu bekommen, mit dem es sich bequem zu jeder Zeit in alle Winkel Thüringens fahren lässt. Mit dieser Ungleichbehandlung muss Schluss sein.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Ich fasse es nicht!)

Die Ankündigung von Staatssekretär Sühl, die Einführung eines thüringenweiten Azubi-Tickets sei derzeit schlicht nicht möglich, da Thüringen über keinen einheitlichen Verkehrsverbund verfügt, ist schlichtweg auch so nicht hinnehmbar. Wir haben daran begründete Zweifel, da vonseiten der SPD-Fraktion verlaublich wurde, die Einführung scheitere an der Zurverfügungstellung finanzieller Mittel. Das klingt natürlich nicht so schön, ist dem Wähler nicht zu vermitteln, also erzählen Sie dann eben was zu den organisatorischen Problemen, die Sie nicht in den Griff kriegen.

(Beifall AfD)

Wir kennen das von Ihnen von der Gebietsreform, in der Bildungspolitik oder bei der Einführung des angeblich kostenlosen Kita-Jahres.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Beitragsfrei, nicht kostenlos!)

Die Umsetzung dieser versprochenen Projekte, wenn sie denn überhaupt kommen, Frau Rothe-Beinlich, bleibt deutlich hinter Ihren Ankündigungen und hinter den Erwartungen, die man an solche Projekte haben könnte, zurück. Die Gebietsreform ist gescheitert, die Unterrichtsgarantie ist in weite Ferne gerückt und auch das sogenannte kostenlose Kita-Jahr wurde nur als Sparvariante umgesetzt. Unter solchen Bedingungen erscheint es regelrecht bizarr, dass die Abgeordnete Karola Stange von den Linken mit der Forderung der Einführung eines kostenfreien öffentlichen Nahverkehrs für alle in

**(Abg. Muhsal)**

den Wahlkampf als Oberbürgermeisterin in Erfurt zieht.

(Beifall AfD)

Was Sie für Auszubildende in Thüringen nicht schaffen, das werden Sie wohl kaum für alle hinbekommen. Nach mehr als drei Jahren unter einer rot-rot-grünen Regierung wissen wir, kleckern statt klotzen ist das Motto der Altparteien und versprochen wird viel, gehalten wird nichts, so auch beim Azubi-Ticket. Herzlichen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Als Nächste hat Abgeordnete Dr. Lukin für die Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Muhsal, ich würde Ihnen empfehlen, bevor Sie das nächste Mal Ausführungen zu dem Thema machen, sich die Drucksache 6/2379 durchzulesen. 2016 hat die Landesregierung schon mal sehr deutlich, sehr klar und sehr ausgewogen auf die Probleme aufmerksam gemacht, die mit der Einführung eines Azubi-Tickets verbunden sind.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Die Sie nicht gelöst haben!)

Sie hat darauf aufmerksam gemacht, was ein Semesterticket ist, auch das wissen Sie nicht.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Das wird sie nie verstehen!)

Demzufolge kann ich Ihnen auch nur sagen, lesen Sie bitte erst mal nach, bevor Sie sich eventuell zu dem Thema äußern.

Lange Rede, kurzer Sinn: Das Motto der Aktuellen Stunde der AfD ist blanke Polemik. Eine Gegenüberstellung von Azubi-Ticket und kostenlosem ÖPNV ist ziemlich sinnfrei. Ich will nur sagen, wenn Sie kostenlosen ÖPNV meinen – Herr Warnecke hat schon dazu gesprochen –, das heißt dann einfach nur, dass es für Nutzer kostenlos gestellt wird. Das war in den Erwägungen der Bundesrepublik enthalten – wir hatten das vorhin schon besprochen –, die den Brief am 11.02. an die EU geschickt hat und das für hoch belastete Städte natürlich finanziert mit Steuermitteln in Erwägung zieht.

Den Vorwurf an Karola Stange kann ich auch sehr frei entkräften. Fahrscheinfrei durch Erfurt auf den Weg zu einer Verkehrswende – bereits am 12. April 2013 mit wissenschaftlicher Begleitung und Inbezugnahme auf viele Städte in der Bundesrepublik bzw. in Estland, die das eingeführt haben, gab es schon diese Ideenentwicklungen. Sie sind gemeinsam mit der FH schon seit Langem durch die Linke

in Erfurt diskutiert worden. Es ist also keine Neuerung, sondern es ist eine durchaus realisierbare Möglichkeit, wenn man natürlich das gesamte Verkehrskonzept der Stadt umstrickt. Diesen Auftakt dazu kann man zumindest diskutieren.

Jetzt würde ich gern zum Azubi-Ticket kommen. Alle, die sich mit der Materie beschäftigt haben, wissen ziemlich genau, dass die Einführung eines Azubi-Tickets – und die war als Auftrag im Koalitionsvertrag dargestellt worden – in gemeinsamer Diskussion mit Verbänden, Vereinen, mit den Vertretern der Azubis und mit der Wirtschaft in Angriff genommen und ein Konzept entwickelt werden sollte. Jeder weiß, sportlich gesehen, dass die Einführung eines Azubi-Tickets, noch dazu für ein Land, das keinen einheitlichen Verkehrsverbund hat, ein – sagen wir mal – Hindernislauf und ein Langstreckenlauf ist.

Was wurde bereits erreicht? 2016 ist die Richtlinie zur Kostenerstattung für Berufsschülerinnen und Berufsschüler mit geringem Einkommen erweitert worden. Sie ist sehr gut in Anspruch genommen worden. Die Zahlen haben sich verdoppelt, die Summen, die die Landesregierung dafür zur Verfügung gestellt hat, ebenfalls. Damit ist Thüringen im bundesweiten Ranking zumindest für diese Personengruppe sehr gut vertreten.

Welche anderen Hürden gibt es? Wir hatten schon den fehlenden thüringenweiten Verkehrsverbund und die Probleme erwähnt. Hessen konnte aufgrund der Zahl seiner Verkehrsverbünde – es sind vier – die Möglichkeit eines Schüler- und Azubi-Tickets mit Ausgleich durch das Land Hessen – es kostet 20 Millionen – in Angriff nehmen. Thüringen kann es auch machen im Verkehrsverbund Mitteldeutschland. Das wäre auch eine Möglichkeit. 49 Prozent aller Azubis, 39 Prozent der Schüler wohnen dort, wir hätten die Möglichkeit, dort ein derartiges Ticketmodell anzubieten. Das würde natürlich eine Vorbildwirkung für den Rest des Landes haben und auch ein Anreiz sein, dass möglicherweise sich die Landkreise bzw. auch die anderen Städte diesem Verkehrsmodell zumindest annähern würden. Das wäre machbar. Es wird jetzt diskutiert – und ich finde den Weg, den das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft eingeschlagen hat, sehr gut –, das als solidarisches Zusammengehen zu machen, aber man kann es natürlich auch mit Anreizen machen.

Um noch mal die Diskussion von einem thüringenweiten Mobilitätsticket für Studenten – der Kollege Bühl hatte das mal in einer Zeitung erwähnt –, diese Mär endlich auszuräumen, gucken Sie auf die Seite des Studentenwerks. Dort sind die Mobilitätstickets, die Semestertickets mit den Gebühren, die die einzelnen Studierenden zahlen, und mit dem Bereich, in dem sie sich dort bewegen können, einzeln aufgeführt. Wer in Erfurt praktisch eine Summe

**(Abg. Dr. Lukin)**

von über 100 Euro – exakt 154 Euro – zahlt, kann sich dann in einem bestimmten Bereich bewegen. In Nordhausen bezahlt man 54,60 und bewegt sich im Nordhäuser Verkehr und in der Bahn.

(Zwischenruf Abg. Bühl, CDU: Man kann in ganz Thüringen Zug fahren!)

Also lassen Sie bitte die Polemik der Gegenüberstellung.

(Unruhe CDU)

Sie müssen sich informieren, was ist ein Semesterticket, wer bezahlt es, was ist es für ein Solidarmodell und wo kann man damit fahren. Diese Fragen sollten sich alle mal vor Augen führen,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie haben es doch versprochen!)

bevor wir hier diese Scheindiskussion weiterführen und bevor ein Herr Kemmerich beispielsweise in die Luft pustet, dass die Studenten vom Land ein günstiges Modell bekommen. Das Land zahlt für das Semesterticket der Studenten null.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Genau!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Herr Abgeordneter Bühl hat nun für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Bühl, CDU:**

Sehr verehrte Kollegen, lieber Herr Präsident, die 5 Minuten sind kurz, deswegen will ich nur ganz kurz auf die AfD eingehen und dass sie heute das hier als Thema gemacht hat. Das ist ohne Frage ein wichtiges Thema, nur stellt sich einmal wieder heraus, dass Sie die Themen nur in der Öffentlichkeit platzieren, aber an der Sacharbeit wenig Interesse haben.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das Ganze im Ausschuss thematisiert, das war ein Antrag der CDU-Fraktion,

(Unruhe AfD)

haben uns dazu erst mal informieren lassen, wie denn der aktuelle Stand ist. Da hat die Landesregierung leider nicht von sich aus berichtet, sondern wir mussten das erst einfordern, obwohl ja alle wissen, dass das ein Thema ist, was alle hier im Haus sehr beschäftigt. Da haben wir uns informieren lassen und es stand ja dann auch in der Zeitung, wie der aktuelle Stand ist. Nun machen Sie hier diesen Antrag – okay, es ist auf jeden Fall ein wichtiges Thema. Ich will das gar nicht in Abrede stellen. Wir

als CDU-Fraktion haben das regelmäßig schon eingefordert. Wir müssen feststellen, nach dem, was uns im Ausschuss berichtet wurde, und nach dem, was auch in der Zeitung stand: Das ist ein Armutszeugnis für diese Landesregierung und für Rot-Rot-Grün, was Sie hier vorgelegt haben.

(Beifall CDU)

Es gibt keine Änderung der Schülerbeförderungsrichtlinie – das wurde uns noch mal ganz klar gesagt –, das hat man verworfen. Es gibt also keine Verbesserung in diesem Zusammenhang für Schüler. Es soll mit viel Geld im Grunde nur in den einzelnen Kreisen die Beförderung generell bezuschusst werden, also im Grunde ein noch mal ermäßigter Tarif. Das bringt im Grunde überhaupt nichts für die Auszubildenden, die über den Kreis hinaus fahren müssen; die müssen sich dann mehrere Tickets kaufen. Das ist völlig abwegig. Ich weiß nicht, was Sie sich dabei gedacht haben. Das wird nichts bringen.

Eindeutig kann man sagen, dass dieses Ticket, was Sie jetzt hier vorschlagen, diese Ideen, das ist ein Offenbarungseid von SPD, von den Grünen und von den Linken, dass Sie es nicht geschafft haben, abseits von dem, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag verhandelt haben, hier eine Lösung auf den Tisch zu legen, die tatsächlich allen Auszubildenden hilft, und das – das muss man ganz klar sagen – in einer Zeit, wo es Fachkräftemangel gibt, wo wir darüber diskutieren, dass wir mehr Menschen in eine duale Ausbildung bringen wollen – das haben wir hier auch schon mal diskutiert; ein Antrag, den wir gestellt haben, ist gerade in der Anhörung –, und vor allen Dingen, dass es eine hohe Erwartung der Menschen gibt, dass wir die duale Ausbildung mehr wertschätzen. Dazu hat gerade die Fraktionsvorsitzendenkonferenz unter Vorsitz von Mike Mohring eine Umfrage gemacht, auch deutschlandweit: Was wird erwartet von uns, von der Politik? Da ist ein eindeutiges Bekenntnis zur dualen Ausbildung, wo man duale Ausbildung auch zusätzlich fördern muss. Das – das muss ich ganz ehrlich sagen – vermisse ich hier bei Ihnen. Das, was Sie hier vorschlagen, kostet viel Geld und das wird nicht viel bringen. Das ist wirklich sehr schade. Die SPD hat schon im letzten Jahr – ich kann mich an eine Pressemitteilung von Diana Lehmann erinnern – das Thema im Grunde für abgeschlossen erklärt, das Azubi-Ticket, und hat dort reinformuliert, man wolle das für Koalitionsgespräche 2019 wieder aufrufen. Das – das muss ich sagen – ist sehr schade, wenn man so schnell klein beigibt. Sie sind in Regierungsverantwortung. Ich kann nur an Sie appellieren. Sie müssen doch eine Lösung finden.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Haben Sie welche?)

Sie können sich nicht hinstellen, weshalb das und weshalb es da nicht geht. Andere Länder kriegen

**(Abg. Bühl)**

es doch auch hin. Es gibt in Hessen nicht nur einen Verkehrsverbund.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Haben wir welche?)

Es gibt mehrere Verkehrsverbände. Mit denen hat man dort auch verhandelt. Dort hat man es auch hinbekommen.

(Zwischenruf Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft: Zwei!)

Nein, mehr.

(Zwischenruf Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft: Nein, zwei!)

Vier.

(Zwischenruf Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft: Nein!)

Wenn man sich die Karte anguckt.

Dort hat man es auch hinbekommen. Da muss man ganz ehrlich sagen, wenn Sie hier vorn argumentieren, man könnte es doch im VMT-Bereich machen, dann machen Sie es doch. Machen Sie doch nicht! Das haben Sie auch nicht gemacht, wurde uns auch nicht vorgestellt. Machen Sie nicht!

(Zwischenruf Abg. Helmerich, SPD: Sie hätten das vor zehn Jahren schon machen können!)

Sie haben so ein „Azubi-Ticket light“ vorgeschlagen und ganz ehrlich, ein Ticket, das erst ab 12.00 Uhr am Tag gilt und wo man das im Grunde nur so ein bisschen ermäßigt bekommt, das wird man doch nicht nutzen.

(Beifall CDU)

Ganz ehrlich, Sie sind da an den Bedarfen vorbei.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nur weil Sie nicht mehr in die Schule gehen, Frau Ministerin!)

Wenn Sie auf das Studententicket Bezug nehmen: Klar kann man dort in Nordhausen faktisch nur den Regionalverkehr nehmen, aber man kann thüringenweit Zug fahren. Das kann man. Sie haben gesagt, man kann nur in Nordhausen fahren. Nein, das stimmt nicht. Man kann thüringenweit fahren und man kann den Zug komplett nutzen. Das kann man auch. Selbst das gibt es aktuell noch nicht für Azubis. Das wollen Sie zwar jetzt prüfen, aber Sie haben so viel Zeit schon verstreichen lassen, so viel Zeit, seit 2014, seitdem Sie dieses Ziel formuliert haben, und nichts ist passiert. Das ist tatsächlich ein Armutszeugnis, und das haben unsere Azubis hier in Thüringen nicht verdient. Sie haben eine Gleichstellung verdient mit Studenten, und das muss langsam kommen. Das kann man auch nur einfordern. Wir werden das immer weiter einfordern.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Sie fordern die Zwangsabgabe für Azubis!)

Wir überlegen uns jetzt auch schon die Wahlziele für 2019. Ich kann Ihnen versprechen für meine Fraktion, für meine Partei: Wir werden dieses Azubi-Ticket wieder mit auf die Tagesordnung setzen. Selbst wenn Sie es jetzt schon abgehakt haben, wir werden dafür sorgen, dass wir uns darum kümmern. Wenn Sie das nicht hinkriegen, dann müssen wir das eben machen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Die Zwangsabgabe ist richtig gut – ein richtig gutes Modell!)

(Unruhe DIE LINKE, SPD)

**Präsident Carius:**

Danke schön, Herr Abgeordneter Bühl. Jetzt haben wir als Nächste Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine emotionale Debatte zu einem durchaus wichtigen Thema. Herr Bühl, Sie erinnern sich vielleicht, dass die CDU 25 Jahre regiert hat. Ich finde es gut, dass Sie jetzt auch für ein ...

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: 24!)

24, stimmt. Man muss natürlich immer genau bleiben. Es waren 24. Die waren trotzdem sehr lang und da hat es kein Azubi-Ticket gegeben.

Ich will einfach nur daran erinnern –

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das waren gute Jahre, sehr gute Jahre!)

ohne Azubi-Ticket, Herr Mohring.

Lassen Sie es mich vorweg ganz deutlich sagen: Das politische Ziel für uns als Grüne ist und bleibt ein flächendeckendes und vor allem günstiges Azubi-Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr in ganz Thüringen. Das Ticket soll sowohl Mobilität auf dem Weg vom Wohnort zur Schule, vom Wohnort zum Arbeitsplatz, aber auch – und das ist uns wichtig – in der Freizeit ermöglichen. Und – das will ich auch noch mal sagen – unser Ziel ist, dass dieses für alle Auszubildenden und übrigens auch für alle Freiwilligendienstleistenden genauso wie für die jungen Menschen im freiwilligen sozialen, ökologischen oder kulturellen Jahr gelten soll. Wir wissen, dass die Wege in der Ausbildung weiter werden und dass es auch immer häufiger vorkommt, dass überregionale Fachklassen bzw. Landesfachklassen eben nicht mehr nur am Berufsschulstandort vor Ort konzentriert sind, sondern dafür auch

**(Abg. Rothe-Beinlich)**

weitere Wege in Kauf genommen werden müssen. Als Land haben wir gemeinsam die Pflicht, mit den hier vor Ort ansässigen Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und mit den Verkehrsträgern und Verkehrsunternehmen auf diese Rahmenbedingungen zu reagieren; darauf ist Frau Ministerin in der Aktuellen Stunde eben auch schon eingegangen. Ich finde es echt spannend, dass Sie von der CDU jetzt so tun, als ob man ein Azubi-Ticket quasi staatlich verordnen könnte. So funktioniert das eben nicht. Sie würden sonst Zeter und Mordio schreien, wenn wir so etwas vorhätten. Wir verhandeln und das dauert eben manchmal länger, da geht es in der Tat darum, ziemlich dicke Bretter zu bohren. Ich sehe, dass die Landesregierung arbeitet und an diesem Thema tatsächlich hart arbeitet

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU)

– Herr Mohring, mein einziger Vorteil ist, glaube ich, heute, dass ich aufgrund meiner Ohrenschmerzen Watte in den Ohren habe und nicht alles verstehe, was Sie sagen, aber das mag auch der einzige dabei sein.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Das sollten wir auch mal probieren!)

Das Azubi-Ticket jedenfalls ist ein dickes Brett. Schwierigkeiten liegen vor allem aber darin begründet, dass wir mit dem Land, mit den Kommunen, den öffentlichen und privaten Verkehrsträgern ganz unterschiedliche Akteurinnen und Akteure haben, die unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen und die wir beteiligen müssen. In der Tat ist die Diskussion, wenn wir das Semesterticket als Parallele heranziehen, so, dass es dort immer wieder Abstimmungen an den Universitäten bei allen Studierenden darüber gibt, ob sich tatsächlich alle daran beteiligen, denn nur so funktioniert ein Solidarmodell. Und es macht es sehr viel schwieriger, wenn wir wissen, wir haben eine Ausbildungslandschaft, in der ausgebildet wird, und zwar überwiegend von kleinen mittelständischen Unternehmen, die teilweise sehr, sehr klein sind. Die alle unter einen Hut zu bringen, macht sich eben nicht von heute auf morgen und lässt sich, wie gesagt, auch staatlich nicht verordnen.

Untätig waren wir mitnichten, lieber Herr Bühl, das haben Sie eben falsch dargestellt. Die Richtlinie zur Kostenerstattung für Berufsschüler und Berufsschülerinnen beispielsweise für die Fahrt- und Unterbringungskosten haben wir bereits überarbeitet und auch den Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet und die Regelungen vereinfacht. Aktuell wird eine Förderrichtlinie für die kommunalen Verkehrsträger vorbereitet, deren Ziel ist, die angebotenen Schülerzeitkarten ab dem Schuljahr 2018/2019 noch günstiger anbieten zu können. Das begrüßen wir im Übrigen ausdrücklich. Allerdings – da sind

wir Realistinnen und Realisten – wissen wir, dass nur circa 10 Prozent der etwa 50.000 Berufsschülerinnen und Berufsschüler eine solche Monatskarte nutzen. Es kann also nur ein Zwischenschritt zum echten Azubi-Ticket sein. Wir jedenfalls werden am Ball bleiben und natürlich auch an den Stellen, wo es nötig ist, Druck machen. Das gehört dazu. Der sollte aber dann gemeinsam im Sinne der Sache gemacht werden und nicht einzelne Akteurinnen und Akteure gegeneinander aufbringen. Entscheidend ist für uns, dass ein echtes flächendeckendes und günstiges Azubi-Ticket in Thüringen auf den Weg gebracht wird, wir wissen das, wir müssen liefern und wir wollen und werden liefern, daran arbeiten wir. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen der Abgeordneten. Damit hat Frau Ministerin Keller das Wort für die Landesregierung.

**Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe ja soeben zum Azubi-Ticket berichtet, sodass ich mich etwas kürzer halten kann, aber eins möchte ich, sehr geehrte CDU-Fraktion, Ihnen nicht ersparen. Ich habe wirklich im Ministerium jede Schublade aufgemacht, jede, da war nicht ein Satz zum Azubi-Ticket oder irgendeine Vorleistung zu finden. Null!

(Unruhe CDU)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: 24 Jahre haben Sie Zeit gehabt!)

So viel zu der Arbeit, die wir hier drei Jahre leisten mussten. Wir haben da nämlich bei null anfangen müssen. Das will ich einfach an der Stelle noch einmal sagen.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Muhsal, ich frage mich ehrlich: Hören Sie überhaupt zu? Selbst Ihre Ahnungen, die Sie hier dargestellt haben, was das Azubi-Ticket betrifft, selbst diese Ahnungen sind falsch. Dabei will ich es als Kommentar einfach auch belassen. Denn von einem Fehlschlag, wie die AfD-Fraktion das hier behauptet, kann wirklich nicht die Rede sein.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Dann machen Sie es sich aber einfach!)

In den Ausschüssen ...

**(Ministerin Keller)**

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Wann kommt denn das Azubi-Ticket, Frau Ministerin? Kommt es diese Legislatur? Ja oder Nein?)

Haben Sie zugehört? Dann würden Sie die Frage jetzt nicht stellen. Das ist es.

Also, ich denke, in den Ausschüssen

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Die Welt ist eine Scheibe!)

– genau –, aber auch im Plenum habe ich regemäßig zum Stand der Umsetzung und zu den Schwierigkeiten berichtet. Im Übrigen so, wie sich das auch hier gehört.

Diese Schwierigkeiten haben aber eben nichts mit Rot-Rot-Grün zu tun, sondern sie sind den vorhandenen Tatsachen geschuldet, und zwar insbesondere der kleinteiligen Zuständigkeit der Aufgabenträgerschaft, der Unternehmensvielfalt in Thüringen und natürlich auch der vorhandenen Tariflandschaft, ich kann das hier einfach nur noch mal wiederholen. Es scheint das Geschäftsmodell der AfD aber doch zu sein, alles mit allem zu vermischen, um ein vermeintliches Chaos zu konstruieren. Die Idee eines kostenfreien ÖPNV ist aktuell von der Bundesregierung ins Gespräch gebracht worden. Es handelt sich also nicht um ein Ablenkungsmanöver der Landesregierung vom Azubi-Ticket. Sie vermischen die Themen offenbar ganz bewusst, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Es wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben auch behauptet, das gebührenfreie Kita-Jahr kommt nicht – aber es ist umgesetzt seit 01.01.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vorstoß der Bundesregierung, Busse und Bahnen künftig gratis anzubieten, muss geprüft werden. Nur so viel: Der Vorschlag, einen entgeltfreien Nahverkehr einzuführen, kann ohne zusätzliche Mittel des Bundes nicht umgesetzt werden, denn er wäre für Thüringen gar nicht finanzierbar. Deshalb wird die Landesregierung auch weiter an dem Ziel festhalten, den Nahverkehr kostengünstig zu gestalten und bestimmten Gruppen besonders sozial verträgliche Tarife anzubieten. Dazu gehört auch das Azubi-Ticket. Deshalb arbeitet die Landesregierung an der Einführung des Azubi-Tickets, nicht an einer abgespeckten Variante, wie die AfD-Fraktion unterstellt, sondern an einem Azubi-Ticket für alle Thüringerinnen und Thüringer, die in einer beruflichen Ausbildung sind.

Die Landesregierung wird zum Schuljahresbeginn 2018/2019 in einem ersten Schritt eine Lösung vorgehen, die den Auszubildenden eine kostengünstige Nutzung des Nahverkehrs ermöglichen wird. Ich

werde Sie hierzu natürlich auf dem Laufenden halten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Damit schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **fünften Teil**

**e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Stärkung Thüringens und Ostdeutschlands als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort durch die künftige Bundesregierung“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 6/5332 -

Als Erster erhält Abgeordneter Dr. Voigt für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Prof. Dr. Voigt, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! „Stärkung Thüringens und Ostdeutschlands als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort“ – ich muss ja gestehen, dass ich mir bei der Beschäftigung mit den Punkten, die Minister Tiefensee vorgelegt hat, zuerst nicht sicher war, was ich schlimmer finden soll: Dass er einen Forderungskatalog auflegt, nachdem der Koalitionsvertrag schon verhandelt ist, dann aus diesem Koalitionsvertrag Punkte aufnimmt, die schon drinstehen, um sie dann noch mal als Forderung zu verkaufen, oder dass er Forderungen eins zu eins aus dem Papier der Ministerpräsidentenkonferenz abschreibt und dann noch mal als Forderungen verkauft, oder dass er das, was er an die Bundesregierung an Forderungen stellt, selber hier im Land gar nicht mit Taten folgen lässt.

(Beifall CDU)

Und diese drei Sachen, muss ich gestehen, habe ich zuerst nicht ganz zusammenbekommen. Aber dann habe ich mir überlegt: In so einer Aktuellen Stunde will jemand, der für den SPD-Parteivorsitz kandidiert, auch mal ein paar Akzente setzen und da versucht er sich natürlich mit vermeintlichen Minderwertigkeitsgefühlen von Ostdeutschen auch so ein bisschen in die bundesweite Presse zu bringen. Das verstehe ich. Aber wissen Sie, ich habe mir dann mal die Mühe gemacht, Ihre Forderung abzugleichen mit dem, was im Koalitionsvertrag steht, und mit dem, was in dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz steht. Und da ist wirklich jede einzelne Forderung, die Sie aufgemacht haben, eins zu eins vorhanden. Ich gebe es Ihnen

**(Abg. Prof. Dr. Voigt)**

nachher am Besten, da sind sogar die Seitenzahlen drauf, wo es im Koalitionsvertrag steht, und das finde ich, offen gesagt, schwierig. Dann habe ich mir überlegt: Die Wahrheit einer Absicht ist am Ende die Tat. Schauen wir doch mal und greifen uns ein paar Forderungen raus, was macht Minister Tiefensee zur Stärkung der Ostdeutschen mit der Politik hier in Thüringen.

Nehmen wir einfach nur mal drei Forderungen, die Sie aufgemacht haben. Forderung Nummer eins: zügiger und konsequenter Ausbau der Breitbandversorgung. Nun wissen Sie, dass das ein Thema ist, was uns alle hier beschäftigt. – Ich darf die Staatssekretärin auch noch mal begrüßen. Recht herzlich willkommen hier im Freistaat! – Wissen Sie, da haben Sie die Forderung aufgemacht, Sie sind aber gerade der Minister, der zwei Jahre verpennt hat, in denen es um die Frage des Breitbandausbaus in Thüringen geht. Wenn Sie die Bundesregierung auffordern, das stärker zu unterstützen, aber selber in Ihrem Handeln zwei Jahre gebraucht haben, um das überhaupt zu realisieren, dann kann ich sagen: Schaffen Sie es doch erst einmal, in Thüringen tätig zu werden, bevor Sie die Forderungen an Dritte stellen, weil das Ihr Job ist, dafür sind Sie gewählt und dafür werden Sie auch vom Steuerzahler bezahlt.

(Beifall CDU)

(Unruhe SPD)

Dann will ich Ihnen ein zweites Thema rausgreifen, weil das für mich genauso beredend ist. Steuerbegünstigungen von Forschungsausgaben schreiben Sie in Ihrem Papier, fordern das von der Bundesregierung ein, steht übrigens – ich suche es Ihnen raus – auf Seite 13 im Koalitionsvertrag, können Sie sich anschauen: steuerliche Forschungsförderung. Dann habe ich mir mal angeschaut, im Jahr 2015 gab es einen Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 6/509, April 2015, „Steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen in Thüringen“. Diesen Antrag hat Rot-Rot-Grün schon vor mittlerweile drei Jahren abgelehnt. Das schreiben Sie jetzt in einen Forderungskatalog an die Bundesregierung. Ich muss nur sagen: Machen Sie es doch für Thüringen! Dann wäre unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen echt geholfen gewesen. Sie haben es abgelehnt und jetzt fordern Sie es drei Jahre später. Das finde ich, offen gestanden, Doppelzüngigkeit, und das ist auch etwas, was wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Dann will ich einen dritten Punkt rausnehmen. Ich schätze die Kollegin Kerst, die sich in Digitalisierungsfragen sehr gut auskennt, aber wissen Sie, wenn Sie die Forderung aufmachen, es müssen Ostdeutsche in die Bundesregierung, und Sie sagen, bei einem Drittel der Bevölkerung muss das ja auch in der Regierung sichtbar sein, dann kann ich Ihnen nur sagen: Ihre eigene Landesregierung

schafft es nicht mal, die Staatssekretäre zu einem Drittel aus den neuen Bundesländern bzw. aus Thüringen zu holen, sondern Sie importieren sie alle. Und das ist jetzt nichts gegen die Kollegin Kerst, aber wenn Sie die Forderung aufmachen, mehr Ostdeutsche in die Bundesregierung, dann muss ich Ihnen sagen, wäre es gut gewesen, wenn Sie auch Ostdeutsche in Ihr eigenes Ministerium, in Ihre eigene Landesregierung bringen würden.

(Beifall CDU)

Herr Minister, ich unterstelle Ihnen nicht, dass das jetzt einfacher SPD-Populismus gewesen sei, aber ich will Ihnen schon eines sagen: Wer vermeintliches Minderwertigkeitsgefühl bedient, indem er versucht davon abzulenken, dass das, was man hier machen muss, gemacht wird, dann finde ich es enttäuschend. Ich kann Ihnen nur mitgeben, machen Sie beim Hochschulgesetz Ihre Hausaufgaben, machen Sie beim Vergabegesetz Ihre Hausaufgaben, machen Sie beim Breitbandausbau Ihre Hausaufgaben in Thüringen. Da machen Sie den Job, für den Sie bezahlt werden, und ich würde mich freuen, wenn Sie dann auch für Ostdeutschland tatsächlich etwas Konkretes helfen. Danke.

(Beifall CDU)

**Präsident Carius:**

Danke schön. Als Nächste hat Abgeordnete Mühlbauer für die SPD-Fraktion das Wort.

**Abgeordnete Mühlbauer, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen, diesbezüglich bedauere ich ganz kurz, aber aus organisatorischen Gründen habe ich gerade um Wechsel der Reihenfolge gebeten. Da hätten Sie sich auch an mir abarbeiten können, Herr Dr. Voigt, da hätten wir vielleicht ein paar neue Inhalte gehört, denn das war heute Wiederholung. Sie wissen ja, dass ich eigentlich dem Metier des Architekten entspreche, und da ist in der Honorarordnung eigentlich geklärt, dass die Wiederholung mit einem gewissen Abschlag bezahlt wird. Diesbezüglich sollten Sie mal darüber nachdenken, Sie haben eigentlich mehr auf dem Kasten, aber uns jedes Mal alle vier Wochen die gleiche Leier zu erzählen, ist eigentlich schon ein bisschen ermüdend. Sie haben die Latte hoch gehängt, Herr Dr. Voigt, enttäuschen Sie mich nicht, aber die alten Kamellen vom Breitband angefangen über das Hochschulgesetz hier noch mal runterzulamentieren

(Unruhe CDU)

inklusive diesem Fauxpas bezüglich unserer neuen Staatssekretärin, das bringt nicht mal mehr ein müdes Lächeln auf meine Lippen. Also ich verzeihe Ihnen das heute, die Zeiten sind hart für Sie, Herr

**(Abg. Mühlbauer)**

Dr. Voigt. Ich verzeihe es Ihnen, manchmal muss man in die Mottenkiste greifen. Das war heute ein Griff da rein.

Aber lassen Sie mich auch Ihr Wissen erweitern. Ich denke, Haseloff ist für Sie auch ein Begriff – wenn nicht, können Sie ja googeln –, er hat sich nämlich heute Morgen genau diesbezüglich geäußert. Ich empfehle das Nachlesen seiner Pressemitteilung. Und während Sie den Herrn Minister zitieren, erlauben Sie mir diesbezüglich, Herrn Minister Haseloff in Bezug auf die Bedeutung der neuen Bundesländer zu zitieren, der sich eigentlich genau auf die Pressemitteilung unseres Wirtschaftsministers berufen hat und bei der Frage der Gesichter und der Inhalte, die dort im Koalitionsvertrag widergespiegelt sind, eigentlich sehr stark unserer Meinung ist, dieses gemeinsame Einfordern genau dieser Inhalte. Dafür stehen wir und dafür stehen Sie auch, Herr Prof. Dr. Voigt. Dafür sind wir ja gewählt, nicht, um uns hier an Pillepalle abzuarbeiten, wer hat eher hier unten etwas abgearbeitet und wer ist wo geboren. Wie Sie wissen, ist mein Geburtsort leider auch nicht in Thüringen und ich kann es in meinem Leben nicht mehr ändern, trotzdem liebe ich es, meine Heimat – meine Mutter ist hier inzwischen in Arnstadt begraben – mit Ihnen hier zu teilen und mich weiterhin mit Ihnen über das beste Bratwurstrezept streiten zu dürfen. Das tue ich gern und auch nachhaltig. Aber lassen Sie mich sagen: „Ein Drittel des Landes muss in einer neuen Bundesregierung wiedergefunden werden.“ Ein Zitat aus der Pressemitteilung unseres Wirtschaftsministers, und das unterstreiche ich hier und das ist wichtig und richtig. Und warum ist es so? Weil wir hier nach 20 Jahren CDU-Regierung raus müssen aus den verlängerten Werkbankansätzen, die durch eine fehlgesteuerte Niedriglohnpolitik

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: 24 Jahre!  
Die sagen 25 Jahre, es waren 24 Jahre!)

ohne gewerkschaftliche, garantierte Lohnverhältnisse hier etabliert worden sind. Heute noch verdient der Thüringer ein Drittel weniger als der vergleichbare Kollege im Westen. Und was tun wir Sozialdemokraten seit 2009 dagegen? Wir etablieren gute Lohnverhältnisse. Wir etablieren hier gute Arbeitsbedingungen. Wir bringen den Menschen bei, dass sie das Bewusstsein haben, für ihren guten Lohn streiten zu dürfen und dafür einzustehen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wo denn?)

Und Sie, meine Damen und Herren, sind auf den Zug aufgesprungen. Ich darf hier nur an Siemens und andere Dinge erinnern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich heute hier eins sagen: Wenn wir aus diesem Ansatz rauskommen wollen, dann müssen wir Geld in die Hand nehmen für die Forschung und deren Bereiche. Und wer gibt denn bitte schön in

die wirtschaftsnahe Forschung endlich Geld? Das ist diese Landesregierung.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU:  
Warum haben Sie denn dagegen gestimmt?)

Wir haben im Rahmen eines Änderungsantrags 2 Millionen Euro in die Hand genommen, um investiv hier nachzufördern und nachzusteuern. Wer hat nicht dagegen plädiert, hier die Bundesmittel absenken zu lassen? Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, da war ein bisschen wenig Inhalt von Ihnen drin, da können Sie mehr, da müssen Sie mehr bieten. Nämlich nur dann, wenn wir auch repräsentativ in der neuen Bundesregierung vertreten werden, geht es uns gut, und dafür müssen wir streiten, dafür müssen wir gemeinsam streiten. Diesbezüglich mein Dankeschön an unseren Wirtschaftsminister. Ich sehe ihn als „starken Hans“ diesbezüglich, freue mich auch auf die Zusammenarbeit mit unserer Staatssekretärin und wünsche der Debatte noch einen guten Verlauf.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner hat Abgeordneter Rudy, Fraktion der AfD, das Wort.

**Abgeordneter Rudy, AfD:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuschauer, auf Antrag der SPD-Fraktion befassen wir uns zum heutigen Nachmittag mit der Stärkung Thüringens und Ostdeutschlands als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort durch die künftige Bundesregierung.

Noch immer gibt es spürbare Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, das muss ich an dieser Stelle nicht gesondert feststellen. Statt blühender Landschaften sind bedauerlicherweise weite Regionen auch unseres Freistaats abgehängt. Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU ist richtigerweise von einer flächendeckenden Strukturschwäche insbesondere in den neuen Bundesländern die Rede. Doch klare Zusagen für eine gezielte Förderung strukturschwacher Regionen nach Ablauf des Solidarpakts ab dem Jahr 2020, wie sie im Rahmen der Begründung dieser Aktuellen Stunde angesprochen werden, fehlen im Koalitionsvertrag gänzlich. Um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, sind für 2018 bis 2021 unter anderem 1,5 Milliarden Euro für regionale Strukturpolitik und den Strukturwandel Kohlepolitik vorgesehen, aber nicht für Ostdeutschland allein, sondern für alle strukturschwachen Regionen in Deutschland – für das Ruhrgebiet, für das Saargebiet usw. Soll damit die noch immer vorhandene eklatante Produktivitätslücke von etwa 20 Prozent geschlossen werden? Mit diesen wolkigen Worten ohne konkrete

**(Abg. Rudy)**

Zusagen werden die Menschen Ostdeutschlands ein weiteres Mal im Stich gelassen.

(Beifall AfD)

Wichtig für die Stärkung Thüringens und Ostdeutschlands als Wirtschaftsstandort wäre auch, endlich das Thema „Breitbandausbau“ ernst zu nehmen. Aber auch hier enthält der Koalitionsvertrag nur wolkige Worte. Laut Koalitionsvertrag sollen alle Bürger in Deutschland bis 2025 schnelles Internet haben. Das klingt gut. Es ist sogar die Rede von einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur von Weltklasse. Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Aktuelle Stunde – freie Rede! Nicht vorlesen! Das ist keine Vorlesestunde!)

Schon die letzte Große Koalition versäumte, ihr Versprechen von flächendeckendem Internet in einer Leistungsstärke von 50 MBit je Sekunde umzusetzen. Die große Koalition geht mit Versprechen um wie ein Gauner mit ungedeckten Schecks. So zerstören die Altparteien weiter das Vertrauen in unser politisches System. Eine flächendeckende digitale Infrastruktur von Weltklasse benötigt Glasfaserkabel. Das Vectoring kommt zunehmend an seine Grenzen. Die Gesamtkosten für den dringend notwendigen Glasfaserausbau bezifferte Verkehrsminister Alexander Dobrindt letztes Jahr auf etwa 80 Milliarden Euro. Im Koalitionsvertrag ist davon die Rede, dass der Bund nun 10 bis 12 Milliarden Euro beisteuern könnte.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Die Rechnung geht einfach nicht auf. Seit über 30 Jahren sind die Altparteien nicht in der Lage, den Glasfaserausbau auf die Prioritätenliste zu setzen. Schon die Regierung Schmidt mit dem damaligen Postminister Kurt Gscheidle wollte ab 1985 einen 30-Jahres-Plan zum Glasfaserausbau auf den Weg bringen. Daraus wurde aber nichts. Nachfolger Helmut Kohl kassierte das Vorhaben dann aus parteitaktischen Gründen wieder ein. Und jetzt haben nicht mehr so große Koalitionäre wieder nichts anderes anzubieten als wolkige Worte. Die angekündigten Maßnahmen der Altparteien sind mal wieder zu wenig und kommen zu spät. Am Ende wird selbst davon wieder nur die Hälfte umgesetzt. Der Koalitionsvertrag ist alles andere als genügend und ich kann von dieser Stelle aus auch nur die Empfehlung an die SPD-Mitglieder aussprechen: Stimmen Sie gegen diese Ansammlung von leeren Versprechungen und machen Sie den Weg für Neuwahlen frei!

(Beifall AfD)

Besonders interessant ist jedoch die zweite Hälfte dieser Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD. Die

Stärkung des Wissenschaftsstandorts Thüringen scheint Ihnen ein Anliegen zu sein. Es mutet daher recht befremdlich an, dass Sie allen Umständen zum Trotz weiter an Ihrer geplanten Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes festhalten.

Meine Damen und Herren, der Bund kann Thüringer Hochschulen finanzieren, wie er möchte, er kann außeruniversitäre Forschungseinrichtungen nach bester Kraft in Thüringen ansiedeln. Wenn Sie unseren Hochschulen die Handlungsfähigkeit nehmen, ist das alles trotzdem nichts wert. Nichts anderes steht uns bevor. Obwohl sämtliche Rektoren und Präsidenten der Thüringer Hochschulen ausdrücklich davor warnen, die von Ihnen geplante Reform des Thüringer Hochschulrechts umzusetzen, halten Sie an Ihren Plänen fest und behaupten absurderweise zudem, die Herren Professoren hätten Ihren Gesetzentwurf einfach nicht mit ausreichender Aufmerksamkeit gelesen und zur Kenntnis genommen.

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter Rudy, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das war keine Redezeit, das war Vorlesezeit!)

**Abgeordneter Rudy, AfD:**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Müller das Wort.

**Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, liebe Besucherinnen auf der Tribüne! Die derzeitigen Diskussionen über eine neue Bundesregierung und den zur Abstimmung gestellten Koalitionsvertrag geben leider nicht die Herausforderungen wieder, denen sich eine neue Bundesregierung zu stellen hat. Da geht es vielmehr um Nebensächlichkeiten, wie beispielsweise Personalien, die uns leider an dieser Stelle nicht wirklich weiterhelfen. Deshalb danke ich der SPD für die Möglichkeit, in der Aktuellen Stunde hier inhaltlich zur Perspektive der ostdeutschen Bundesländer in Bezug auf die Wirtschaftspolitik sprechen zu können. Dafür bedarf es zunächst einer Bestandsaufnahme und Identifikation der Probleme, die von einer zukünftigen Bundesregierung zu lösen sind. Prinzipiell hat sich ein – sagen wir mal – „Nachbau West“ als ungeeignetes Leitbild für den Aufbau in Ostdeutschland erwiesen.

**(Abg. Müller)**

Die demografische Entwicklung und die Globalisierung treffen in den östlichen Bundesländern auf regionale Besonderheiten wie zum Beispiel die industriellen Umstrukturierungen oder kleinteilige Wirtschaftsstrukturen in weiten ländlichen Räumen. Wo wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen – nehmen wir zum Beispiel die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, die wir als Koalition mit einem kräftigen Aufschlag im aktuellen Haushalt weiter fördern –, zielt sich der Bund mit entsprechenden Fördermaßnahmen.

Deshalb ist mein Appell an eine künftige Bundesregierung bereits an dieser Stelle, die Förderinstrumente neu zu ordnen. Eine Neuordnung darf dabei aber nicht regionenspezifisch ausgerichtet sein, sondern sie muss bedarfsspezifisch ausgerichtet sein. Genau dieser Bedarf besteht in Bezug auf die Breitbandversorgung. Ich bin erschrocken, dass der Schlüsselbereich Digitales einer neuen Bundesregierung wieder keinen eigenen Staatssekretär wert ist und stattdessen die bisher völlig erfolglose CSU weitere vier Jahre Verantwortung tragen soll.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Das ist noch gar nicht entschieden!)

Es reichen eben nicht immer nur Ankündigungen, wie wichtig eine glasfaserbasierte Breitbandinfrastruktur für die deutsche Wirtschaft ist, wenn die Bundesregierung seit Jahren darauf setzt, die Altbestände der Telekom an Kupferkabeln zu finanzieren.

Nur zur Erinnerung: Bis 2018 sollten alle Haushalte einen Breitbandanschluss besitzen – also mindestens 50 Megabit pro Sekunde aus dem Internet ziehen können. Im ländlichen Raum liegen wir mittlerweile bei erschreckenden 36 Prozent. Das neue Gigabit-Ziel scheint daher bereits jetzt gescheitert, wenn die neue Bundesregierung so weiter macht, wie die alte gearbeitet hat.

Die nächste Baustelle, die wir sehen, ist der Fachkräfte-Engpass, von dem die ostdeutschen Bundesländer in ganz besonderem Maße betroffen sind. Zum Teil sind diese Probleme hausgemacht, denn es gab durchaus Zeiten in Thüringen, wo eine massenhafte Abwanderung von Fachkräften in den Westen stattfand, weil schlichtweg keine Jobperspektive hier zu sehen war oder das hiesige Lohnniveau weit unterhalb des Lohnniveaus im Westen lag. Nun haben wir bei nahezu Vollbeschäftigung das gegenteilige Problem, dass wir nicht genügend Fachkräfte finden. Der Bund könnte hier gezielt mit einem Einwanderungsgesetz entgegenwirken, was wir als Bündnis 90/Die Grünen seit Langem schon fordern.

Mein letzter Punkt betrifft die stark divergierenden Netzentgelte zwischen den Bundesländern. Auch hier fordern wir seit 2013 einen einheitlichen Betrag ohne regionale Unterschiede. Bundesrat und Bun-

destag haben sich nun auf einen Kompromiss verständigt, der einheitliche Netzentgelte bis 2023 vorsieht. Auch hier ist ein deutlich ambitionierter Fahrplan wünschenswert, um eine schnellere Angleichung zwischen den Regionen zu erreichen. In diesem Sinne wünsche ich mir weitere Impulse einer künftigen Bundesregierung – und deutlich weniger Personaldiskussion. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Die Linke hat sich Abgeordneter Hausold zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich ausdrücklich begrüßen, dass unsere Landesregierung gerade in der aktuellen Diskussion vielfältige Impulse dazu beiträgt, wie wir grundsätzlich weiterkommen können bei einer Angleichung der Lebensverhältnisse in unserem Land, in der Bundesrepublik insgesamt.

Eigentlich wollte ich an der Stelle sagen, dass ich froh bin, dass wir uns durchaus unter den demokratischen Fraktionen in wesentlichen Punkten einig sind, weil zum Beispiel auch Kollege Mohring – jetzt ist er gerade aus dem Saal gegangen – mehr Ostkompetenz in der neuen Bundesregierung deutlich gefordert hat. Sie haben mich etwas irritiert, Kollege Prof. Voigt, mit Ihrer kritischen Herangehensweise. Ihren Worten habe ich eher entnommen, dass wir uns überhaupt nicht einig sind in diesen Fragen, und das, denke ich, hilft dann Thüringen nicht in dieser Situation. Denn eines müssen wir doch mal klarstellen: Bei allen Anstrengungen, die wir hier machen, die auch diese Landesregierung macht, die dieser Landtag insgesamt macht, wissen wir natürlich, dass wir diese Probleme in Ostdeutschland nicht lösen können ohne eine grundsätzliche Wende an vielen Punkten in der Bundespolitik. Also das ist für mich so klar wie das berühmte Amen in der Kirche. Auch unser Ministerpräsident hat sich ja eingeschaltet in diese Debatte. Wir hatten als Linke die Fraktionsvorsitzendenkonferenz hier auch in Erfurt gehabt und haben dabei einen eigenen Aktionsplan vorgewiesen. Ich möchte sagen, dass da auch die Fragen von Wirtschaft und Wissenschaft enthalten sind. Aber ich möchte durchaus noch mal auf ein paar andere Punkte eingehen, meine Damen und Herren, die auch zu dieser Debatte gehören.

Ganz klar ist doch, dass wir hier immer noch eine deutliche Diskrepanz haben in diesen Lebensverhältnissen, in den Lebensleistungsbewertungen in vielen Bereichen zwischen Ost und West. Lassen Sie mich vielleicht mal ein Beispiel herausgreifen, was recht aktuell ist, nämlich der Tarifabschluss in

**(Abg. Hausold)**

der Elektroindustrie. Ich meine, die 4,3 Prozent mehr Lohn und endlich wieder der Einstieg in eine überfällige Debatte zur Flexibilisierung der Arbeitszeit zugunsten der Beschäftigten, möchte ich hier hervorheben, sind natürlich wirklich Erfolge. Und wir haben, wie andere sicher auch, natürlich diesen Arbeitskampf und die Debatten dazu ein Stück weit auch begleitet und Informationen dazu erhalten und auch mit vielen Beschäftigten gesprochen. Aber dann müssen wir eben auch feststellen, dass diese Beschäftigten uns immer wieder sagen: Warum müssen wir für dasselbe Geld, welches westdeutsche Kolleginnen und Kollegen bei 35 Wochenstunden erhalten, eigentlich im Jahr 28 nach der deutschen Einheit immer noch 38 Stunden arbeiten?

(Beifall DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, das ist auch ein Standortfaktor für Ostdeutschland. Das hat auch mit Fachkräftesituationen hier im Osten zu tun. Das müssen wir politisch auf die Agenda heben und auch dahin geht unser Appell nicht nur an die Tarifpartner, sondern auch an die sie begleitende Politik. Ich will das auch noch mal sagen, weil hier sozusagen ein bisschen von der CDU-Fraktion die Rechnung aufgemacht wurde: Eigentlich tut diese Landesregierung in Thüringen nicht das Richtige. Ich will mich jetzt nicht über die Wirtschaftszahlen hier in Thüringen verbreiten – das machen wir auch an anderer Stelle öfter –, die sind insgesamt positiv. Aber wenn ich gerade mal bei Löhnen bin und bei – ich habe es jetzt noch mal genau gelernt – 24 Jahren CDU-Regierung in diesem Land: Mindestens 21 Jahre von den 24 haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, dieses Land als Billiglohnland präsentiert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war Ihr Beitrag längerfristig gesehen zu dieser Entwicklung. Aus der Verantwortung, an der wir heute noch gemeinsam arbeiten, kann ich Sie natürlich letztlich nicht entlassen.

Ja, es ist eben auch wichtig, dass wir gute Ausbildungsvergütungen in Ostdeutschland haben. Wir haben an anderer Stelle über solche Fragen gesprochen. Ja, wir müssen auch berücksichtigen, dass die Lebenshaltungskosten, die angeblich ja insgesamt immer noch, das mag im Durchschnitt stimmen, hier im Osten niedriger sind, als Argument erhalten sollen für eine nicht adäquate Lohnentwicklung. Da muss ich aber klipp und klar sagen: Eine Ortschaft mittlerer Natur in Niedersachsen, die hat mit Sicherheit keine höheren Lebenshaltungskosten als Jena, Weimar oder Erfurt hier in Thüringen. Deshalb sind das eben Fragen, die wir auch in diesem Zusammenhang stellen müssen, von der Rente – da will ich jetzt nicht noch mal auf die CDU zurückkommen, aber wir wissen alle, um was es geht – und von den unterschiedlichen Be-

dingungen, die es heute immer noch zwischen Ost und West gibt, gar nicht erst zu sprechen. Es ist also, meine Damen und Herren, wichtig, dass dieses Thema aus verschiedensten Facetten heraus deutlich angesprochen ist. Insofern war auch der Vorstoß noch mal zusätzlich des Wirtschaftsministers in die richtige Richtung und ich kann das nur unterstützen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als Nächstes hat die Landesregierung das Wort. Herr Minister Tiefensee, bitte.

**Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste! Ja, die Aktuelle Stunde, lieber Prof. Voigt, wird nicht vom Minister auf die Tagesordnung gesetzt, sondern von den Fraktionen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Von uns!)

Und der Minister hat dann ganz am Ende der Debatte seinen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten. Aus diesem Grund ist es wohl auch nicht die Ursache, dass dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt wird, dass am 11.03. in der SPD ein wichtiger Termin ansteht.

Eigentlich wollte ich meine Rede anders aufbauen, aber, Prof. Voigt, einmal mehr geben Sie mir so eine schöne Steilvorlage, dass ich meine Redezeit nutzen möchte, um zunächst einmal das zu würdigen bzw. zu dem zu sprechen, was Sie angesprochen haben. Ich meine, Prof. Voigt, Sie haben einerseits eine Chance vertan und zum anderen denjenigen, die die Forderungen stellen, gegenüber denjenigen, die diesen Forderungen eher abgeneigt sind, einen Bärendienst erwiesen.

Zunächst einmal dazu, welche Chance Sie vertan haben. Sie haben die Chance vertan, einmal mehr hier aus dem Landtag heraus in Einmütigkeit der Fraktionen gegenüber dem Bund deutlich die Forderungen Ostdeutschlands zu unterstreichen und sich zu eigen zu machen.

(Beifall SPD)

Zum Zweiten: Selbstverständlich steht im Koalitionsvertrag einiges, was die Themen anspricht, die heute diskutiert worden sind und die auch in meinem Forderungskatalog zu finden sind. Im Übrigen habe ich bereits im Januar 2017 im Konjunkturrat die Forderungen ähnlich aufgemacht, auch als Vorsitzender des Forums Ostdeutschland die Forderungen im letzten Jahr aufgemacht. Sie sind also nicht neu, wenn es darum geht, wer eigentlich die

**(Minister Tiefensee)**

Urheberschaft daran hat. Aber, Prof. Voigt, was Sie nicht sehen, ist das Entscheidende, nämlich dass in dem Koalitionsvertrag ständig zwischen „wir werden“ und „wir wollen“ unterschieden wird, dass hinter dem Koalitionsvertrag ein Finanztableau steht, in dem einige Maßnahmen konkret etatisiert sind und andere nicht. Schauen Sie sich – ich habe jetzt die Ziffer gerade noch mal rausgesucht – die Zeile 4.326 an, da steht etwas zum Härtefallfonds. Wir fordern diesen Härtefallfonds für die Menschen, die im Einigungsvertrag und späterhin vor den Sozialgerichten schlecht behandelt worden sind, zum Beispiel die Geschiedenen vor 1992; diejenigen, die in der Braunkohlenveredelung arbeiten; diejenigen, die als ehemalige Reichsbahner auf mehr Rente hoffen.

Wir fordern seit Langem, dass es diesen Gerechtigkeits- oder Härtefallfonds gibt, und das ist in der letzten Koalition an der CDU gescheitert.

(Beifall Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war im Koalitionsvertrag nicht unterzubringen. Und jetzt steht wieder nicht „wir werden“ drin, sondern „wir wollen“ einen Härtefallfonds. Der erste Punkt, den Sie erkennen müssen – da bitte ich um die Unterstützung auch der CDU-Fraktion –, ist, dass wir diese Forderungen erheben, dass aus dem „wir wollen“ im Finanztableau ein „wir werden“ wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist alles andere als selbstverständlich mit Blick auf die Vergangenheit.

Das Zweite ist: Viele Formulierungen sind nicht präzise. Ich habe in dem Papier, das ich vorgelegt habe, bereits 2017, aber auch jetzt gefordert – und das ist der Unterschied zu dem, was Sie sagen –, dass wir genau darüber diskutieren, und wir müssen einfordern – Butter bei die Fische –, dass konkret besprochen wird, konkret beschrieben und umgesetzt wird, was es beispielsweise heißt, die strukturschwachen Regionen zu fördern.

(Beifall SPD)

Wer das nicht ständig betont, braucht sich nicht zu wundern, dass dann zwar irgendwas geschieht, aber der Osten benachteiligt wird. Denn wir nehmen doch zur Kenntnis – meine Vorredner haben es angesprochen –, dass die Strukturschwäche nicht nur im Osten vorhanden ist, sondern auch in westdeutschen Regionen; mit dem kleinen, aber feinen und wichtigen Unterschied, dass in Westdeutschland in einer prosperierenden Region einige strukturschwache Gebiete sozusagen nach unten herausragen, während in Ostdeutschland in einer im Wesentlichen flächendeckenden Strukturschwä-

che einige wenige Zentren herausragen, die nicht mehr strukturschwach sind.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn das bei der Verteilung der Gelder, in der Aufstellung dieses Fonds, in der Beschreibung der Kriterien keine Berücksichtigung findet, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass wir deutliche Einbrüche haben und deutliche Einbrüche über die Einbrüche im EU-Strukturfonds, beim Solidarpakt, den es dann nicht mehr geben wird, die Schuldenbremse zählt, die Einkommensteuer geht zurück, weil wir weniger Bevölkerung haben. Wer das also nicht thematisiert, braucht sich nicht zu wundern, dass es am Ende nicht kommt.

Damit spreche ich den dritten Punkt an: Der dritte Punkt ist nämlich, dass wir Ostdeutschen – und zwar untergehakt, im Verein – sowohl im Bundestag als auch in der Öffentlichkeit ständig unsere Forderungen platzieren müssen.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Sie waren bei den Koalitionsverhandlungen im Urlaub, oder?)

Da nützt es nichts, Herr Prof. Voigt, dass Sie sagen, das steht dort geschrieben. Dann nehme ich das Papier, tue es weg und schweige. Nein, wir müssen ständig auf diese Punkte hinweisen. Es gibt im Koalitionsvertrag andere – übrigens auch sehr kostenträchtige – Forderungen, die von anderen ständig thematisiert werden. Die ostdeutsche Stimme muss laut und vernehmbar auch gerade jetzt deutlich machen: Wir brauchen konkrete Unterstützung im Osten in ganz unterschiedlichen Feldern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich komme ich zur Frage der Personalien am Kabinetttisch. Meine Damen und Herren, was ich fordere – das fordern übrigens auch der Kollege Mohring und viele andere –, ist nicht die Ergänzung der Personaldebatte. Ausgehend von diesen Forderungen, die ich nur kurz angetippt habe, kommt es jetzt darauf an, dass wir jemanden am Kabinetttisch sitzen haben – Herr Prof. Voigt, da geht es nicht um irgendeinen Staatssekretär oder Abteilungsleiter, sondern da geht es um denjenigen, der am Kabinetttisch sitzt –, der mit starker Stimme aus einem starken Ministerium heraus dafür Sorge trägt, dass diejenigen, die die Forderung erheben, sie auch durchgesetzt bekommen.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Ich werbe bei der SPD für ...!)

Danke für den Zwischenruf. Ich bin sehr gespannt, welches Personaltableau Frau Bundeskanzlerin vorlegt. Sie hat sich drängen lassen müssen, noch vor dem CDU-Parteitag dazu Stellung zu nehmen. Ich bin gespannt, ob Frau Wanka eine Fortsetzung

**(Minister Tiefensee)**

erfährt. Da brauchen Sie gar nicht mit dem Finger auf die SPD zu zeigen. Ich erwarte, dass die CDU/CSU-Fraktion – übrigens genauso wie die SPD-Fraktion – dafür Sorge trägt, dass eine Ostdeutsche, ein Ostdeutscher am Kabinetttisch Platz nimmt, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Ja, wir haben die Kanzlerin, jetzt kommen Sie!)

Kanzlerin ist ein ganz anderes Thema und auch die Frage, wie sie sich als Ostdeutsche positioniert.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja, Herr Mohring geht dort hin, als Heimatminister!)

Es geht darum, dass zwischen den Ressorts mit den unterschiedlichen Interessen, Prof. Voigt, eine Ostdeutsche, ein Ostdeutscher diese Themen auf die Tagesordnung setzt und streitig stellt gegenüber den Ministerinnenkollegen und Ministerkollegen, wenn es nötig ist.

Meine Kollegin Mühlbauer hat schon darauf hingewiesen, dass Prof. Voigt ganz besonders in der Kunst der Wiederholung ist. Die Wiederholung ist die Mutter der Weisheit. Deshalb muss er sich gefallen lassen, dass die Antwort auf die Wiederholung offensichtlich auch die Mutter der Weisheit ist.

Ich will Ihre drei Punkte ansprechen. Der erste Punkt ist: Sie haben gesagt, dass wir im Breitband versagen.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Stimmt doch nicht!)

Ich wiederhole gebetsmühlenartig: Lieber Prof. Voigt, Ihr Minister Dobrindt hat eine Richtlinie auf den Weg gebracht, die als Adressaten des Breitbandausbaus die Kommunen gesehen hat.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Alle anderen Länder haben es auch gemacht, nur Sie nicht!)

Wir haben eine Weile gebraucht, die Kommunen davon zu überzeugen. Wir haben sie überzeugt. Das Interessante ist nur, Prof. Voigt, es kommt nicht darauf an, wer als Erstes den Antrag gestellt hat. Es kommt nicht darauf an, wer als Erstes den Zuschlag erhalten hat, sondern es kommt darauf an, wie die Steigerungsrate ist. Ich bitte Sie, die Zahlen von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Hessen beim Breitbandausbau mit denen Thüringens zu vergleichen und zum Zweiten die Beschleunigungsrate zu vergleichen. Dann werden Sie feststellen, dass Thüringen nicht die rote Laterne hat, wie Sie es gesagt haben.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Schauen Sie sich den Kyffhäuserkreis mal an!)

Zum zweiten Thema – der steuerlichen Forschungsförderung. Das ist genau das, was ich vorhin gesagt habe: Sie haben den ostdeutschen Ländern und denjenigen, die die Forderungen erheben, einen Bärendienst erwiesen. Wenn Sie nämlich auf der einen Seite sagen: „Die versagen beim Breitband, es nützt gar nichts, dass wir fördern“ – was nicht stimmt –, und zum Zweiten sagen: „Warum führt Thüringen nicht die steuerliche Forschungsförderung ein?“, dann kennen Sie bundesdeutsches Steuerrecht nicht. Im Gegenteil! Sie sollten sich hier hinstellen und sagen: Thüringen ist vorbildlich in der Unterstützung seiner außeruniversitären Forschung, seiner wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und deren Verknüpfungen mit den Hochschulen und der Industrie. Das Argument ist ein Absurdum.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Das war eine Bundesratsinitiative!)

Ich komme noch einmal auf die Frage der Personalia und wiederhole mich. Es geht mir darum, dass am Kabinetttisch im Ministerrang jemand sitzt. Und lassen Sie bitte das indirekte Bashing von Westdeutschen, die hier arbeiten.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht nur indirekt!)

Oder direkt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das genau können wir fast 30 Jahre nach 1989 nicht gebrauchen. Ich habe Aufbauarbeit von Westdeutschen erlebt. Hervorragend! Und in dieser Beziehung, wo hier wer arbeitet und seinen Dienst tut, braucht man keine Diskussion. Wir brauchen die Diskussion über die Posten am Kabinetttisch. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Da der Minister länger geredet hat, stehen jetzt allen Fraktionen noch mal 2 Minuten Redezeit zu. Ich sehe nicht, dass das jemand in Anspruch nehmen will. Damit schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **ersten Teil**

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen begegnen – Abwandern junger Lehrer in andere Bundesländer stoppen“**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 6/5321 -

**(Vizepräsidentin Jung)**

Als erster Redner hat sich Abgeordneter Tischner, Fraktion der CDU, zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Tischner, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuschauer am Livestream! Ich möchte mit zwei guten Nachrichten beginnen. Noch nie in der Geschichte des Freistaats Thüringen seit 1990 hatten wir steigende Schülerzahlen. Noch immer ist Thüringen ein Musterland in der Qualität der Schulbildung in unserer Bundesrepublik. Aber Realität ist eben auch, noch nie war der Unterrichtsausfall in unserem Land so groß wie heute. Noch nie – abgesehen vom Jahr 1998 – sind so viele Lehrer innerhalb eines Jahres in den Ruhestand gegangen wie in diesem Jahr. Noch nie war der Spitzenplatz des Thüringer Bildungssystems so bedroht wie unter der Regierung Ramelow.

Meine Damen und Herren, mit dem Start des zweiten Schulhalbjahres verschärfen sich der Lehrermangel und der Unterrichtsausfall an den Thüringer Schulen weiter. Sie verkünden mit vielem medialen Tamtam: Jeder ausscheidende Lehrer wird durch einen neuen ersetzt. Das führt dazu, dass Sie jetzt 177 Lehrerstellen neu besetzen wollen. In Wirklichkeit aber bauen Sie weiter Stellen ab. Wir haben das in einer Kleinen Anfrage nachgefragt. Es kam heraus, dass zum Halbjahr 235 Kollegen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, 54 aus der Ruhephase. Dem stehen 177 Einstellungen gegenüber. Das heißt, Sie haben innerhalb eines halben Jahres 111 Lehrer abgebaut bzw. 74 Stellen. 74 Stellen abgebaut zum Halbjahr plus 322 Stellen im letzten Jahr, das sind fast 400 Stellen innerhalb von anderthalb Jahren weniger, die zur Verfügung stehen, und das angesichts von steigenden Schülerzahlen. Ihre Ankündigungen, Herr Minister Holter, haben in der Realität also keinen Bestand. Sie verspielen mit Ihrer symbolischen Politik den letzten Funken Glaubwürdigkeit in die Thüringer Bildungspolitik.

Ein Zweites, was wir Ihnen nicht durchgehen lassen, bezieht sich auf das, was im letzten Jahr das Bildungsministerium veröffentlicht hat. Letztes Jahr im Februar hat das Bildungsministerium diese Grafik veröffentlicht. Darauf steht: 237 neue Lehrerinnen und Lehrer im Thüringer Schuldienst unbefristet im Februar 2017 eingestellt. Ich frage Sie, Herr Minister Holter: Warum haben Sie so eine Grafik dieses Jahr nicht veröffentlicht? Vielleicht, weil dann deutlich geworden wäre, dass Sie in 2018 60 Stellen weniger besetzen als im Jahr 2017.

(Beifall CDU)

Sie stellen massiv weniger Lehrer ein, als in den Ruhestand gehen. Sie stellen deutlich weniger Lehrer ein als im Februar 2017. Gleichzeitig erlaubt sich die Regierung Ramelow, fast 50 Prozent der Lehramtsanwärter, die hier im Freistaat ausgebildet

wurden, den Laufpass zu geben. Wenn Referendare den letzten Tag ihrer Ausbildung nicht mit Freude begehen am Studienseminar, sondern als Trauerfeier zelebrieren, dann, denke ich, sollte dies auch dem letzten Symbolpolitiker von Rot-Rot-Grün zu denken geben.

Meine Damen und Herren, wir erwarten von der Landesregierung ein Einstellungsverfahren, das es ermöglicht, die besten Lehrer in Thüringen zu halten, hier zu gewinnen. Das gelingt nicht, indem man sie über Monate hinweg im Unklaren über ihre berufliche Perspektive lässt. Die CDU-Fraktion hat bereits im vergangenen Jahr einen Antrag zum Thema „Situation der Thüringer Lehramtsanwärter verbessern“ eingebracht. Leider wurden alle von uns vorgeschlagenen Maßnahmen von Rot-Rot-Grün abgelehnt. Glücklicherweise hat jetzt Herr Minister Holter erkannt, dass manche Vorschläge doch nicht so schlecht waren, und macht sich diese zu eigen. Das begrüßen wir, allerdings ist das ein Jahr zu spät. Eine zentrale Forderung bleibt weiter die Zulassung von Bewerbungen mit Zwischenzeugnissen, so wie es in anderen Bundesländern praktiziert wird. Und mit Blick auf das Hochschulministerium – der Hochschulminister ist leider jetzt auch schon wieder weg, der ja zuständig ist für die Lehrerbildung – frage ich mich, ob Herr Tiefensee den Warnschuss des Bildungsministers eigentlich auch verstanden hat. Denn die Ankündigung, dass der Schulminister nun höchstselbst in die Studienberatung an den Universitäten eingreifen will, ist schon bemerkenswert. Deutlicher kann ein Minister seinem Amtskollegen Untätigkeit nicht anheften.

Meine Damen und Herren, gestern – und sicherlich auch jetzt gleich wieder in den nächsten Minuten – konnten wir wieder einmal mehr Ankündigungen über Ankündigungen nachlesen: unterjährige Einstellungen, schnellere Einstellungsverfahren, materielle Anreize für Mangelfächer. Diesbezüglich, Herr Minister Holter, nur drei Fragen, die die Öffentlichkeit brennend interessieren.

Erste Frage: Wie viele Stellen haben Sie aktuell den Schulämtern zur unterjährigen Einstellung zugewiesen, abgesehen von den 13, die derzeit nicht besetzt worden sind?

Zweite Frage: Wann erhalten Schulen eine Information, ob sie eine Stelle, die bis zum August frei wird, schulscharf ausschreiben können?

Und die dritte Frage, die an uns herangetragen wurde: Wann können die ersten Referendare, die im Sommer fertig werden, mit einer Zusage für eine Stelle in Thüringen rechnen?

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir bleiben dabei, das Einstellungsverfahren in Thüringen gleicht derzeit einer Lotterie. Sie haben keinen Überblick über die kommenden Ru-

**(Abg. Tischner)**

hestandswellen und Sie haben kein Konzept, welche Stelle wie, wo und wann besetzt werden soll. Ihre Personalpolitik ist eine Enttäuschung für alle Betroffenen und eine Bankrotterklärung der gesamten Regierung Ramelow.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner hat Abgeordneter Wolf, Fraktion Die Linke, das Wort.

**Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Gäste, wir haben uns heute in der Aktuellen Stunde mit einem Thema zu beschäftigen, was auch einer Beschäftigung wert ist, was aber auch hier von der CDU offensichtlich unter völliger Amnesie des eigenen Handelns über 24 Jahre – wir haben es heute schon mehrfach festgestellt – dargestellt wird.

Gehen wir mal in medias res. Wie sah es denn 2008 aus? Da wurden acht Lehrer eingestellt. Warum? Ja, weil eine CDU-Personalpolitik mit einer Verbeamtung genau diese Stellen eben blockiert hat und einen Überhang geschaffen hat. Das ist Verantwortung von der CDU. Tausende – Tausende! – von Absolventinnen und Absolventen im Lehrerbereich sind in den letzten zehn Jahren in Thüringen nicht eingestellt worden, und das hat die CDU zu verantworten und niemand anderes hier in diesem Haus.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei keinem von diesen Menschen, die sich in anderen Bundesländern bewerben mussten, die hier keine Chance hatten in Thüringen angestellt zu werden, bei keinem davon,

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Dann macht es doch jetzt anders!)

habe ich heute gehört, dass die CDU auch nur annähernd sich bei ihnen für ihr Versagen entschuldigt, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst in der letzten Legislatur stand, dass 2.500 Lehrer eigentlich eingestellt werden sollten von der CDU; tatsächlich wurden 1.200 eingestellt. Wenn die CDU über Unterrichtsausfall lamentiert, das sind 32.500 Lehrerwochenstunden. Der Unterrichtsfall beträgt etwa 17.000: Wir hätten deutlich mehr Lehrer an den Schulen, wir könnten das alles kompensieren, wenn die CDU Wort gehalten hätte. Das ist ein Armutszeugnis. Schämen Sie sich!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Was machen wir? Tatsächlich ist es so, dass wir nicht nur Wort halten, 2.500 Lehrer einzustellen, sondern wir stellen – und jetzt hören Sie zu – 3.700 Lehrerinnen und Lehrer in dieser Legislatur ein. Das ist Zukunftsvorsorge in den Schulen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Wie viele gehen denn in den Ruhestand?)

Derzeit – ich musste Ihnen auch zuhören, Kollege Tischner, es war schwer genug – haben wir natürlich viele Absolventinnen und Absolventen. Die haben alle gute Abschlüsse gemacht. Aber, und das ist nun einmal die Systematik, wir haben sie nicht alle in dem Bereich, in dem wir sie brauchen, nicht an den Grundschulen, nicht an den Regelschulen, vor allem im Gymnasialbereich. Da haben wir noch Überhänge und wir geben den Schulämtern die Stellen und die bewirtschaften sie selbst. Sie, die Schulämter, wissen, in Absprache mit den Schulen, wo sie besetzen müssen. Begreifen Sie es doch endlich mal, auch wenn Sie immer noch neu sind im Landtag. Dementsprechend werden mindestens 53 jetzt unbefristet eingestellt an den Grundschulen, 34 an den Regelschulen, TGS sind 14 und an den Gymnasien 22, weil dort eben der Bedarf nicht da ist. Er ist nicht da. Nichtsdestotrotz – und da würde ich der CDU auch empfehlen, das Papier hier zu lesen – ist das Einstellungsverfahren schon geändert worden.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Habe ich schon studiert!)

Das Einstellungsverfahren ist geändert worden in der Art, dass wir auch unterjährig einstellen, und zwar wird, wie Minister Holter es zugesagt hat, jede frei werdende Stelle neu besetzt, das heißt 177 und bis August noch mal bis zu 300 Neueinstellungen. Das lässt sich sehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man der Logik der CDU folgt, dann würde das ja heißen: Bei einem Mittelständler in Thüringen, der mehrere Standorte hat und, sagen wir mal, in Saalfeld einen CNC-Fräser braucht, aber in Erfurt dann nach Erwartung der CDU eine entsprechende Schreibkraft eingestellt wird, weil die Stelle ja irgendwo da ist.

Ja, wir haben natürlich den Bedarf nach den Kindern, nach den vorhandenen Lehrkräften und nach der Studentafel, und das ist schulspezifisch. Dementsprechend wird nach Schule eingestellt und nicht, wie Sie sich das wünschen, und so kann es auch zukünftig nicht sein.

**(Abg. Wolf)**

Ich möchte zum Schluss kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Unterrichtsausfall hat etwas mit Stellen zu tun, aber auch was mit Struktur. Und da möchte ich die CDU noch mal darauf hinweisen, das Papier zu lesen, welches erarbeitet worden ist, „Zukunft Schule“.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Ja, Sie wollen die kleinen Schulen zumachen!)

Dort werden Sie finden – und ich will da auch noch mal auf die CDU-Verantwortung hinweisen –, dass wir in Thüringen ein Kooperationsproblem haben. Das muss auch angegangen werden. Denn wir haben die beste Lehrer-Schüler-Ausstattung. Dazu bekennen wir uns auch, das ist auch gut so. Und Minister Holter hat die Werkstattgespräche jetzt geführt. Vielen Dank, Minister Holter. Da werden wir weitermachen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das ist aber nicht dein Verdienst!)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Muhsal, Fraktion der AfD, das Wort.

**Abgeordnete Muhsal, AfD:**

Danke schön, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich kenne, ehrlich gesagt, im Freistaat Thüringen nur eine Person, die beim Thema „Unterrichtsausfall“ tiefenentspannt ist. Das ist ausgerechnet die Person, die eigentlich am alarmiertesten sein sollte, nämlich Bildungsminister Holter. Am 25. Januar berichtete die „Thüringer Allgemeine“, der Minister meine, es könne nicht jede Schule darauf pochen, dass die Nachbesetzung von Stellen bei ihr erfolge. Am 26. Januar ließ der Minister verlauten, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis: „Gerüchte, wir würden nicht einstellen, kann ich nicht nachvollziehen.“ Gestern berichtete die „Thüringer Allgemeine“ dann, der Minister verweise darauf, dass die Bestenauslese eine gewisse Zeit brauche. Der Wettbewerb zwischen den Ländern sei hart, man bemühe sich, das Verfahren zu beschleunigen.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich glaube, wir wissen alle, was es in einem Zeugnis bedeutet, wenn dort drinsteht, er hat sich bemüht.

(Beifall AfD)

Und heute Morgen konnten wir in der Zeitung lesen, was an den angeblichen Gerüchten, die Landesregierung würde nicht einstellen, tatsächlich dran ist. Von den 177 Stellen, die seit Jahresbeginn, also seit knapp acht Wochen, besetzt werden

können, seien, ich zitiere aus der TLZ, „einige bereits vergeben“. Das Jahr ist fast zwei Monate alt, das zweite Schulhalbjahr hat schon begonnen. Aus den anderen Bundesländern sind die Rückmeldungen in der Regel schon längst da und der Thüringer Bildungsminister lehnt sich zurück und sagt Schülern, Lehrern und Eltern im Prinzip: Regt euch nicht auf, das ist eben so.

Die Untätigkeit der Landesregierung, diese seit Jahren bekannte und fortdauernde Unzulänglichkeit bei dem Zeitpunkt der Zusagen sind ein Armutszeugnis für die Landesregierung und eine Zumutung für alle Bewerber.

(Beifall AfD)

Am 26. Januar wurde in der „Thüringer Allgemeinen“ von einem Paar berichtet, beide haben Sport studiert, sie zusätzlich Geschichte, er Geografie, beide haben einen guten Abschluss, beide wollen gern hier in Thüringen bei ihren Familien bleiben. Ihre Aussicht zu dem Zeitpunkt des Artikels: keine Rückmeldung, ab Donnerstag Hartz IV.

Auch am 16. Februar ließ die „Thüringer Allgemeine“ Lehrer, die ihr Referendariat beendet haben und in Thüringen anfangen wollen, zu Wort kommen. Diese Rückmeldungen sind alle lesenswert. Ich möchte hier aus Zeitgründen nur auf einige eingehen. Ein Bewerber sagt, ich zitiere: „Ich selbst habe mit ansehen müssen, wie einige der besten Absolventen unseres Jahrgangs in andere Bundesländer gingen, da sie dort bereits Ende letzten Jahres Zusagen bekamen und im Januar unbefristete Verträge unterschreiben konnten.“

(Beifall AfD)

Ein anderer Bewerber bestätigt das, indem er berichtet, dass er aus Brandenburg und Sachsen die Zusage bereits im November und Dezember erhalten habe. Er hat jetzt einen unbefristeten Vertrag in Sachsen unterschrieben, obwohl er gern in Thüringen geblieben wäre. Zu dem Zeitpunkt hatte er aus Thüringen noch nichts gehört.

Diese Sachverhaltsdarstellungen sind wahrlich nicht neu, sondern werden schon lange immer wieder an die Fraktionen und auch an die Landesregierung herangetragen. Trotzdem haben Sie alle unseren Antrag aus März 2017, der die Forderung enthielt, das Bewerbungsverfahren zu straffen, damit die Bewerber auch rechtzeitig eine Rückmeldung bekommen, durch die Bank abgelehnt. Wir sehen ja auch in der Praxis, wie wenig Bedeutung die Landesregierung dem tatsächlich zumisst. Eine alleinerziehende Mutter berichtet, sie hätte zwei Stellenangebote gehabt und beide Schulleitungen hätten immer wieder versucht, beim Schulamt Zusagen zu erhalten, jetzt sei sie arbeitslos gemeldet und hätte schon mehrfach vom Jobcenter die Aufforderung erhalten, sich für eine Stelle im Callcenter zu bewerben.

**(Abg. Muhsal)**

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, bei dieser langsamen, sorglosen und gegenüber den Bewerbern unverschämten Art der Landesregierung müssen wir uns wahrlich nicht wundern, wenn Bewerber glauben, hier in Thüringen nicht erwünscht zu sein. Was Sie, Herr Minister, als länger dauernde Bestenauslese verkaufen, führt letztlich dazu, dass die Besten abwandern und viele hier in Thüringen keine Perspektive haben.

(Beifall AfD)

Ist das Überforderung? Ist das Leistungsverweigerung, weil Rot-Rot-Grün nicht will? Eines steht jedenfalls fest: Sie hätten schon längst handeln müssen. Sie hätten sich für die Lehrer einsetzen müssen. Für die Landesregierung bleibt wieder mal nur ein Fazit: Wieder endet ein Schulhalbjahr mit der Bewertung „6, setzen!“.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner hat Abgeordneter Hartung, Fraktion der SPD, das Wort.

**Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, hinter dem Titel der Aktuellen Stunde, glaube ich, können sich alle demokratischen Fraktionen hier im Haus problemlos versammeln. Natürlich ist es wichtig, den Unterrichtsausfall zu minimieren und eine möglichst hohe Attraktivität des Lehrerberufs hier bei uns im Freistaat herzustellen, also daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben. Natürlich bin ich nicht glücklich über die Presseberichte der letzten Wochen. Aus meiner Sicht hat sich dabei sehr deutlich gezeigt, dass wir im Bereich des Einstellungsverfahrens in den Schuldienst genauso, vielleicht sogar noch mehr, wie bei der Kommunikation mit den Bewerbern deutlichen Verbesserungsbedarf haben. Da muss ein bisschen was passieren und ich glaube, die Botschaft ist bei den zuständigen Verantwortlichen auch angekommen. Ich glaube nicht, dass diese Berichte an den Menschen vorbeigegangen sind, die damit zu tun haben. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Ich glaube auch nicht, dass wir da großartig auseinander sind. Wo ich Ihnen widersprechen muss, Herr Tischner, ist die Tatsache, dass Sie hier sagen, die Regierungskoalition tut nichts, außer Ihre guten Vorschläge wegzustimmen. Ganz so ist es nicht. Erstens tun wir sehr wohl was und zweitens sind Ihre Vorschläge teilweise kontraproduktiv, teilweise sogar verfassungswidrig. Ich will das kurz erläutern. Zum Beispiel werden wir – das ist hier mehrfach schon angesprochen worden – 3.600 Neueinstellungen in dieser Legislatur vornehmen. Das ist mehr als jede andere Landesregierung vorher. Und entschuldigen Sie, Herr Tischner,

wir hätten das Problem überhaupt nicht, wenn alle Landesregierungen ausscheidende Lehrer immer ersetzt hätten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wäre das Problem jetzt nicht da. Wenn wir eine gesunde Personalentwicklung hätten,

(Unruhe CDU)

hätten wir dieses Problem in dieser Form jetzt nicht.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Steigende Schülerzahlen!)

Ja, darauf komme ich schon noch, keine Angst!

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Viele Grüße an Herrn Matschie!)

Und das Zweite ist, wir werden jede frei werdende Stelle ersetzen, und wenn wir dazu 3.700 Lehrer brauchen, dann werden wir 3.700 einstellen.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Sie bauen ab!)

Wenn es 3.800 sind, werden wir 3.800 einstellen und wir werden sie eben nicht mehr nur zu fixen Terminen einstellen können, sondern immer dann, wenn eine Stelle frei wird, kann sie neu besetzt werden.

(Beifall SPD)

Sie haben die letzte Legislatur angesprochen, da habe ich mit am Tisch gesessen, wenn über Lehrereinstellungen geredet wurde. Ich muss Ihnen sagen, das war nicht schön, das war kontraproduktiv. Ihr Fraktionsvorsitzender – er ist jetzt nicht im Raum, das ist nicht schlimm – und der Finanzminister Voß haben so getan, als wäre das alles nur ein Kostenfaktor. Hier ging es nicht um die Wertschätzung des Lehrers, sondern es ging nur darum, was uns ein Lehrer kostet.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hätten wir damals anders gehandelt, hätten wir damals das Ruder rumgerissen, wären die Probleme heute wesentlich kleiner. Insofern ist das, was wir jetzt erleben, eine ganz andere Situation als früher. Ich glaube, das werden am Ende auch Schüler und Lehrer mitbekommen.

Was tun wir außer dem Einstellungskorridor? Wir steigen wieder in die Lehrerverbeamtung ein – das war mit der CDU auch nicht zu machen –, wir haben eine Besoldungsanpassung bei den Regelschullehrern, wir machen eine Novellierung des Besoldungsrechts, sodass wir einen rechtssicheren Beförderungskorridor für die Menschen haben, und wir werden ein Landesstipendium für Lehramtsstudenten in Mangelfächern einführen. Das ist nicht nichts, sondern es sind richtige Schritte und richtige

**(Abg. Dr. Hartung)**

Wege, um diese Probleme in den Griff zu bekommen. Das sei auch noch gesagt, weil Sie vorhin gesagt haben, das wären alles tolle Vorschläge, Sie wollen jedem Bewerber eine Bleibeperspektive für Thüringen eröffnen:

(Beifall CDU)

50 Prozent wollen an die Thüringer Gymnasien. Was machen wir denn mit denen? Alle Schüler anstatt in die Grundschule ins Gymnasium einschulen? Das wird uns doch nicht helfen. Sie wollen ein Punktesystem einführen, Sie wollen Bewerber gezielt bevorzugen – das widerspricht dem Gleichbehandlungsgebot.

(Beifall CDU)

Das ist nicht möglich und das wollen wir auch nicht. – Wie bitte?

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Sagen Sie ruhig weiter, was Sie nicht wollen!)

Ich habe es Ihnen doch gesagt, Herr Tischner, Sie brauchen nur zuzuhören. Wir wollen nichts tun, was rechtswidrig ist. Was wir aber tun, Herr Tischner, was wir aber tun im

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Sie wollen nicht!)

Unterschied zur CDU-Regierung der letzten Legislatur, wir nehmen Geld in die Hand und stellen Leute ein.

(Zwischenruf Abg. Rosin, CDU: Ja, wo denn?)

Herr Tischner, ich habe mit Herrn Voß damals verhandelt. Glauben Sie mir, es war ungefähr so angenehm, wie einem Krokodil eine Gazelle aus dem Maul zu holen, auch nur eine Lehrerstelle durchzusetzen. Und jetzt setzen Sie sich hin und sagen: Wo sind denn die ganzen Lehrer? Sie haben sie nicht eingestellt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehrer, die Sie über Jahre nicht einstellen, fehlen uns heute. Insofern brauche ich mich nicht zu verstecken. Sie sind es, die Verantwortung tragen. Wir haben es vorhin ausgerechnet: 24 Jahre Regierung in diesem Land und in keinem dieser Jahre wurden annähernd so viele Lehrer eingestellt wie jetzt. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich das Wort.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich finde es schon bemerkenswert und darüber konnte auch die Pirouette am Anfang der Rede von Herrn Tischner nicht hinwegtäuschen, wie konsequent die CDU-Fraktion die tagtägliche, extrem herausfordernde und wichtige Arbeit der vielen Lehrerinnen und Lehrer im staatlichen Schuldienst und in den staatlichen Schulämtern schlechtzureden versucht. Bei aller gebotenen Sachlichkeit: Kritik ist bestimmt an der einen oder anderen Stelle notwendig und ist natürlich auch Aufgabe der Opposition, aber seien Sie sicher, auch wir sind immer wieder kritisch, aber konstruktiv kritisch, und das unterscheidet uns.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Es kommt aber nichts dabei heraus!)

Für unverantwortlich, lieber Herr Tischner, halte ich jedoch Ihren Versuch, gegenüber der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken – und das tun Sie ja immer wieder –, Thüringen würde schulpolitisch am Rande des Kollapses stehen und der normale Schulunterricht wäre die Ausnahme statt die Regel. Sie sprechen vom letzten Funken Glaubwürdigkeit – überdenken Sie vielleicht einfach mal Ihre Rhetorik. Denn das Gegenteil ist der Fall: 95,9 Prozent des Unterrichts finden regulär statt. Etwa 4,1 Prozent, so die letzte Erhebung zum Schuljahresbeginn, fallen ersatzlos aus. Keine Frage, 4,1 Prozent sind 4,1 Prozent zu viel. Es gehört natürlich trotzdem zur Wahrheit, ich habe das von diesem Pult aus auch schon mal gesagt: Unterrichtsausfall gab es schon immer und wird es wahrscheinlich auch immer geben. Es liegt an uns, diesen zu minimieren. Genau das tun wir, indem wir Lehrer einstellen. Dass die CDU schlecht regieren kann, wissen wir in Thüringen seit 1990. Dass sie besonders gut im Schlechtreden ist, beweist die CDU-Landtagsfraktion leider heute einmal mehr.

(Beifall DIE LINKE)

Die Gründe für den Unterrichtsausfall sind übrigens so vielfältig wie das Leben. Das wissen auch alle, die sich damit beschäftigen. So gab es zu Beginn des Schuljahres 2017/2018 etwa 600 bis 700 langzeiterkrankte Lehrerinnen, fehlende Fachlehrerinnen in bestimmten Fächern, wie zum Beispiel in den Naturwissenschaften, aber auch für Sprachen und Musik, und zu wenige Bewerbungen für die Grund- und Regelschulen. Mein Kollege Thomas Hartung hat es gerade angesprochen, der Großteil strömt quasi oder möchte gern in die Gymnasien, da sind es zu viele Bewerbungen. Der entscheidende Grund – auch statistisch nachweisbar – für den Anstieg des Unterrichtsausfalls ist, dass der durch das damalige Floatingmodell entstandene zahlen-

**(Abg. Rothe-Beinlich)**

mäßige Personalüberhang an den Schulen inzwischen abgebaut ist und die bereits unter der CDU-Regierung bestehenden Strukturprobleme bei der Lehrerversorgung nun nicht mehr dadurch überdeckt werden können. Da gebe ich Thomas Hartung und auch Torsten Wolf völlig recht: Die Lehrerinnen und Lehrer, die in den letzten 10, 15, 20 Jahren nicht eingestellt worden sind, zeigen uns jetzt eine riesige Lücke. Darauf haben wir als Koalition auch klar reagiert

(Beifall SPD)

und dafür gesorgt, dass jede frei werdende Stelle wieder besetzt wird. Ich will auch noch einmal auf den Antrag vom September verweisen, der hier beschlossen wurde.

Wir haben außerdem die Rahmenbedingungen für 1.550 Neueinstellungen in den Jahren 2018 und 2019 geschaffen und zusätzlich die Mittel für 300 befristete Einstellungen frei gemacht. Damit können in diesem und im nächsten Jahr mehr als 2.150 Einstellungen auch durch unterjährige Nachbesetzungen vorgenommen werden. Und ja – keine Frage, das hatten wir hier auch schon häufiger –, die Einstellungsverfahren müssen beschleunigt werden, sonst wandern die angehenden Lehrerinnen und Lehrer schlichtweg ab. Schön, dass die CDU das jetzt auch erkannt hat. Kleiner Hinweis und noch mal Verweis auf den Beschluss aus dem September: Die Landesregierung arbeitet hier an Lösungen und wird auch mit dem angekündigten Thüringenplan zahlreiche Maßnahmen vorstellen. Ich sage auch ganz offen: Natürlich wäre es schön gewesen, wenn sich angehende Lehrerinnen bereits zum Halbjahr, also sprich jetzt zum Februar, mit dem Zwischenzeugnis hätten bewerben können, denn wir wissen alle ...

(Zwischenruf Abg. Tischner, Abg. Rosin, Abg. Lieberknecht, CDU: Ah!)

Wir haben doch im Ausschuss diskutiert, dass nur neun Tage Zeit waren – am 31.01. wurden die Zeugnisse ausgestellt, am 09.02. begann die zweite Schuljahreshälfte. Und dass diese neun Tage eine extrem kurze Zeit sind für eine notwendige Bestenauslese, die wir alle wollen, das wissen wir. Deswegen die Regelung mit den Zwischenzeugnissen, die wir uns auch wünschen und die jetzt auch kommen wird. Kurzum: Es gibt keinen Grund zur Panikmache, so wie sie die CDU-Landtagsfraktion und der Thüringer Lehrerverband leider mitunter auch betreiben. Es besteht allerdings aus unserer Sicht Handlungsbedarf und dieser wird durch die rot-rot-grüne Landesregierung und unseren Landtag auch angegangen. Ich bin sehr froh, dass dies unaufgeregt passiert, denn unsere Schulen brauchen alles andere als Aufregung. Mitunter liegt in der Ruhe die Kraft. Und dass etwas passiert, glaube ich, wird Herr Holter ja sicherlich als Minister hier auch selbst noch mal darstellen. Wir jedenfalls können

mit gutem Gewissen sagen: Wir bewegen Thüringen, wir stellen ein, wir sorgen für Nachwuchs, wir sorgen für Zukunft. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Jetzt hat Minister Holter für die Landesregierung das Wort.

**Holter, Minister für Bildung, Jugend und Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zuerst möchte ich der Opposition, der CDU, danken, dass sie dieses Thema aufgesetzt hat. Dann habe ich die Möglichkeit, mit einigen Missverständnissen und Falschmeldungen bzw. Fake News – wie man modern sagt – aufzuräumen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Klar ist – da gibt es gar keinen Widerspruch –, wir haben Unterrichtsausfall, der verringert werden muss. Das ist eine bekannte Tatsache. Wir haben Lehramtsabsolventinnen und -absolventen, die nicht in den Thüringer Schuldienst eingestellt werden. Das sind die Fakten und damit müssen wir alle ganz konkret umgehen. Da bin ich nicht tiefenentspannt, Frau Muhsal, sondern ich bin höchst angespannt, um diese Probleme auch konsequent anzugehen.

Wenn wir uns das aber anschauen – und so einfach, wie es sich Herr Tischner und Frau Muhsal machen, ist es eben nicht –, dann haben wir es mit komplexen Problemen zu tun, mit komplexen Herausforderungen. Ich darf zum Anfang Umberto Eco erwähnen, der sagte: „Für jedes komplexe Problem gibt es eine einfache Lösung, und die ist die falsche.“ Das sind genau Ihre Thesen, die Sie hier verkündigen – die sind falsch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So muss man dort herangehen. Deswegen brauchen wir auch genau diese komplexen Lösungen und Sie wissen das. Und Sie wissen es besser, als Sie hier verkünden, dass wir diese Komplexität mit dem Zukunftsprozess Schule angegangen sind und auch Ergebnisse auf den Tisch legen und auch heute wieder auf den Tisch legen werden.

Aber nun muss ich mal ein bisschen zum Einmal-eins der Schule kommen. Schule ist nicht gleich Schule und Lehrer ist nicht gleich Lehrer und Einsatzort ist oftmals nicht der gewünschte Ort, wo jemand tatsächlich als Lehrerin oder Lehrer arbeiten will. Entscheidend dafür, wo jemand arbeitet und was er dann arbeiten will, ist erstens die Schulart, zweitens die Fächerkombination und drittens der Ort. Und das wissen Sie genauso. Wenn wir also

**(Minister für Bildung, Jugend und Sport Holter)**

viel mehr Absolventinnen und Absolventen für die Gymnasien haben, als wir beispielsweise in Grundschulen, Regelschulen und Förderschulen brauchen, dann haben wir dort ganz konkret einen Widerspruch. Das hat aber etwas mit der Bewerberlage zu tun und deswegen ist es nach meiner Auffassung unrecht und unredlich, wie es durch Sie und teilweise auch in der Presse dargestellt wird, dass junge Menschen sich anonymisiert melden und nichts dazu sagen, welche Kombination sie studiert haben und dass sie ans Gymnasium wollen. Hier muss klar gesagt werden: Was habe ich studiert, an welchen Ort wollte ich und welche Schulart habe ich gewählt. Und dann wird tatsächlich auch ein anderes Bild dargestellt.

Und zweitens muss ich Ihnen sagen: Alle wollten die Verbeamtung. Der Freistaat hat wie andere Bundesländer auch die Verbeamtung wieder eingeführt. Die Verbeamtung hat Folgen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich glaube, Kollege Hartung ist schon darauf eingegangen. Das hat etwas mit Rechtsstaat zu tun. Und wer meint, dass das gewerkschaftliche Arbeitsrecht auf die Beamten anzuwenden ist, der irrt ganz einfach. Wenn wir also Verbeamtungen durchführen, dann ist das auch tatsächlich umzusetzen, was von verschiedenen Rednerinnen und Rednern gesagt wurde – die Bestenauslese. Und die Bestenauslese dauert ihre Zeit.

Drittens will ich mit einer Mär aufräumen, von der Sie hier auch wieder eben erzählt haben. Das ist das mit den Zwischenzeugnissen. Herr Tiefensee und ich haben schon darüber gesprochen. Es geht nicht um die Frage derer, die mit dem Ersten Staatsexamen kommen – auch um die Frage geht es, aber nicht bei den Einstellungen in den Schuldienst. Da geht es um diejenigen, die das Zweite Staatsexamen bestanden haben; da helfen die Zwischenzeugnisse nach dem Ersten Staatsexamen überhaupt nicht. Wir müssen sehen, dass wir nach dem Zweiten Staatsexamen sofort einen Anschluss bekommen. Darum geht es und das ist genau der Punkt, den wir hier gerade diskutieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wie verhält sich das jetzt mit den Einstellungen im Jahre 2018? Die Zahl 177 ist bekannt, die jetzt in den Schuldienst eingestellt werden. Da werden nicht einige eingestellt und viele sind nicht eingestellt worden, Frau Muhsal, sondern es sind 177 minus 13 – diese Zahl von jungen Kolleginnen und Kollegen ist bereits im Schuldienst aktiv. 13 Stellen sind noch offen, die kann man im Internet nachvollziehen und genau schauen, an welchem Ort, in welcher Schule welche Fächerkombination notwendig ist. Ich kann nur von diesem Pult aus nach Thüringen rufen oder auch in andere Länder: Kommen Sie nach Thüringen, suchen Sie sich den Ort mit Ih-

rer Kombination, werden Sie hier Lehrerin und Lehrer!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gleichzeitig in Thüringen wieder 339 Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in das Referendariat aufgenommen, die sich auf ihren Schuldienst vorbereiten.

Was machen wir? Wir haben einen Systemwechsel vorgenommen. In den vergangenen Jahren wurden erstens jährlich bis zu 500 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Im Zusammenhang mit dem Personalabbaukonzept, Personalentwicklungskonzept besser gesagt, wurde das entschieden. Das geht nämlich auch ganz konkret auf Ihre Amtszeit zurück. Wir haben dieses Jahr gesagt: Nein, es gibt den Deckel nicht mehr, sondern, Herr Tischner, Wiederholung der Wiederholung, jede Stelle, jede Lehrerin, jeder Lehrer, der den aktiven Schuldienst verlässt, wird ersetzt, aber nicht unbedingt an der Schule, an der er heute tätig war,

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Nein, nein, nein! Das ist falsch!)

weil die Entscheidung durch die Schulämter getroffen werden muss, wo der Bedarf am größten ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns bei dem Systemwechsel entschieden, von den Einstellungsterminen im Winter und im Sommer abzugehen und unterjährig einzustellen. Wir haben im Herbst vergangenen Jahres prognostiziert, dass wir im Winterhalbjahr 150 Stellen besetzen müssen. Dann hat sich herausgestellt, es sind nicht 150, sondern 177, weil so viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gegangen sind.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: 240!)

Darauf haben wir flexibel reagiert. Und genau das ist jetzt erfolgt, bis auf die 13 Stellen, die noch nicht besetzt sind. Damit wird sehr deutlich, Herr Tischner, dass wir das tun. Sollten jetzt Kolleginnen und Kollegen unterjährig in den Ruhestand gehen, werden wir diese auch sofort ersetzen. Selbstverständlich scheidet die Mehrheit zum Ende des Schuljahres aus und es wird im Sommer einen großen Schub geben.

Das sind also die Tatsachen und die haben wir ganz konkret jetzt auch verändert, meine Damen und Herren. Das halte ich für richtig und für notwendig. Wir werden diesen Weg auch weitergehen. Hinzu kommen die von Herrn Wolf und Frau Rothe-Beinlich und auch vom SPD-Kollegen genannten Kolleginnen und Kollegen, die befristet eingestellt werden. Hinzu kommen Entfristungen. Das sind alle Dinge, die wir im Ausschuss diskutiert haben. Aber Sie wollen es ja nicht wissen. Sie bleiben bei

**(Minister für Bildung, Jugend und Sport Holter)**

Ihrer Argumentation, weil Sie nicht unterscheiden können zwischen befristeten und entfristeten Stellen im Schuldienst in Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: So ein Quatsch!)

Nun will ich Ihnen abschließend eines sagen: Sie haben in Ihrer Regierungszeit zu Zeiten des Personalüberhangs ein Stellenabbaukonzept beschlossen und die Altersteilzeitregelung auf den Weg gebracht. Damit – das ist Ihre Verantwortung als CDU – haben Sie den Schulen die Stellen entzogen. Sie werfen heute der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen vor, dass wir den Schulen Stellen entziehen,

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Steigende Schülerzahlen!)

nein, der Stellenentzug geht auf Ihre Entscheidung zurück. Und wenn Sie auf uns zeigen, dann zeigen Sie zumindest mit drei Fingern auf sich selbst, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen bin ich der Überzeugung, es hat etwas damit zu tun, wie Perspektive für junge Absolventinnen und Absolventen auf den Weg gebracht wird. Wir verkünden, dass jede Stelle, die gebraucht wird – und es ist doch keine Frage des Mangels als solchem, wir haben keinen grundlegenden Mangel an Lehrerinnen und Lehrern, wir haben einen spezifischen Mangel in ganz konkreten Fächerkombinationen und an ganz konkreten Schulen, insbesondere an Regelschulen, an Grundschulen und an Förderschulen und dann noch im ländlichen Raum. Bei Einzelnen, die sich entweder in der Zeitung oder auch bei mir auf der Facebook-Seite gemeldet haben, sind wir der Sache mal nachgegangen. Da war ganz klar, dass Stellenangebote an anderen Orten als dem Wohnort abgelehnt wurden. Wenn zwei Angebote gemacht wurden, aber diese abgelehnt wurden, weil der Unterricht, die Arbeit nicht am Wohnort aufgenommen werden kann, da frage ich Sie: Was soll denn das Bildungsministerium noch machen, wenn es die Möglichkeit in Thüringen gibt, in dieser Fächerkombination zu unterrichten?!

(Zwischenruf Abg. Rosin, CDU: Schneller agieren!)

Deswegen danke für Ihren Antrag, dass wir heute darüber reden konnten. Aber das, was Sie versuchen, mit Fake News hier Verwirrung zu stiften, das wird nicht ziehen. Denn deutlich wird, wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen,

(Unruhe CDU)

um die frei werdenden Stellen zu besetzen, und die werden wir auch besetzen. Wir werden auch mit den Studienseminaren und mit den Referendarinnen und Referendaren und auch mit den Studierenden

den darüber sprechen, was wir dafür tun können, damit die Attraktivität des Lehrerberufs in Thüringen erhöht werden kann. Da weiß ich mich mit Wolfgang Tiefensee einig, dass wir das gemeinsam angehen werden. Daran können Sie uns auch messen. Und ich sage Ihnen eines: Ich bin jetzt ein gutes halbes Jahr hier im Amt, ich habe schon mit einigen Dingen aufgeräumt und zum Schuljahresbeginn 2018/2019 werden Sie erleben, wie Einstellungen auch anders werden funktionieren können. Das gehe ich ganz proaktiv an, darauf können Sie sich verlassen und Sie können mich auch beim Wort nehmen, Frau Muhsal,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht tiefenentspannt, sondern höchst gespannt und angespannt, um die Probleme zu lösen. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Ich schließe diese Aktuelle Stunde und den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 2**

**Thüringer Gesetz zur Aufhebung von Maßnahmen der geschlechterpolitischen Sprachmanipulation im Bereich der öffentlichen Verwaltung**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/4916 -  
ERSTE BERATUNG

Wünscht die Fraktion der AfD das Wort zur Begründung? Frau Abgeordnete Herold, Sie haben das Wort.

**Abgeordnete Herold, AfD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und im Internet, seit einer ganzen Reihe von Jahren wird seitens interessierter, meist altfeministischer Kreise und aufseiten von deren Erfüllungsgehilfen in den Bundes- und Landesregierungen eine Manipulation unserer schönen deutschen Sprache und des üblichen Sprachgebrauchs betrieben. Das geschah zunächst unter dem Vorwand, einer angeblichen Diskriminierung von Frauen durch die Sprache entgegenwirken zu müssen. Am Anfang der entsprechenden Entwicklung hin zu den heutigen Absurditäten der Sprachpolitik muss irgendjemand geglaubt haben, dass Frauen Gefahr liefen, aus der Welt zu verschwinden, wenn ihnen nicht in jeder nur erdenklichen Art und Weise Er-

**(Abg. Herold)**

wählung getan würde. Seither tummeln sich in den Texten die Ministerinnen und Minister, die Besucherinnen und Besucher, die Antragstellerinnen und Antragsteller usw. Längst ist diese Entwicklung aber über die sprachlichen Dopplungen, die sogenannte Paarform, hinausgegangen. Die Prämisse der feministisch motivierten Sprachmanipulation war die Überzeugung, dass es zwei Geschlechter, dass es Männer und Frauen gibt. Heute allerdings wollen die Sprachmanipulierer nicht nur Männer und Frauen sprachlich neutral behandeln, wie man das nennt, sondern überhaupt soll, wie es heißt, geschlechtsneutral, geschlechtergerecht oder geschlechter- bzw. gendersensibel geschrieben und gesprochen werden, denn manche sind ja heute ernsthaft des Glaubens, dass es eine große Zahl von Geschlechtern gebe, die allesamt durch den üblichen Sprachgebrauch irgendwie diskriminiert würden. Deshalb soll jetzt also gendersensibel geschrieben und gesprochen werden und deshalb gibt es auch die entsprechenden von der Thüringer Gleichstellungsbeauftragten erarbeiteten, linguistisch abwegigen Empfehlungen für gendersensible Sprache, die auf dem Thüringer Gleichstellungsgesetz beruht. Im Freistaat ist es namentlich § 28 dieses Gleichstellungsgesetzes, der Behörden und Dienststellen anweist, sich eines entsprechenden Sprachgebrauchs zu befleißigen, namentlich sogenannte geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu wählen. Die entsprechende Praxis führt zu einem Anwachsen von Miss- und Unverständlichkeiten, Sinnlosigkeiten, zu grammatikalisch schlichtweg falschem Sprachgebrauch. So wird auch quasi von Amts wegen die deutsche Sprache verhunzt und zugrunde gerichtet, und das ist sicher nicht derjenige Schutz der Kultur, auf den Artikel 30 unserer Verfassung den Freistaat verpflichtet.

(Beifall AfD)

Im Gegenteil, die Sprachpolitik der politischen Korrektheit stellt eine mutwillige Zerstörung unserer Kultur dar. Insofern ist sie in die freie Sprachentwicklung aus ideologischen Motiven eingreifend und will den Menschen – zuerst natürlich den Bediensteten von Staat und Kommunen – vorschreiben, wie sie zu schreiben, zu reden und zu denken haben. Die normalen Leute dagegen lehnen die Sprachregeln der politischen Korrektheit ganz überwiegend ab. Das kommt auch beispielsweise darin zum Ausdruck, dass sich etwa das Deutsche Studentenwerk gegen die Thüringer Umbenennung in ein „Studierendenwerk“ aussprach. Das Deutsche Studentenwerk erinnerte daran, es gäbe keine empirischen Belege dafür, dass sich weibliche Studenten durch die Bezeichnung „Studentenwerk“ diskriminiert fühlten. Es ist ja auch für jeden offenkundig, dass jene angeblich geschlechtergerechte oder geschlechtersensible Sprache mit den realen Problemen von Gleichstellung und Gerechtigkeit herzlich wenig zu tun hat. Der erwähnte § 28 des Gleichstel-

lungsgesetzes ist insoweit ungeeignet, zur Erreichung der mit dem Gleichstellungsgesetz verfolgten Ziele irgendetwas beizutragen.

So geht es bei unserem Gesetzentwurf darum, diese Regelung zu streichen und eine Regelung im Verwaltungsverfahrensgesetz dahin gehend zu präzisieren, dass der sprachmanipulative Unfug nicht weiter von Staats wegen betrieben werden kann. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Ich eröffne die Beratung. Als erste Rednerin hat Abgeordnete Stange für die Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordnete Stange, DIE LINKE:**

Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und sonst wo, die uns hier zusehen. Der Gesetzentwurf der AfD, der uns heute hier zur Beratung vorgelegt wurde, ist ein typischer frauen-, trans- und interfeindlicher Gesetzentwurf, den man nur ablehnen kann. Das sage ich ganz eindeutig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sprache bildet unsere Welt, unsere Gesellschaft mit ihren Normen und Werten und unsere Lebensrealität ab. Unsere Wahrnehmung, unsere Verortung in der Welt und unsere Identitäten werden maßgeblich durch sie geprägt und wir wiederum bilden selbst Sprache. Sie wird durch unseren Gebrauch geschaffen und wird unserer Lebensrealität und Wahrnehmung angepasst. Dadurch unterliegen wir schon immer Veränderungen und Wandel. Wandel zeigt sich bereits seit Längerem, was die Verwendung des generischen Maskulinums, der grammatikalischen männlichen Benennung als umfassender Bezeichnung für alles Menschliche, angeht. Über Jahrhunderte hat sich diese männliche Prägung der Sprache manifestiert. Sie beruht auf der Annahme der Höherwertigkeit des Mannes gegenüber der Frau und deren Unterordnung. Diesen Wandel kann ich für uns als Linke und für die Koalition nicht gutheißen, denn Männer sind eben nicht die Norm der Menschheit.

Die AfD spricht in ihrem Gesetz davon, dass Sprache sich im lebendigen und freien Gebrauch durch diejenigen weiterentwickelt, die sie sprechen und schreiben. Hier sage ich, dazu gehören eben nicht nur Männer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die AfD spricht in ihrem Gesetz von einer „freien Sprachgemeinschaft“, welche die deutsche Sprache prägt. Es verwundert mich schon, Kolleginnen und Kollegen, die hier im Saal sitzen, für welche Gemeinschaft wohl die eine Seite freier sein soll als

**(Abg. Stange)**

andere? Ich sage, Frauen und Männer und Intersexuelle und Transmenschen sind an der Stelle gleich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn für Sie ist das grammatisch männliche Geschlecht die einzige Norm und die Verwendung der weiblichen Sprache, wie Sie es in Ihrer Begründung gesagt haben, politisch motivierter Missbrauch. Werte Kolleginnen und Kollegen, das sollten Sie sich genau anschauen, wenn man diesen Gesetzentwurf liest. Da Sie in Ihrem Gesetz nur einen einzigen Wissenschaftler zitiert haben und sonst – wie auch hier in der Einbringung – einmal wieder wie immer Mutmaßungen und Behauptungen geäußert haben, möchte ich noch einmal ein paar Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hier zu Wort kommen lassen und genau dokumentieren, warum das, was heute gesetzlich normiert ist, richtig ist.

Ich beginne zunächst mit einer etwas älteren Studie aus dem Jahr 1988 von dem Sprachwissenschaftler Josef Klein, welcher erwies, dass generische maskuline Personenbezeichnungen deutlich stärker auf Männer als auf Frauen bezogen werden. Bei der Verwendung des generischen Maskulinums werden deutlich sichtbar Männer assoziiert. Das Argument, Frauen seien doch mit gemeint, kann wohl damit entkräftet werden. Dies bestätigt also auch noch eine weitere Studie aus dem Jahr 2001 von Dagmar Stahlberg und Sabine Sczesny. Sie sagten: In einer Umfrage wurde eine Gruppe von Probanden und Probandinnen nach berühmten Sportlern, Schriftstellern oder Malern befragt. Eine andere Gruppe wurde nach berühmten Sportlern und Sportlerinnen, Schriftstellern und Schriftstellerinnen oder Malern und Malerinnen gefragt. Das Ergebnis ist enorm. Die Teilnehmenden aus der zweiten Gruppe gaben zu, ein Drittel mehr weibliche Persönlichkeiten zu kennen als die erste Gruppe. Das sagt doch was aus.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine dritte Studie möchte ich hier gerne erwähnen, welche erwies, dass nicht nur die Assoziation zu Männern durch das generische Maskulinum geprägt ist, sondern auch die Eigenwahrnehmung. Dries Verweken und Bettina Hannover befragten im Jahr 2015 591 Grundschul Kinder nach der Überzeugung zu ihren Kompetenzen in einem Beruf, wenn ihnen ein Berufstitel in der Paarform, also Automechaniker/Automechanikerin, vorgestellt würde. Die Kinder schätzten dann ihre Kompetenzen zur Ausübung des Berufes höher ein, auch wenn diese ausgeübten Berufe meist männlich dominiert waren. Wir können also sehen, Denken und Bewusstsein werden von unserer Sprache geprägt. Das ist – Werte Kolleginnen und Kollegen – nichts Neues. Und dass die Art und Weise, wie wir sie nutzen, ein

Gradmesser dafür ist, wen wir einschließen wollen, sollte auch nichts Neues sein.

In Thüringen leben circa 1.092.250 Frauen und 1.067.800 Männer, also knapp über die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Der Thüringer Landtag würde diese Realität unserer Auffassung nach total übergehen, wenn er sich zu einseitigen Sprachverwendungen aussprechen würde. Dieser Realität ist durch die Verwendung geschlechterneutraler Bezeichnungen im Thüringer Gleichstellungsgesetz Rechnung getragen worden. Dazu wurde sich bewusst hier im Landtag entschieden. Das sage ich eindeutig hier an der Stelle: Das ist auch gut so.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, eine geschlechtergerechte Sprache macht Menschen abseits männlicher Personen sichtbar, spricht sie an und bezieht sich auf sie. Anstatt mit der Verwendung der männlichen Sprache Menschen eines anderen Geschlechts bloß mit zu meinen, ordnet geschlechtergerechte Sprache kein Geschlecht einem anderen unter. Und das sollten wir in den Mittelpunkt der Diskussion stellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist auch ein Mittel für mehr Geschlechtergerechtigkeit noch mal dokumentiert. Über Jahrhunderte wurde uns weisgemacht, allein die männliche Sprache ist das Allheilmittel. Das wird durch uns entschieden abgelehnt. Über Jahrhunderte war nämlich die männliche Sprache unter anderem auch ein Grund dafür, dass es zur weiteren strukturellen Diskriminierung von Frauen geführt hat. Und das sollten wir hier von diesem Hause nicht noch einmal mit befördern, indem man so einem Gesetzentwurf, wie er heute vorliegt, auch nur in Gänze irgendwo Rechnung tragen würde.

Ich habe bereits gesagt, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen und auch nicht an einen Ausschuss überweisen. Ich will noch einmal auf einen Zeitungsartikel, der heute in der OTZ veröffentlicht wurde, eingehen. Da wurde sinngemäß geäußert, dass die Umbenennung des Studierendenwerkes circa 100.000 Euro gekostet hätte. Ein typischer aufgeblähter Fehler der AfD-Fraktion, denn sie hat mal wieder irgendwas behauptet, was gar nicht so ist. Ein Blick in die Haushaltsstatistik zeigt eindeutig: Im Haushaltsjahr 2016 wurden circa 6.800 Euro gebraucht, um diese Umbenennung auf den Weg zu bringen, und im Jahr 2017 sind bisher rund 25.000 Euro für die Umbenennung des Studierendenwerkes gebraucht worden. Also, Werte Kolleginnen und Kollegen, die hier im Hause sitzen: Eine typische AfD-Ente. Man behauptet erst mal etwas, ohne wirklich die Fakten auf den Tisch zu legen und noch mal darüber zu sprechen.

**(Abg. Stange)**

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ein Argument ins Feld ziehen, wo ich denke, die Welt hat sich weitergedreht, und es ist gut so. Gestern ging und auch heute geht noch mal durch die Medien – und wir können es alle lesen: Es hat sich mal wieder zum Glück eine ältere Dame aus dem Saarland auf den Weg gemacht und hat geklagt. Sie hat geklagt, dass sie nicht mit der Sparkasse einverstanden ist, weil sie immer in der männlichen Form benannt wurde. Diese Klage ist noch nicht entschieden, aber ein Argument, was sie gebracht hat, will ich hier noch mal auf den Weg bringen, weil es stimmt, und wir sollten keine Luft dranlassen: Sprache, die über 2000 Jahre falsch übergebracht wurde, muss nicht länger und in den nächsten 2000 Jahren falsch übergebracht werden. Für eine geschlechtergerechte Sprache überall, werde Damen und Herren, stehe ich und stehen die Koalitionsfraktionen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner hat Abgeordneter Worm, Fraktion der CDU, das Wort.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Jetzt aber die richtige Geschlechteranrede!)

**Abgeordneter Worm, CDU:**

Also: Frau Präsidentin?

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem wir nun im Gesetzesantrag der AfD viel über altfeministische Kreise und Absurditäten der Sprachpolitik hören konnten, will ich feststellen: Sprache befindet sich im ständigen Wandel und passt sich natürlich auch den gesellschaftlichen Prozessen und dem gesellschaftlichen Bild an.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: In dem Fall eben nicht!)

Ein verantwortlicher Umgang mit Sprache ermöglicht es uns, auch die wichtigen Bildungsaufgaben einer demokratischen Gesellschaft zu realisieren. Gerade deshalb werden vermutlich auch die Änderungen der Sprache besonders kritisch diskutiert. So ist auch die geschlechtergerechte Sprache durchaus umstritten und polarisiert ein ganzes Stück weit. Das kann man ja bei der Diskussion hier schon feststellen. Wir haben auf der einen Seite die Befürworter, die sagen, das ist ein absolutes Muss, und wir haben auf der anderen Seite die Gegner, aus deren Sicht es bei dem Festhalten an der alten Sprache nur darum geht, althergebrachte Machtstrukturen und Geschlechterstereotypen aufrechtzuerhalten. Die Meinungen zu dieser Thematik

sind durchaus sehr, sehr unterschiedlich. Aber ich sage deutlich: Die Sprache hat einen sehr, sehr großen Einfluss auf unser Denken und auf unsere Wahrnehmung der Gesellschaft. Deswegen ist es an manchen Stellen durchaus berechtigt, wenn man von einer Verkomplizierung der deutschen Sprache redet.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: An anderen Stellen wird es einfacher!)

An anderen Stellen wird es durchaus einfacher. Das heißt, man muss immer schauen, ob das auch grammatikalisch richtig oder eher fragwürdig ist. Es ist manchmal nicht ganz so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint. Aber geschlechtergerechte Sprache kann natürlich auch unterschiedlichste Ausprägungen haben. Sie reicht in der Benutzung von einem Genderstern, einem Unterstrich und dem Zusatz „-innen“ bis zur Ansprache beider Geschlechter durch Nennung der weiblichen und männlichen Form. Daneben gibt es aber auch die geschlechtsneutrale Sprache wie beispielsweise die Verwendung des Wortes „Studierende“ statt „Studenten“, wie wir das vorhin schon gehört haben. Auch repräsentative Umfragen zeigen, dass die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache nicht ganz unumstritten ist.

Jetzt könnte ich hier eine ganze Reihe aus solchen Untersuchungen noch zitieren. Das spare ich mir hier an dieser Stelle. Ich will nur aus dem Gesagten resultierend darlegen: Wir haben als CDU-Fraktion kein Problem damit, den Antrag der Neupartei AfD an den Ausschuss zu überweisen, denn wir sind an den Ausführungen der Kollegen zu dieser Thematik sehr interessiert, die sich ja bei den überwiegenden Themen im Ausschuss durch Zurückhaltung auszeichnen. Deswegen würde mich ganz einfach mal das Thema hinsichtlich der Diskussion im Ausschuss reizen. Aber, wie gesagt, wir schauen dann, wie die Abstimmung verläuft. Wir würden der Überweisung zustimmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Herold, Fraktion der AfD, das Wort.

**Abgeordnete Herold, AfD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Internet, ich hatte schon in meiner Begrüßungsrede davon gesprochen,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Begrüßungsrede! Ah!)

**(Abg. Herold)**

dass die Sprachmanipulation, um die es hier geht, üblicherweise mit dem Hinweis gerechtfertigt werden soll, es gehe darum, angebliche Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten, die durch, in und mit der Sprache einhergingen, zu überwinden, und zwar Diskriminierungen, Ungerechtigkeiten zunächst gegenüber Frauen, dann bald gegenüber allen anderen vielen Geschlechtern, die der konstruktivistische Nihilismus unserer Zeit glaubt identifizieren zu können. Das Mittel für diesen angeblichen Kampf um Gerechtigkeit sollte eine Sprache sein, die keinen ausschließt, namentlich Frauen nicht, die also quasi alle anspricht.

(Beifall AfD)

Heraus kamen allerhand Vorschläge und Normen, deren Sprachvorgaben niemanden ansprechen. Die genannten Vorstellungen haben nicht nur zur Verwendung jener umständlichen Paarform geführt, also Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Mörderinnen und Mörder, Bombenlegerinnen und Bombenleger, Kinderschänderinnen und Kinderschänder etc., sondern auch zu der unsäglichen Verwendung des substantivierten Partizips. Das fing wohl mit den sogenannten Studierenden an, und heute will man, dass wir uns angewöhnen, von Säugenden anstatt von Säuglingen, von Autofahrenden anstatt von Autofahrern, von Geflüchteten anstatt von Flüchtlingen, von Verbrauchenden anstatt Verbrauchern und Lkw-Fahrenden anstatt Lkw-Fahrern zu reden. Allen Ernstes habe ich letzters das Wort „Hebammenstudierende“ gelesen.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Geflüchtete“ und „Säugende“ haben nichts mit Sprache zu tun! Das ist Ihnen schon bewusst?)

Solche Absurditäten stehen nicht allein, vielmehr werden sie durch allerhand Verrücktheiten ergänzt: Gendersternchen, Unterstriche, Gender-X usw. usf.

(Beifall AfD)

Das sprachpolitische Treiben hat leider auch seinen Weg in die Gesetzgebung gefunden, in Thüringen namentlich in Form des § 28 des Gleichstellungsgesetzes.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist sogar ganz bewusst reingeschrieben worden!)

Diese Norm schreibt den Thüringer Behörden die Verwendung geschlechtsneutraler Bezeichnungen vor, soweit dies möglich ist. Das Resultat dieser Vorschrift kennen wir alle. Wer heute amtliche Texte und Veröffentlichungen von Behörden liest, sieht sich einer Aneinanderreihung vermeintlich geschlechtergerechter Sprachstolpersteine ausgesetzt. Das erschwert die Lektüre von Texten, die oft in ohnehin schon verwirrendem Behördendeutsch

verfasst sind, und erweist sich so als Herrschaftssprech,

(Beifall AfD)

der den Bürgern klarmacht, welchen Diktaten er sich zu beugen hat, nämlich den Diktaten der politischen Korrektheit. Diese politische Korrektheit tarnt sich, wie gesagt, mit dem Anspruch der Gerechtigkeit, namentlich der Geschlechtergerechtigkeit zu dienen. Aber das ist natürlich Humbug und zeigt vor allem, wer im Deutschunterricht nicht aufgepasst hat.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, es ist offenkundig, dass der Gebrauch der sogenannten geschlechtergerechten Sprache noch keinen einzigen sexuellen Übergriff, beispielsweise in der Filmbranche, und noch keinen weiblichen oder männlichen Flirt in karrierefördernder Absicht verhindert hat. Die Gendersprache hat noch keinen einzigen Teilzeitarbeitsplatz für Mütter hervorgebracht. Sprache erzeugt so wenig gerechte wie ungerechte Verhältnisse. Das ist auch leicht zu verstehen; es gibt keinen mechanisch linearen Zusammenhang zwischen der Struktur einer Sprache und derjenigen der Wirklichkeit.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Polizistinnen sind schon mehr geworden!)

Das gilt insbesondere auch für das Geschlecht. Das grammatische Genus, das grammatische Geschlecht, hat mit dem biologischen Sexus, dem biologischen Geschlecht, nichts zu tun. Das generische Maskulinum umfasst nun einmal Frauen wie Männer gleichermaßen,

(Beifall AfD)

auch alle 58.000 bis 750.000 gefühlten Geschlechter, die sich Männern und Frauen einfach nicht zuordnen möchten. Kein normaler Mensch kommt auf die Idee, dass beispielsweise die Frage nach der Einwohnerzahl eines Landes nur die Männer meint, die dort leben. Kein normaler Mensch meint, dass sich auf dem Bürgersteig nur männliche Bürger bewegen dürfen. Es ist einfach falsch, wenn Ministerin Werner einmal sagte, dass entsprechende Bezeichnungen allein Männer erfassen würden. Der Arzt ist eben nicht nur der männliche Arzt und eben das nennt man das generische Maskulinum.

(Beifall AfD)

Wer mit Blick auf dieses generische Maskulinum und überhaupt mit Blick auf die eigene Art und Grammatik der deutschen Sprache eine Diskriminierung durch diese Sprache behauptet, der fantasiert schlicht und ergreifend.

(Beifall AfD)

**(Abg. Herold)**

Übrigens gibt es ja auch das generische Femininum. Im Text unseres Gesetzentwurfs ist es angesprochen, die Rede von Personen – Singular: die Person – schließt männliche Personen keineswegs aus. Und niemand denkt beim Hören des Worts Person allein an Frauen. Nun ist ja all das jedem einigermaßen Gebildeten hinlänglich bekannt. Und so fragt man sich, worum es bei solchen Sprachregelungen wie dem § 28 des Thüringer Gleichstellungsgesetzes eigentlich geht.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war aber nur eine, Singular!)

Geht es wirklich um Gerechtigkeit? Mitnichten.

Meine Damen und Herren, Sprache ist eine lebendige symbolische Form, sie lebt und entwickelt sich weiter. Sie ist nicht starr. Sie lebt und entwickelt sich durch den Sprachgebrauch, durch Schreiben, Sprechen und Lesen derjenigen, die schreiben, lesen und sprechen, also durch die freie Sprachgemeinschaft. Es sind autoritäre und totalitäre Regime, die in die freie Sprachgemeinschaft eingreifen, und man kann den Umkehrschluss ziehen, dass sich dort, wo von Staats wegen in die freie Sprachentwicklung eingegriffen wird, autoritäre Herrschaftsstrukturen ausbilden und verfestigen. Das ist der eigentliche Kern der obrigkeitlichen Sprachpolitik unserer Tage. Es geht darum, Gesinnungen zu etablieren, ein Gesinnungsregime zu errichten.

(Beifall AfD)

Das Motto lautet dabei: Wer nicht unsere Sprache spricht, der ist gegen Gerechtigkeit, gegen dieses oder jenes, jedenfalls gegen uns, gegen die Macht. Das steckt dahinter und das erzeugt den obrigkeitlichen Anpassungsdruck. Darum geht es den politischen Sprachmanipulierern. Wenn die Abgeordnete Henfling hier im Plenum einmal sagte, Sprache schaffe Realität, dann hat sie genau dies gemeint.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ich meine, was ich sage!)

Eine dogmatisierte Sprache erzeugt eine dogmendurchwirkte Wirklichkeit. Und mit Dogmen kennen sich die Grünen ja ganz hervorragend aus.

(Beifall AfD)

Aber eine Gesellschaft freier Bürger kann und muss auf solches verzichten, denn eine solche Gesellschaft lässt sich nicht von der Obrigkeit vorschreiben, wie sie zu sprechen, zu denken und zu schreiben hat.

Wir wissen, dass die Menschen im Land die sprachlichen Verrenkungen und die Verhunzung unserer Sprache durch feministische und genderistische Sprachdiktate ablehnen.

(Beifall AfD)

Eben deshalb sieht es der Gesetzentwurf der AfD vor, jenen § 28 aus dem Gleichstellungsgesetz zu streichen. Dieser Paragraph hat mit Gleichstellung nichts zu tun. Und damit manipulative Sprachregeln aus den Verwaltungsverfahren herausgehalten werden, sieht der Entwurf eine entsprechende Klärung in § 23 des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes vor.

Meine Damen und Herren, in einem zu Recht berühmt gewordenen Buch über die Lingua Tertii Imperii hat der Philologe Victor Klemperer vor über 70 Jahren die Sprache des politischen Fanatismus diagnostiziert. Er sprach in seinem Buch von der Hysterie der Sprache, nämlich von der Hysterie der totalitären Sprache.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Damit meinte er eine besondere Sprache!)

Hysterie erleben wir auch im feministischen und genderistischen Sprachfuror der politischen Korrektheit unserer Gegenwart.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Art, wie Sie sprechen, hätte er auch kritisiert!)

Vor wenigen Tagen wurde zum Beispiel Folgendes bekannt und in den Medien hinlänglich diskutiert: Der Akademische Senat der Alice Salomon Hochschule in Berlin, der Senat also dieser Hochschule, hat mehrheitlich beschlossen, nach einem Sexismuskorrekturen des AstA das Gedicht des bolivianisch-schweizerischen Lyrikers Gomerling von der Fassade der Hochschule entfernen zu lassen. Das Gedicht lautet: Allein/Allein und Blumen/Blumen/Blumen und Frauen/Allein/Allein und Frauen/Allein und Blumen und Frauen und/ein Bewunderer.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Der Autor dieser wunderbaren Zeilen ist heute 93 Jahre alt. Alt genug, um sich an sprachpolizeiliche Maßnahmen zu Zeiten seiner eigenen Jugend zu erinnern. Man fragt sich, was er wohl über geschlechtergerechte Sprache und über die Freiheit der Kunst in Deutschland denkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, es liegt an uns, solchen verkrampften und überflüssigen Unfug zu beenden. Ein erster Schritt dazu wäre die Debatte zu unserem Gesetzentwurf im Ausschuss. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Aus den Reihen der Abgeordneten liegt mir jetzt eine weitere Wortmeldung vor. Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich, Sie haben das Wort.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste und Gästinnen – für Frau Henfling! Sie lachen, aber eigentlich ist es überhaupt nicht witzig, worüber wir jetzt sprechen. Ich muss ehrlich sagen, als ich die Überschrift über dem sogenannten Gesetzentwurf der AfD gesehen habe, wo sie von Sprachmanipulation geschrieben hat, habe ich mich schon gefragt, ob eine solche Überschrift nicht doch mindestens auch in der Verwaltung zu Nachfragen hätte führen müssen, ist sie jedoch mitnichten wertfrei. Sie ist vielmehr Ausdruck der Gesinnung, für die die AfD steht. Sie macht auch deutlich, dass die AfD ganz offenkundig – ich nenne es einmal recht schlicht – Angst davor hat, Realität anzuerkennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn in der Tat ist es so: Sprache ändert sich. Das hat Herr Worm hier dargestellt. Sprache entwickelt sich. Sprache ist auch Ausdruck von Bewusstsein. Immanuel Kant – ich zitiere jetzt einen Mann – hat einmal gesagt: „Alle Sprache ist Bezeichnung der Gedanken.“ Sprache ist aber, das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, auch ein Instrument der Machtausübung und auch des Ausschlusses. Sprache, gerade die, die Verwaltung beispielsweise spricht oder schreibt, muss eine Sprache der Demokratie und der Gleichberechtigung sein. Das jedenfalls meinen wir. Deswegen haben wir das Gesetz, um das es der AfD hier geht, auch genauso formuliert. Nur so wird unser Staatswesen auch angemessen vertreten. Sprache ist auch, aber nicht nur Ausdruck von Bewusstsein, sie kann im Übrigen Bewusstsein auch verändern. Sprache ist mitnichten ein neutrales Werkzeug. Was die Nazis getan oder gedacht haben, wissen Sie von der AfD sehr genau. Das ist mir schon klar. Wer so denkt, der versteht das wahrscheinlich noch schneller.

Ich will aber ganz deutlich sagen, warum das generische Maskulinum nicht ausreicht. Es ist ein Klassiker der deutschen Sprache, dass es immer heißt, ihr Frauen seid mitgemeint. Dieses traditionelle Mitgemeintsein von Frauen führt, das muss man einfach so deutlich konstatieren, zu handfesten Benachteiligungen. Die Verwendung allein der männlichen Form wird daher dem Anspruch einer geschlechtergerechten Sprache nicht annähernd gerecht. Umgekehrt entfacht die Umsetzung sprachlicher Gleichbehandlung von Frauen tatsächlich Wirkungen in Bezug auf die Gleichberechtigung. Das ist mitunter tatsächlich ganz einfach. Warum eigentlich spricht insbesondere der Präsident im Landtag

oder auch die Präsidentin immer von einer Rednerliste, nicht einfach von einer Redeliste? Das ist grammatikalisch überhaupt nicht falsch. Es ist eine Substantivierung, die hier inbegriffen ist und die völlig richtig darstellt, dass es eine Liste gibt, auf der sich alle Menschen wiederfinden, die sich für eine bestimmte Debatte zu Wort gemeldet haben. Warum sprechen wir nicht auch einfach vom Redepult? Auch eine sehr einfache, sehr schlichte Darstellung, die deutlich macht, dass es mitnichten um Verkomplizierung oder Ähnliches in der Sprache geht, sondern schlichtweg um Klarheit. Ja, da muss sich vielleicht der eine und die andere auch bewegen. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, geschlechtergerecht, so will ich es nennen, zu formulieren, denn neutral ist es eben nicht. Ich kenne noch viele Schreiben aus Universitäten, in denen von schwangeren Studenten die Rede war. Ich weiß nicht, was Sie für ein Bild vor Augen haben. In dem Fall ist es relativ eindeutig, dass es sich vermutlich um eine Frau, um eine Studentin handelt. Ich habe ja gesagt, relativ. Aber nichtsdestotrotz ist es nach wie vor an vielen Orten gang und gäbe, dass genau so geschrieben wird. Und die ältere Dame, die von meiner Kollegin Stange schon zitiert wurde, war es eben leid, immer nur als das Anhängsel von der Sparkasse betrachtet zu werden, wo es immer wieder so ist, dass der Ehemann traditionell zuerst genannt wird und die Frau dann oftmals nur mit dem Vornamen mitgenannt. Ganz egal, welche tragende Rolle sie vielleicht in dem Schriftverkehr eigentlich spielt. Es geht darum, als Frau, als Mensch in Sprache und Schrift erkennbar zu sein. Und das haben wir uns vorgenommen und das haben wir auch in diesem Gesetz so festgeschrieben, was die AfD jetzt mit einem anderen Gesetz ändern will. Ich glaube, dass es durchaus viele Möglichkeiten gibt, geschlechtergerechte Formulierungen zu finden. Man kann natürlich die männliche und die weibliche Form verwenden. Man kann aber beispielsweise auch – das Beispiel ist schon genannt worden – von Studierenden sprechen, wenn man alle Studentinnen und Studenten, alle Studierenden eben meint, die sich an einer Hochschule wiederfinden und die dort lernen. Man kann auch sehr gut beispielsweise auf Possessivpronomen verzichten, anstelle von „sein“ oder „ihr“ Zeugnis, einfach „das Zeugnis“ beispielsweise sagen. Man kann, ich sagte es schon, passivische Konstruktionen verwenden, wie: „Bei der Zulassung ist nachzuweisen“, statt: „Er oder sie hat nachzuweisen“. Es ist ebenso möglich, von beispielsweise „psychologischem Rat“, statt „Rat der Psychologin oder des Psychologen“ zu sprechen, und ich glaube, genauso ist es eben auch möglich, bei dem Beispiel „Schülerinnen und Schüler sollen ihre Arbeit“, statt „die Schülerin oder der Schüler soll ihre oder seine Arbeit“ zu sagen oder zu schreiben. Das ist alles relativ einfach und hat mit Sprachmanipulation wahrlich nicht das Geringste zu tun.

**(Abg. Rothe-Beinlich)**

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen gibt es auch feststehende Begriffe oder auch feststehende Kollektivorgane, die auch niemand geplant hatte umzubenennen. Deswegen geht dieses Beispiel der AfD mit dem Bürgersteig auch völlig ins Leere. Aber Bürgersteig hat auch eine Geschichte als Begriff und genauso haben viele Begriffe eben auch eine Geschichte, die sich mitunter einfach überholt hat. Ich will an ein ganz prominentes Beispiel erinnern, nämlich an die Bibel. In der Bibel war immer von dem „Herrn“ die Rede und der „Herr“, der da gemeint war, war ausschließlich Gott. Inzwischen sagt man zu jedem männlichen Wesen „Herr“. Auch das hat sich geändert, auch da sieht man, wie Sprache sich in der Tat den kulturellen Gegebenheiten angepasst hat. Und ich sage noch einmal ganz deutlich: Die übergeordnete Idee von geschlechtergerechter Sprache ist, sich gegenseitig einzuschließen. Das meint: in der Sprache, im Denken, im gesellschaftlichen Leben. Man könnte ja sich einfach wieder vor Augen führen, dass es einmal hieß: Am Anfang war das Wort – oder etwa nicht? Es gibt jedenfalls auch für die Verwaltung viele gute Leitfäden und Handreichungen. Ich will nur drei beispielhaft benennen. Das ist beispielsweise aus Berlin ein Leitfaden für eine geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung, einmal ein Leitfaden aus Dresden, der sehr umfangreich auch viele Praxisbeispiele aufzeigt, oder aber auch ein Leitfaden aus Lübeck. Und da geht es eben nicht um Sprachpolizei oder um Manipulation, wie die AfD uns hier vorzugaukeln meint, sondern es geht um die Anerkennung von Lebensrealitäten und die Anerkennung von allen Menschen, die eben nicht nur „mit gemeint“ sein wollen. Denn „mit gemeint“ ist noch lange nicht sichtbar gemacht. Und auch wenn Herr Worm das vielleicht spannend fände, sich dazu im Ausschuss auseinanderzusetzen, wir alle wissen, dass es der AfD eben mitnichten um die Sache oder um eine sachliche Auseinandersetzung geht, und deswegen werden wir dieses Ansinnen genauso wie den Gesetzentwurf an sich ablehnen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich jetzt nicht erkennen. Dann hat Frau Ministerin Werner das Wort.

**Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, zunächst möchte ich den Titel des Gesetzentwurfs der AfD, den explizit erhobenen Vorwurf – und Frau Rothe-Beinlich ging

schon darauf ein – entschieden zurückweisen, im Bereich der Thüringer Landesverwaltung wird es zu einer geschlechterpolitischen Sprachmanipulation kommen. Diese Diffamierung von Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung ist eine Unverschämtheit, die so nicht stehen bleiben kann und sollte. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zur Beratung vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion der AfD offenbart zudem eine rückwärts gerichtete Denkweise und eine daraus resultierende, rückwärts gerichtete Politik. Er erschöpft sich im Postulieren von Positionen, die gesellschaftlich hinlänglich überwunden sind, und ignoriert wissenschaftlich fundierte und anerkannte Studien. Allerdings verwundert das nicht.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Welche denn?)

Wir reden heute über das Thüringer Gleichstellungsgesetz, das bereits im Jahr 2013 den rechtlichen Hintergrund zum Abbau geschlechterdiskriminierender Sprache in Handlungsformen der öffentlichen Hand verankerte, nämlich in § 28. In dieser Norm hat der Gesetzgeber festgelegt, dass Behörden und Dienststellen bei Erlass von Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften, bei der Gestaltung von Vordrucken, in amtlichen Schreiben und bei Stellenausschreibungen so weit wie möglich geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu wählen haben. Diese Regelung im Gesetz soll sicherstellen, dass durch die Thüringer Behörden alle Geschlechter und Identitäten gleichermaßen angesprochen werden. Die Ratio, die der Gesetzgeber bei der Schaffung der Regelung damit verband – das zeigt ja bereits der Standort im Thüringer Gleichstellungsgesetz –, war natürlich vordergründig die Sichtbarmachung von Frauen. Aber spätestens seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober letzten Jahres zum dritten Geschlecht dürfte klar sein, dass eine geschlechtergerechte und inkludierende Sprache weitaus mehr ist als ein Instrument zur Gleichberechtigung von Frauen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sprache als ein Schlüsselwerkzeug für die Veränderung bestehender Geschlechternormen und die Aufhebung bestehender Diskriminierungen verstanden wird, dann sind geschlechtergerechte Formulierungen unumgänglich. Das Thema „gendersensible Sprache“ wird im Gesetzentwurf der AfD jedoch ausschließlich polarisierend und abwertend dargestellt. Das begünstigt eine automatische Abwehrhaltung, eine emotional aufgeladene Diskussion und unreflektierte Einwände. Dabei ist die Benutzung gendersensibler Sprache gar nicht so

**(Ministerin Werner)**

schwierig und auch kein neues Phänomen, es bedarf nur des Willens, sie auch tatsächlich zu verwenden.

(Beifall DIE LINKE)

Aber eine Gleichstellungsklausel, also die vorausgeschickte oder nachgestellte Formulierung, dass alle männlichen Formen auch für Frauen gelten, erfüllt den Grundsatz der geschlechtergerechten Sprache jedenfalls nicht.

Ich will die Gelegenheit nutzen, die Position der Thüringer Landesregierung deswegen noch einmal ganz klar zu benennen. Sprache macht zweierlei. Sie beschreibt die Wirklichkeit, aber sie lenkt auch unsere Vorstellung davon, wie Wirklichkeit ist oder sein sollte. Insofern besteht hier ein reziprokes, sich gegenseitig beeinflussendes Verhältnis. Sprache ist also ein Ausdruck des Bewusstseins, sie beeinflusst maßgeblich unser Denken und das Bild, das wir uns von der Wirklichkeit machen. Sie prägt unsere Wahrnehmung. Sprache ist Produkt der Kulturen, sie spiegelt Normen und Wertvorstellung einer Gesellschaft wider, bildet gesellschaftliche Strukturen ab, kann diese dadurch auch verfestigen. Auch heute noch trägt Sprache dazu bei, die Geschlechterstereotype aufrechtzuerhalten und damit zu manifestieren. Nur beispielhaft möchte ich hier die „Milchmädchenrechnung“ als vermeintlichen Beleg für die unterentwickelten Fähigkeiten von Frauen in der Mathematik sowie das häufig bemühte Bild von der „Hausfrau und Mutter“ bemühen, wenn es um Personen geht, die zwecks Kindererziehung auf eine Teilhabe am Erwerbsleben verzichten.

(Beifall DIE LINKE)

Haben Sie in der öffentlichen Debatte schon einmal etwa den Vorwurf der „Milchjungenrechnung“ gehört, wenn es darum ging, unsolide Berechnungsgrundlagen zu verdeutlichen? Oder hören Sie regelmäßig von Herren, dass ihre Berufstätigkeit „Hausmann und Vater“ ist? Ich jedenfalls nicht und Ihnen wird das wohl kaum anders gehen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das sind ja große gesellschaftliche Fragen!)

Das sind große gesellschaftliche Fragen.

Was ich hiermit verdeutlichen will: Mit Sprache reproduzieren wir in aller Regel sogar unterbewusst ein bestimmtes Bild von Dingen, Personen oder Vorgängen. In dieser Logik entwickelt es sich dann eben zur Normalität, dass Frauen angeblich Rechenprobleme haben und Männer in einer Beziehung nicht diejenigen sind, die zugunsten der Kindererziehung im Beruf zurückstecken müssen. Sprache vermittelt so Normen und Werte. Leider ist aber die Verwendung von männlichen Formen, bei denen Frauen und Personen, die weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordenbar

sind, mit gemeint sind, noch weit verbreitet. Das sogenannte generische Maskulinum besteht in der verallgemeinernden Nutzung männlicher Personenbezeichnungen. Dass insbesondere Frauen dabei zwar häufig mit gemeint, jedoch selten mit gedacht werden, zeigen vielfältige sprachwissenschaftliche und psychologische Studien. Frau Stange hat das schon erwähnt. Aber fragen Sie sich selbst einmal, wenn ich Sie bitten würde, mir einen Politiker, einen Künstler, einen Sportler zu nennen, an wen Sie zuerst denken würden. Wenn ich Sie aber bitten würde, mir eine Politikerin oder einen Politiker, eine Künstlerin oder einen Künstler, eine Sportlerin oder einen Sportler zu nennen, dann würden Sie auf ganz andere Antworten kommen. Sie merken also selbst: Das generische Maskulinum scheint neutral zu sein, ist aber doch immer zugleich auch männlich assoziiert. Im Ergebnis ist dann häufig unklar, ob es sich um eine generische oder eine spezifische Personenbezeichnung handelt. Das ist aber nicht sachgerecht. Durch einen sensiblen Sprachgebrauch tragen wir also aktiv zur Gleichberechtigung der Geschlechter und zu einer wertschätzenden Ansprache aller bei. Gendersensible Sprache trägt zudem zur Eindeutigkeit und zur Vermeidung von Missverständnissen bei. Deshalb hat die eingangs von mir zitierte Norm der genderneutralen Sprache im Gleichstellungsgesetz nicht an Relevanz verloren.

Ich möchte abschließend ausdrücklich noch mal alle Menschen motivieren und ermutigen, gendersensible Formulierungen zu finden und anzuwenden, und auf einen ganz alten Lehrmeister – Konfuzius – verweisen, der sagte: Wer die öffentlichen Zustände ändern will, muss zuerst bei der Sprache anfangen. – Es geht also darum, Frauen sichtbar zu machen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich empfehle deswegen dem Hohen Haus, den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion abzulehnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es ist Ausschussüberweisung beantragt – ich gehe davon aus, an den Gleichstellungsausschuss. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Gegenstimmen? Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich gehe davon aus, dass ich die heutige Plenarsitzung im Sinne des Eingangsstatements des Präsi-

**(Vizepräsidentin Jung)**

denken schließen kann, um den parlamentarischen  
Abend heute nicht zu gefährden.

Ende: 17.49 Uhr